

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kissingers Auftrag

Von Werner Thomas

Als Henry Kissinger im Juli von Präsident Reagan zum Vorsitzenden der Mittelamerika-Kommission ernannt wurde, bekannte er freimütig, kein Experte für diese Region zu sein. Vielleicht hat er die Berufung angenommen, weil er nicht wusste, wie kompliziert seine Aufgabe sein würde.

Mittelamerika brennt, da die sandinistischen Comandantes, die vor vier Jahren in Nicaragua die Macht übernahmen, sich seither als die Speerspitze revolutionärer Veränderungen in diesem Gebiet verstehen. Innenminister Tomas Borge, einer der mächtigsten Männer Managua, nannte in einem bemerkenswerten „Playboy“-Interview die Revolution einen „notwendigen und zwangsläufigen Schritt in der geschichtlichen Entwicklung dieser Länder“. Die Kommando-Zentrale der salvadorianischen Guerilla-Bewegung befindet sich in Managua in der Nähe der kubanischen Botschaft.

Die Reagan-Regierung möchte jedoch kein zweites Nicaragua in Mittelamerika dulden: Die Sandinisten praktizieren immer offener marxistische Methoden; sie dienen sowjetischen und kubanischen Interessen und wollen nicht auf den Revolutions-Export verzichten. Die Kissinger-Kommission muß nun Anfang Februar ihren Bericht präsentieren. Reagan erwartet vor allem die Antwort auf eine Frage: Sollen die USA eine diplomatische oder eine militärische Lösung des Konfliktes suchen?

Die Amerikaner wären in der Lage, die Probleme militärisch zu lösen, und zwar innerhalb kurzer Zeit. Mittelamerika ist nicht Vietnam. Solche Empfehlungen würden jedoch auf den heftigen Widerstand einiger Kommissions-Mitglieder stoßen, denn ihr gehören auch liberale Demokraten wie Robert Strauss, der Parteivorsitzende während der Carter-Ära, an.

Ein Washingtoner Fernsehjournalist mit langjähriger Lateinamerika-Erfahrung hat daher die neueste Aufgabe des Krisenmanagers Kissinger als „mission impossible“ bezeichnet, wie der Titel einer einst populären TV-Serie lautete. Eine Mission ohne Erfolgsaussichten? Henry Kissinger muß diesmal alle Register seines diplomatischen Talentes ziehen, um das Gegenteil zu erreichen.

Nach Begin

Von Rafael Seligmann

Israel hat eine neue Regierung. Als Sieger im langwierigen Pokerspiel, das die Bildung einer neuen Koalition vorausging, dürften sich in erster Linie die orthodox-religiöse Agudah und die Führung der Arbeiterpartei fühlen. Den einen gelang es, fast den gesamten Katalog ihrer Forderungen durchzusetzen, die eine stärkere Reglementierung des Lebens im jüdischen Staat nach den Gesetzen des Glaubens vorsehen. Den anderen blieb eine Zerreißprobe, womöglich ein Auseinanderfallen des Arbeiterblocks, erspart.

Als Verlierer fühlt sich wahrscheinlich die große Mehrheit der Israelis: In einer wenige Wochen zurückliegenden repräsentativen Befragung hatten sich fast 75 Prozent der Bevölkerung im jüdischen Staat für die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, also eine Koalition unter Einbeziehung der Arbeiterpartei, der größten politischen Gruppierung, ausgesprochen. Der Grund: Der Wunsch nach einer politisch handlungsfähigen Regierung. Denn das jetzige Kabinett wird nicht viel bewegen können, da es sich lediglich auf eine schmale Basis im Parlament stützt. Dies mag sich in der Frage neuer Siedlungen zeigen wie bei den Versuchen, die wirtschaftliche Misere zu beheben.

In den Außenbeziehungen bedeutet der Wechsel von Begin zu Shamir gewiß eine taktische Verbesserung. Unter dem langjährigen Außenminister und geschickten Diplomaten Shamir werden Temperamentsausbrüche à la Begin in Zukunft gewiß ausbleiben. Eines sollte jedoch nicht vergessen werden: Nach dem Staatsgründer Ben Gurion besaß in Israel niemand eine ähnliche politische Autorität wie Menachem Begin. Keinem anderen Politiker in Israel wäre es möglich gewesen, den Friedensvertrag mit Ägypten zu schließen, der im Gegenzug für weitreichende Konzessionen und Sicherheitsrisiken die Verheißung des Friedens enthielt.

An Beginns Stelle tritt nun Yitzhak Shamir. Um Israel im Innern zu stabilisieren und es gleichzeitig in ruhigere politische Gewässer zu steuern, wird mehr von ihm gefordert sein als Taktik. Er braucht Mut, auch zu unpopulären Entscheidungen. Aber auch und vor allem die Unterstützung der Bevölkerung seines Landes und der Freunde Israels in aller Welt.

Weg mit der Feuerwehr!

Von Peter Dittmar

Architekten sind nachdenkliche Menschen. Und Leser sind sie auch. Sie haben ihren Ernst Bloch parat, um einer Erklärung, die „aus dem Präsidium des BDA (Bund Deutscher Architekten) kommt“, ein Zitat voranzustellen. „Architektur insgesamt ist und bleibt ein Produktionsversuch menschlicher Heimat“, liest man da.

Und dann folgt in eigener Schreibe das Bekenntnis: „Die Aufgabe des Architekten ist die Gestaltung und der Schutz menschenwürdiger Umwelt.“ Auch darf man zur Kenntnis nehmen: „Der Architekt soll Leben bereichern. Sein Beruf ist konstruktiv, nicht destruktiv.“

Diese Sprechblasen leiten die Forderung nach „Einstellung der von Bund und Ländern ideell und finanziell geförderten Programme für den Bau von „Schutzräumen“ ein, und zwar, „soweit diese als Maßnahmen gegen Atomangriffe erklärt werden.“

Zur Begründung wird dann angeführt, daß diese – stets in Anführungszeichen gesetzten – Schutzräume 1. keinen Schutz bieten, 2. wegen zu kurzer Vorwarnzeit von niemandem erreicht würden, 3. nur von den Privilegierten benutzt würden, 4. die Frage nach dem Sinn des Überlebens nicht beantworten und 5., 6., 7. durch die „Vortäuschung von Überlebenschancen die Hemmschwelle für den Einsatz nuklearer Waffen“ herabsetzen, weil sie ein „scheinbares Sicherheitsgefühl“ erzeugen.

Die Namen der vier Unterzeichner wird man sich merken müssen, denn mit ihnen kann man künftig gewiß viel preiswerter bauen. Der Logik ihrer Argumentation wäre es gemäß, wenn sie auf teure Zutaten wie Feuerschutztreppen und -türen, auf Fallsicherungen bei Fahrstühlen und all den anderen Bauklümmeln verzichten, der teuer und geeignet ist, „Illusionen zu nähren“ und „zweifelhafte Hoffnungen auf Sicherheit und Schutz“ zu wecken.

Und wenn wir einmal dabei sind, dann sollten wir auch gleich noch die Feuerwehr und die Polizei abschaffen (das von der Bundeswehr zu fordern ist ja längst nicht mehr originell). Denn bekanntlich brennt es nur oder passieren Verbrechen, weil wir diese „Schutztrupps“ besitzen.

Ja, wenn wir nicht unsere nachdenklichen Architekten hätten.



Eiszeit nach dem heißen Herbst?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Eis-Warnung

Von Herbert Kremp

Im Namen des deutschen Volkes fordert Erich Honecker den Bundeskanzler auf, die Stationierung amerikanischer Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik zu überdenken und das Ziel eines atomwaffenfreien Europa anzustreben. Vom deutschen Volk hat der Staatsratsvorsitzende jahrelang nicht gesprochen, statt dessen immer nur von den beiden deutschen Staaten und ihren getrennten Wegen. Nun besinnt er sich auf den Begriff, der freilich auch ohne ihn existiert, und spannt ihn auf den Bogen seiner Propaganda.

Der Brief Honeckers ist ein starkes Stück Heuchelei, aber er war zu erwarten. Der SED-Chef spielt die Rolle des Moskauer Handelsagenten. Sie gehört zu den Pflichten des Abhängigen, der gleichzeitig ein Überzeugter ist. In den wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu der im SED-Regime selbstverständlich auch die innere Sicherheit zählt, besteht zwischen Ost-Berlin und Moskau nahtlose Übereinstimmung. Das weiß jeder, der die strategischen Interessen der Sowjetunion zu definieren weiß. Die Kooperation, die Verzahnung der Interessen, ist seit dem Beginn der polnischen Unsicherheit im Jahre 1980 noch enger geworden. Diese Steigerung, vom Begriff her schwer vorstellbar, erklärt sich aus dem alles beherrschenden sowjetischen Interesse, das rüstungsmäßige Gegengewicht zur feldbeherrschenden SS 20 in Westeuropa zu verhindern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei die Funktion des ersten Domino-Steines. Wird er zu Fall gebracht, stürzen auch die anderen. Die Nachrüstung, die Schaffung eines neuen ansehnlichen Gleichgewichts in Europa, hängt von den Deutschen im Westen ab. Geben sie dem Druck, der von außen und innen erzeugt wird, nach, werden die Amerikaner in keinem Land des kontinentalen Westeuropas Gegenwärtigen aufstellen können. Das deutsche Nein wird die Grenzen überschreiten und eine „Kontinentalperle“ gegen Washington errichten helfen. Großbritannien wird dann Marschflugkörper stationieren, und Frankreich wird Sicherheitsmaßnahmen gegen die zwangsläufig beginnende Entwicklung eines deutschen Neutralismus ergreifen. Der Atlantikpakt erhält den schwersten Schlag in seiner Geschichte. Und die Sowjetunion übt die Hegemonie über

den zerfallenen Block in dem Maße aus, in dem die westliche Desintegration voranschreitet.

Es war von vornherein, seit dem Beginn der Verhandlungs-Phase des NATO-Doppelbeschlusses, erkennbar, daß die Sowjetunion dieses Ergebnis anstrebt. Niemand, der die Weltmacht vom Begriff, von der historischen Analogie und von der Herrschafts-Ideologie her zutreffend bewertet, konnte jemals etwas anderes glauben. Genf war von Anfang an eine sowjetische Camouflage. Eine moralische Bewertung dieses Tatbestandes ist unangebracht, denn eine selbstbewußte, dem Machdenken verhaftete, seit Jahren mit Tempo expandierende imperiale Formation wie die sowjetische kann nichts anderes wollen. Sie ist in einem „Naturzustand“ geblieben, der sich von politischer Kultur und Zivilisation scharf unterscheidet. Sie sucht nicht „natürliche“ Grenzen wie die Staaten des 19. Jahrhunderts, sondern den Begriff der Überlegenheit und Vorherrschaft notwendig verbunden.

Wenn das die „Intelligenz“ der sowjetischen Weltmacht ist, sollte man also nicht nach ihrer Sittlichkeit fragen, sondern einzig und allein nach der Intelligenz des Widerstandes. Den Interessen der Völker also, die sich der historischen Herausforderung ausgesetzt finden und ihre Interessen zu wahren haben. Für die Deutschen im Westen, den ersten und entscheidenden Domino-Stein, stellt sich diese Frage zunächst und aktuell auf dem Niveau des Honecker-Briefes, der nichts anderes als ein Werk des Auftrags ist.

Dieser Brief vermittelt uns jetzt die Gewißheit, daß alles, was das SED-Regime in den vergangenen Wochen unternommen hat, auf



Politik mit Leimrute und Bonbons: „DDR“-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker ... FOTO: POLY-PRESS

nichts anderes abzielt als auf die Schockwirkung, die das Ankündigen einer „neuen Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik im Falle einer Nachrüstung auslösen würde.“

Wir wissen nicht, ob der Schock eintritt, aber es ist klar, daß die Strecke vom Milliarden-Kredit, für den Bonn garantiert, über die Befreiung der Kinder vom Mindestumtausch und der verklausulierten Regelung für Familienzusammenführung bis zum Abbau der Tötungsautomaten in der ersten Linie einer ansonsten bis zur Undurchdringlichkeit armierten Zonen-grenze, nichts anderes darstellt als eine einzige Leim- und Bonbon-Spur.

Wie haben sich alle Leute aufge-regt, als Honecker seinem Gast Helmut Schmidt am Bahnhof von Gistrow 1981 ein Bonbon durchs Abstellfenster reichte, nachdem Tagelang nur leere Worte gemacht worden waren. Das war eine symbolische Leimung. Dementsprechend ging es um ein faktisches Weg-stück der Lockungen und Verlockungen, um ein Schauspiel der Erleichterungen unter Einbeziehung hoher Chargen – auf daß die Androhung der „Eiszeit“ in Deutschland um so mächtiger wirke.

Die Informationspolitik der Bundesregierung und der von ihr vorgeschickten Politiker über die deutsch-deutschen „Bewegungen“ war unzureichend, und die Regierung hat versucht, diesen Umstand zu begründen. Wir sehen nicht ins Gehirn dieser Akteure, niemand, auch „das Volk“ nicht. Aber mußte nicht der Eindruck entstehen, die Politiker rechneten mit Erleichterungen, die vielleicht nur Milliarden kosten? Müßte man nicht glauben, sie rechneten damit, einem kommunistischen Regime wie dem der SED etwas „abkaufen“ zu können – vielleicht auch die Nachrüstung? Müßte nicht eine „neue Politik“ eingelegt zu haben, zu der man sich zu Hause gratulierend auf Schuftern und Schenkel schlagen könne?

Nun aber präsentiert Honecker die Rechnung, die er von Anfang an vorbereitet hatte: Nein, sagt er, mit „deutsch-deutsch“ hat das alles nichts zu tun, sondern einzig mit den Raketen. Stationiert ihr, kommt nach der Tauszeit die Eiszeit. Was bleibt da so manchem geleiteten deutschen Politiker? Der Eisbeutel.

Opposition in England: Den Seufzern folgt die Euphorie

Aber Festivals des politischen Marketing ersetzen kein Sachprogramm / Von Fritz Wirth

Vor vier Monaten war auf der britischen Wahlzettel eine politische Leiche zu besichtigen. Nachrichten über den Zustand der Labour Party klangen wie Botschaften und Seufzer aus einem Trauer-hause. Die Tories dagegen feierten nicht nur einen Sieg. Sie rüsteten sich für die kommenden vier bis fünf Jahre zu einem politischen Alleingang. Die Opposition schien funktionsunfähig geworden zu sein.

Heute, 16 Wochen und drei Parteitage (der Liberalen, Sozialdemokraten und der Labour Party) später, wollen diese Konstellationen und Rollenverteilungen plötzlich nicht mehr stimmen. Die Labour Party inszenierte in der letzten Woche unter kunstvoller rhetorischer Mund-zu-Mund-Bestimmung ihres neuen Parteichefs Neil Kinnock eine eindrucksvolle politische Wiederauferstehung. Und die sozialliberale Allianz läßt die Muskeln spielen und tut, als gehöre ihr mit ihren 23 Unterhausabgeordneten halb Westminster.

Derweil quälen sich die siegrei-

chen Tories mit programmatischen Zweifeln, mit Enthüllungen über rechtsextremistische Unterwanderungen der eigenen Partei und einer außerordentlichen Liebesaffäre ihres Industrieministers Cecil Parkinson, die zwar eine Privatsache ist, deren Behandlung durch die Partei jedoch allmählich zum wirklichen Skandal dieser Affäre wird.

Wie auch immer: Die Geschlagenen des neunten Juni sind in die Offensive gegangen, die siegreichen Konservativen haben Stellung bezogen zum defensiven Grabenkampf. Das mag in dieser auf Konfrontation und Dualismus programmierten Demokratie die normale Rollenverteilung sein, entspricht jedoch kaum dem bisherigen Stil der Regierung Thatcher. Denn sie war in den letzten Jahren in der permanenten Offensive, sie setzte die Opposition unter Druck und sie hatte das Parlament und das Kabinett sicher im Griff.

Das läßt sich seit dem Wahlsieg am 9. Juni jedoch nicht mehr behaupten. Den Konservati-

ven unterliefen seit einer Serie taktischer und politischer Schnitzereien. Es verstärkte sich der Eindruck, daß die Partei und die Regierung über diesen großen Wahlsieg ihre politische Konzentrationsfähigkeit eingebüßt haben. Die Warnungen des Francis Pym im letzten Wahlkampf über das gefährliche Leben nach politischen Erdbeben und mit unanfechtbaren Mehrheiten scheinen überraschend früh gerechtfertigt worden zu sein.

Dieser jährliche Rollenwechsel in der britischen Politik ging so weit, daß sich die Opposition nicht scheute, auch jene Kleider anzulegen, die für sie einen erzkonservativen Zuschnitt haben und die sie bisher stets als unzeitgemäß betrachtet hatte. Die Inbrunst, mit der der sozialdemokratische Parteichef David Owen und der neue Labourführer Neil Kinnock in den letzten Wochen die Vokabel „patriotisch“ aufpolierten, gehörte zu den verblüffendsten rhetorischen Salti, die seit Jahren auf britischen Parteitag zu registrieren waren. Neil Kinnock sprach von einem

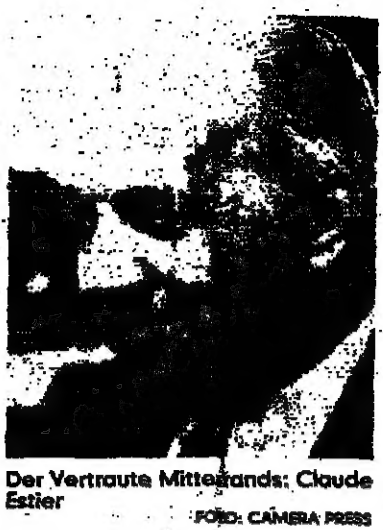
IM GESPRÄCH Claude Estier

Für Härte gegenüber Moskau

Von August Graf Kageneck

Wie in allen Ländern mit freien Parlamenten der westlichen Welt ist auch der außenpolitische Ausschuss der französischen Nationalversammlung ein unumgänglicher Faktor bei der Formulierung der Außenpolitik. Wenn oft der falsche Eindruck entsteht, die Fünfte Republik habe eine Wahlmonarchie eingeführt, die Rechte des Parlaments auf ein gerade noch tragbares Minimum reduziert und die Außenpolitik als Sonderdomäne dem Staatspräsidenten allein überlassen, so wissen Kenner der Pariser Szene, daß dem nicht ganz so ist. Der Ausschuss wird viel und aufmerksam gehört. Er hat Zugang zu allen Quellen, der Minister muß ihm jederzeit Rede und Antwort stehen, und seine Mitglieder sitzen häufiger an den Tischen derer, die das letzte Wort haben, als in manchem anderen westlichen Land. Deshalb ist es nützlich, Claude Estier, den soeben ernannten Vorsitzenden dieses Ausschusses, näher zu betrachten.

Claude Estier verdankt seine Ernennung den Wahlen zum Senat am 2. Oktober. Der langjährige bisherige Vorsitzende Maurice Faure, ein Radikalsocialist, der als junger Minister 1957 die Römischen Verträge für Frankreich unterzeichnet hatte, ließ sich zur würdigen Beendigung einer langen Karriere ins Oberhaus wählen. Auf Wunsch des Elysée-Palais und der sozialistischen Kammerfraktion rückte ein Mann nach, der sicher die besten Qualifikationen für diesen Job mitbringt: Claude Estier ist einer der ältesten und engsten Vertrauten Mitterrands. Beide Männer sehen sich mehrmals wöchentlich. Schon 1945 stieß der junge Abkömmling einer angesehenen jüdischen Kaufmannsfamilie zum Sozialismus. 1962 kam er zu Mitterrand, der damals noch recht weit vom Sozialismus entfernt war, aber allerlei theoretische Ausflüge in ihn unternahm und sich an mehreren linken Gruppierungen beteiligte, ehe er 1970 von seinen Jungtürken auf den Schild gehoben,



Der Vertraute Mitterrands: Claude Estier

FOTO: CAMERA PRESS

die alte SFIO des Guy Mollet im Handstreich nahm und sich zu ihrem Führer aufschwang. Einer der Schlichter war Claude Estier.

Seitdem ist der fröhliche, stets um Ausgleich bemühte und jedem Doktrinen abhold Estier nie mehr von der Seite seines Idols gewichen. Überall, wo der Tribun Mitterrand auftauchte, gewährte man neben ihm den kalten Rundschädel seines Majordoms. Estier hat bei neuen Sozialistischen Partei eine Parteilinie aufgebaut, die sich trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten sehen lassen kann. Als Direktor des Wochenblattes „Unité“ gibt er geschätzte Kommentare zur Außenpolitik ab. Zweimal wurde er in die Nationalversammlung gewählt, einmal in den Pariser Stadtrat, seit 1979 sitzt er auch im Straßburger Europa-Parlament. Besonders enge Beziehungen unterhält er zu deutschen Schwägerpartei. Estier ist einer derer, die dem Staatspräsidenten am nachhaltigsten die unangenehme Haltung gegenüber Moskau empfohlen haben, die in Mitterrands berühmter Bundestagsrede vom 20. Januar 1983 am bisher eindringlichsten zum Ausdruck kam.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Das Bonner Tagesblatt meldet im Reagenz-Warnung an die Syrer:

Reagens Rundfunkansprache war noch keine Ankündigung amerikanischer Gegenmaßnahmen. Doch Syrien und die Sowjetunion sind gewarnt. Die Stationierung von beweglichen Bodenraketen mit nuklearer Kapazität wenn auch noch nicht nuklearer Munition von einer Reichweite bis zu libanesischen und israelischen Siedlungen sowie bis zu den US-Kriegsschiffen vor der Beirut-Küste hat Alarm in Washington ausgelöst. Zusammen mit modernsten sowjetischen Luftboden-Raketen und anderem hochqualifiziertem Ersatz für die Verluste der Syrer im Libanon-Krieg des vergangenen Jahres bilden sie ein einstufiges Arsenal, das amerikanische Interessen direkt bedroht.

DIE PRESSE

Das Wiener Blatt merkt zum Anschlag von Reagan an:

Ist über Nacht ein neuer Krisenherd entstanden? Zur Fassungslosigkeit ob der Unverfrorenheit, mit der die Regierung Mitterrand – Sozialismus hin, Moral her – durch Waffengeschäfte den Golfkrieg anheizt, gesellt sich nun die Bestürzung über das Attentat von Rangun. Plötzlich ist auch Ostasien Schauplatz unübersehbarer Entwicklungen; der Mord an dem Oppositionsführer Aquino in Manila war offenbar nur ein Anfang. Schlagartig ist Seoul seiner wichtigsten Wirtschaftsexperten beraubt worden – für den amerikanischen Präsidenten aber, der bald in Südkorea erwartet wird, erhebt sich die Frage nach effektivem Krisenmanagement in diesem Raum. Über die Hintermänner des Massakers im Rhineland gibt es nur Ratschläge –

Nordkorea kann ebenso seine Hand im Spiel haben wie die burmesische Opposition. Und was ist das politische Ziel des Anschlags gewesen? Sollte Südkoreas offensive Außenpolitik, sollte seine zögernde Liberalisierung gestoppt werden? Wollte man erreichen, daß der Kurs sich wieder verbiere?

JEDIOT ACHARONOT

Die in Tel Aviv erscheinende Zeitung „Jediota Acharonot“ (Der Letzte Tag) des Typs SS 21 in Syrien:

Die Informationen über die geplante Stationierung von SS-21-Bodenraketen wurden nach allen Anzeichen von den Sowjets selbst in die westliche Presse lanciert. Moskau will zuerst die Reaktion Washingtons testen. Wenn die Amerikaner zögernd oder zweideutig reagieren, dann werden die Sowjets ihre Raketen in Syrien ungestört aufstellen können. Das ist doch die traditionelle Methode Moskaus: Zuerst den Puls des Westens prüfen und dann – wenn keine große Gefahr in Sicht ist – weitermachen. Moskau hat den riskanten Erfolg sehr gerne, besonders dann, wenn es die USA betrifft. Es ist sonderbar, aber der Schlüssel zur Tür, die zu einer Stationierung dieser Raketen in Syrien führt, befindet sich in der Hand Washingtons.

WESTFALENPOST

Das in Hagen erscheinende Blatt behält sich mit der ablehnenden Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluss:

Helmut Schmidts Absicht, für die exponierte Bundesrepublik keine Kapitulationsposition gegenüber der stärksten europäischen Mittelmacht zuzulassen, ist von der SPD bis auf Null desavouiert worden. Trotzdem bleibt das Problem der notwendigen europäischen Balance unverändert.

zur Stunde – der populärste Parteichef, den Labour jemals besaß.

Der Haken war ist, daß sich diese euphorische Aufbruchstimmung, mit der man sich in allen drei Oppositionsparteien um die Führer schart, sofort verflüchtigt, sobald man zur Sache kommt. Die großen Probleme der britischen Politik – nukleare Verteidigung, Wirtschaft und Einkommenspolitik und die Nordlandfrage – sind in allen drei Parteien nach wie vor hoch umstritten. Hier brechen vehement alle Risse auf, wenn man sie zur Diskussion stellt, wie die Labour Party es in der letzten Woche in der Verteidigungsdebatte demonstrierte.

Einigkeit war das viel beschworene Schlüsselwort aller vergangenen drei Parteitage. Diese Einigkeit ist zur Stunde nicht mehr als eine neue intensive Loyalität zu den Parteiführern. Das ist gewiß – und besonders bei der Labour Party – bereits ein großer Fortschritt. Die Stunde der Wahrheit jedoch kommt erst, wenn nicht mehr politisches Marketing, sondern politische Substanz gefragt ist.

Herbert Weichmann – großer Helfer in schweren Jahren

Von ERICH LÜTH

Die Nachricht „Herbert Weichmann ist tot“ hat sich gestern wie ein Lauffeuer durch Hamburg verbreitet, schon bevor die Medien diese Trauerbotschaft veröffentlichten konnten. Doch dann wußten sie es alle, die ihn in der Bundesrepublik und über alle Landesgrenzen hinweg als einen großen Bürger unserer Zeit kannten. Denn Herbert Weichmann, der gebürtige Schlesier, war nicht nur Hamburger geworden, sondern erlebte als preussischer Ministerpräsident in Berlin und wurde dort enger Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Otto Bramm.

Eine der Nationalsozialisten, die nach der Machtergreifung seiner mächtigen Kräfte, hatte er sich nach Paris durchgeschlagen und setzte zum Journalisten um. Journalist ist er, ein Mann der Feder, zeitweilig geblieben.

Seine Jahre als Erster Bürgermeister von Hamburg hat er als die Krönung seines Lebens betrachtet. Doch zuvor versorgte ihn das Schicksal nach New York, in die Vereinigten Staaten, deren „Bürger zu Zeit“ er mit Max Brauer geworden ist.

Brauer war es auch, der seinen Freund Weichmann nach der Kapitulation in die Heimat zurückholte. Von Schlesien war Weichmann durch den „eisernen Vorhang“ getrennt; Berlin war eine Vierzonensstadt geworden. An der Elbe jedoch war aus den früheren Nachbarn Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbek die städtische Einheitsgemeinde Großhamburg entstanden, Staatsrat als ein Teil der Bundesrepublik.

Die erste Bürgermeisterwahl nach der Kapitulation fiel in der neuentstandenen Hamburger Bürgerschaft auf den einstmaligen Oberbürgermeister Brauer von Altona. Und dieser Altonaer, der Glasbläser, Brauer, schien zum Chef des neuen Hamburger Senats wie gerufen: kommunalpolitisch versiert, tatkräftig und von ungewöhnlicher Dynamik. Brauer

sah nach dem Freund Weichmann nach New York. „Komm sofort! Ich brauche Dich!“

Damit waren die Würfel gefallen. Für alle Beteiligten. In Hamburg hieß es nicht nur, eine zu 60 Prozent zerstörte Millionenstadt wieder mit aufzurichten. Auch die Verwaltung des Stadtstaats war im Zuge der Überwindung des Nationalsozialismus in vielen wichtigen Funktionen um- und neugeformt. Und so war im Hinblick auf hochqualifizierte Persönlichkeiten Herbert Weichmann ein Mann des rechten Formats.

Es gibt viele Ursachen für den Bestand oder den Verfall von Staatssystemen. Immer gehört aber in die Kausalanalyse der Gebrauch oder Nichtgebrauch der Macht. Die Republik von Weimar ist nach meinen Erfahrungen nicht zuletzt deshalb zerfallen, weil ihre Repräsentanten ein gestörtes und ihre Gegner ein sehr positives Verhältnis zur Macht hatten.

Herbert Weichmann am 24. 1. 1974 in Hamburg

Für diesen Neuhamburger aus Schlesien, der aus der Emigration zurückkehrte, war Hamburg kein Neuland. Weichmann war vor der Hitlerzeit bereits preussischer Delegierter bei den Großhamburg-Verhandlungen, die in den Weimarer Jahren stattfanden. Leider führten diese Verhandlungen vor 1933 noch zu keinem vollen Erfolg. Allerdings beschlossen die Beteiligten, die Preußen und die Hamburger, auf Empfehlung Weichmanns, der den Ministerpräsidenten Brauer vertrat, „künftig so zu handeln, als ob keine Landesgrenzen bestünden“. Nach diesem Prinzip der praktischen Vernunft versuchte man dann auch zu handeln.

Brauer hatte den Wegbereiter aus Berlin nicht vergessen. Er hatte auch in der Emigration feststellen können, mit welcher Unverwundbarkeit sich Herbert und Elisabeth Weichmann

durchschlugen. Brauer hatte zu diesen beiden Freunden Vertrauen gefaßt und erblickte in ihnen eine wertvolle Stütze seines Teams.

Die erste große Aufgabe, die Herbert Weichmann dann in Hamburg übernahm, war die des Rechnungshofs-Präsidenten. In anderen Ländern gibt es für Funktionen dieser Art ein bombastisches Wort: „Generalstaatskontrollor“. Mit ihm hatten also alle Behörden ihre Ausgaben zu beraten. Weichmann hatte bei der Finanzgebarung des Stadtstaats Hamburg entscheidend mitzureden. Er hatte, sobald es am Platz war, auch zu tadeln und auf Wandel zu bestehen.

Doch das war nur eine Stufe, die der neue Präsident des Rechnungshofes erklimmen hatte. Die nächst wichtige hohe Stufe war die eines hamburgischen Finanzministers, wenn auch die Hamburger Ministerien Behörden heißen und deren Chefs den Titel Senator tragen. Dieses Amt als Senator hat Herbert Weichmann übrigens zur gleichen Zeit verwahrt wie Helmut Schmidt, der dem Hamburger Senat einige Jahre als Präses der Innenbehörde angehörte und manche Meinungskämpfe mit dem älteren Kollegen ausfochten hat.

Herbert Weichmann, geboren 1896, hat unter der Fülle seiner Arbeitslast gelegentlich auch Stunden der Anämie empfunden und dies nicht verschwiegen. Da ereignete sich eine ungewöhnliche Überraschung: Der amtierende Bürgermeister Dr. Paul Nevermann trat aus persönlichen Gründen zurück. Ein Berufener und Geeigneter mußte einspringen: Das war Weichmann. Einige Kritiker meinten: „Kein schlechter Lückenbüßer!“ Denn etliche glaubten, daß der alte Herr es bis zum Ende der Legislaturperiode schon machen würde. Dann wurde er in den verdienten Ruhestand geben.

Das Gegenteil trat ein: Das größere und wichtigere Amt wirkte wie ein Stimulus. Der neu geforderte Weichmann bewies als „Landesvater“ gro-



Herbert Weichmann, Hamburgs Erster Bürgermeister 1965-1971

Se Fähigkeiten. Die spürten eines Senatspräsidenten inspirierten ihn. Repräsentation und Koordination in seiner Führungsaufgabe mögen unerlässlich sein, doch er brachte die Phantasie, Präzision und das umfassende Wissen des Staatsmannes. Diese staatsmännischen Eigenschaften bestätigte er in seiner Aufgabe als zeitweiliger Präsident des Bundesrats.

Aus dem Rahmen fielen aber seine politischen Reden, von denen er viele für Hamburg gehalten hat, einige auch an die junge Generation. Die Universität Hamburg holte ihn als Honorarprofessor. Und es ist kein Wunder, daß die besten der Reden als Bücher Breitenwirkung erzielten.

Weichmanns Name als einer der Bahnbrecher einer neuen Demokratie in Deutschland ist fast zur Legende geworden.

Wir anderen jedoch sehen auch noch einen anderen Grund tiefer Dankbarkeit, vor allem wir Hamburger: daß er, der bedrohte jüdische Mitbürger, zu uns zurückgekehrt ist und unter uns wieder heimisch geworden ist.

Er war ein großer Helfer in schweren Jahren!

Erich Lüth, Jahrgang 1902, war mit kurzer Unterbrechung von 1946 bis 1964 Direktor der Senatspressestelle. Lüth ist Verfasser zahlreicher Bücher über Hamburg und seine führenden Politiker.

WIE WAR DAS? Als Abgeordneter ein Beruf wurde

Von PETER PHILIPPS

Aus der in Artikel 48 Abs. 3 Grundgesetz geforderten Entschädigung, die einmal eine Entschädigung für besonderen, mit dem Mandat verbundenen Aufwand war, ist eine Alimentation des Abgeordneten und seiner Familie aus der Staatskasse geworden als Entgelt für die Inanspruchnahme des Abgeordneten durch sein zur Hauptbeschäftigung gewordenes Mandat. Mit diesem Leitsatz aus der Entscheidung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hatten die Bundestagsabgeordneten am 5. November 1978 aus höchststrichlichem Munde bestätigt bekommen: Sie waren von nun an nicht mehr Freizeit-, sondern Berufspolitiker.

Angefangen hatte es im Jahre 1949 noch ganz bescheiden mit 600 Mark Dätzen, 500 Mark Kostenbeitrag für Porto und Telefon, 30 Mark für jede Sitzung sowie Freifahrt bei Bahn und Post. Man war damit in der Tradition geblieben, die vom Deutschen Reichstag im Jahre 1906 begründet wurde: Durch eine Verfassungsänderung hatten die Abgeordneten das erste Dätzengesetz erlassen. Denn unter anderem auf Bismarcks Betreiben hatte die Reichsverfassung von 1871 in Artikel 32 ein absolutes Dätzenverbot eingebaut.

Wenn Bundestagspräsident Rainer Barzel heute seinen Dätzenbericht vorlegt, wird darin die Forderung bekräftigt sein, die der damalige Parlamentspräsident Richard Stücklen bereits in seinem Bericht im Jahre 1981 erhoben hat: „Die auf Grund statistischer Unterlagen ermittelten Einzelergebnisse für die Bemessung der Entschädigung und der Kostenpauschale zeigen, daß die Entschädigung... nicht mehr angemessen ist.“ Rundheraus: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fühlen sich unter Wert bezahlt. Selbst Gedanken an ein 13. Monatsgehalt – wie es auch den Beamten zusteht – werden von den Volksvertretern gewälzt.

Begründet wird dies mit dem Hinweis darauf, daß die Dätzen zum letzten Mal vor sechs Jahren erhöht wurden auf 7500 Mark steuerpflichtige Entschädigung plus 4500 Mark steuerfreie Kostenpauschale. Denn, so hieß es in dem Karlsruher Urteil, das dafür die Basis schuf: „Der Abgeordnete... erhält nicht mehr bloß eine echte Aufwandsentschädigung, er bezieht aus der Staatskasse ein Einkommen.“ Und diese „Alimentation“ habe so bemessen zu sein, „daß sie auch für den, der kein Einkommen aus einem Beruf hat, aber auch für den, der infolge des Mandats Berufseinkommen ganz oder teilweise verliert, eine Lebensführung gestattet, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist“.

Auch wenn die Karlsruher Richter eindeutig festlegten, daß der Abgeordnete „dadurch nicht Beamter geworden ist“, schienen die „Träger des freien Mandats“ (BVG-Urteil) seit mehreren Jahren schon in wachsendem Maße auf die Einkommen der Ministerialbürokraten und, so Stücklen in seinem Bericht, im Vergleich zu Bürgermeistern und Landräten, zu Ministern, Staatssekretären und Ministerialdirigenten liegt die Abgeordneten-Entschädigung „im unteren Rahmen des Besoldungsrahmens“. Und dabei müsse nicht nur die Bedeutung und Belastung des Abgeordneten-Amtes berücksichtigt werden, sondern auch die im Karlsruher Urteil festgehaltene Aussage, daß der Bundestagsabgeordnete mit durchschnittlich 80 Wochenstunden das Doppelte der regelmäßigen Arbeitszeit eines Arbeitnehmers erreiche.

CDU-Generalsekretär Heiner Geieler sagte einmal: „Es müßte doch eigentlich Ehrensache des Volkes sein, daß seine Vertreter eine höhere Entschädigung bekommen als ein durchschnittlicher Coca-Cola-Vertreter.“ Zumindest dem Sinne nach steht dies in dem Karlsruher Beschluß von 1975.

Land der dreifachen Unendlichkeit

Worswede und seine Landschaft, das war und ist für zahlreiche Künstler Inspiration. Manfred Hausmann, der mit seiner Dichtung die Landschaft des Nordens eingefangen hat, lebte lange in Worswede. Er schildert die Faszination, die dort den Erbst, der Landschaft zu erleben weiß.

Von MANFRED HAUSMANN

Auf einem Seitengipfel des Worsweder Berges, zu dessen Füßen Worswede liegt, steht in einer kleinen Waldlichtung ein verwitterter Obelisk, der dem Andenken des königlich-hannoverschen Moorkommissars Jürgen Christian Findorff gewidmet ist. Dem „Vater der Moorbauern“ und dem Schöpfer dessen, was man die Worsweder Landschaft nennt. Der Berg erhebt sich allerdings nur 32 Meter hoch, ist also nur ein Berglein, wie die Seitengipfel auch nur „Gipfelchen“ sind. Aber da sich ringsum nur ebenes Land ausbreitet und unter Blinden der Einäugige König ist, heißt das Berglein eben Berg und die Gipfelchen Gipfel.

Ohne diesen Jürgen Christian Findorff wäre die Worsweder Landschaft nicht das, was sie ist. Er hat sie im 18. Jahrhundert kultiviert, indem er ihre ausgedehnten Moore, darunter das bekannte Teufelsmoor, durch ein klug angelegtes Netz von kleinen und kleinsten Gräben, die von größeren Wasserzügen, den „Schiffgräben“ und „Fahrtstrassen“ aufgenommen wurden, trockengelegt und bewohnbar gemacht, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit dort ein Reihendorf nach dem anderen entstehen und benannt werden konnte. Jede Hofstelle war durch die Gräben und „Fahrtstrassen“, in denen schleusenartige Klappstaus

den Wasserstand hielten, mit den Moorfleuten Beck, Hamme und Wümme und dadurch mit der Weser verbunden und konnte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts ihren gestochenen Torf in schwarz besetzten Kähnen nach Bremen zum Verkauf bringen.

Die Worsweder Landschaft ist also keine unberührte Urlandschaft, wie die Bilder von Mackensen, am Ende Modersohn, Overbeck, Vinnen und Vogeler vermuten lassen, sondern die hoch kultivierte Schöpfung eines Menschen, Jürgen Christian Findorff. Nur bildet in neuerer Zeit nicht mehr die Torfgewinnung die Lebensgrundlage der Bauern, sondern die Acker-, Weide- und Viehwirtschaft. Zwar wird da und dort Torf gestochen, aber nur für den eigenen Bedarf. Die gradlinigen Strukturen der Findorffschen Landschaft sind inzwischen von neuem Wachstum und neuen Formen bäuerlicher Arbeit überwuchert und unscharf gemacht worden.

Heute nimmt sich die Landschaft im großen und ganzen so aus, wie der junge Mackensen sie erblickte, als er Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal den Weyerberg betrat. Er berichtet davon: „Da offenbarte sich mir Worswede in seiner allergrößten Herrlichkeit. Bei der sinkenden Sonne fingen verschiedene hoch übereinanderliegende Wolkengebüde das Licht. Es gab Farben von Dunkelviolett, Kupferrot und Silber, und da, wo der Äther aufblitzte, erschien er grünlich oder, im Gebiet der Zirruswolken, seidigblau. Darunter lagen die dunklen Äcker mit den Hafergrünen und die dämmerige Weite mit den blitzenden Wasserläufen, auf denen schwarze Segel ihre Bahn zogen. Auf den Weiden schwarze Kühe, am Horizont das reiche Bild der Stadt

Bremen. Ich trat an einen Mann heran, der auf einem Acker saß. Sehen Sie mal, wie wundervoll das ist!“ Er antwortete: „Jo, diese Nacht fröstelt’s (fröstelt es). – An diesem Abend schrieb ich meiner Mutter: Hier male ich mein erstes Bild.“

Zurweilen sieht die Worsweder Landschaft so unscheinbar aus, daß die Menschen, die aus der lebhaften Formenwelt der Mittelgebirge oder gar der Alpen nach Worswede kommen, nicht begreifen können, warum so viel Aufhebens von ihr gemacht wird. Einfache Linien, fide Flächen, waagrecht hintereinandergereihte düste Streifen, diese Horizonte, ein leerer Himmel, das ist alles. Aber dann erscheint unvermutet die Stunde, in der sie den ganzen Reichtum ihrer Farben und Formen preisgibt. Anderswo stellt sich die Landschaft wirklich als Landschaft dar, als fest gegründetes Land, das ruht und herrscht. Allerdings gehört auch der Himmel noch dazu. Aber eben nur „auch noch“, aber eben nur als ein Teil des Ganzen und nicht einmal als wichtigster.

In der Ebene um Worswede ist es dagegen vor allen Dingen der Himmel, der die unumschränkte Macht hat, der große Luftraum, durch den Licht und Schatten, Wolken und Winde, Schmetreilien und Regenbahnen eilen, die Unendlichkeit über aller Welt. Außerdem ist da noch das blichsche Land. Nun wohl. Aber es hängt nur wie eine dünne Kruste zwischen den Horizonten. Man meint, sie müßte einstürzen, wenn man einmal fest aufstapelte. Was will da das blichsche Land neben dem unheimlichen Himmel bedeuten? Die Welt, das ist der schwebende Himmel. Keine Landschaft, sondern eine Himmelskafte. Anderswo ist der Landschaft Gewissheit und Dauer verliehen. Wohl verändert sich die Beleuchtung mit dem Hin und Her des Wetters. Aber das besagt nicht viel, denn das Beleuchtete, das der Landschaft ihren Charakter gibt, steht immer als dasselbe da, als Berg und Gefild, unveränderlich und schwer.

Im Worsweder Bereich indessen, wo das flimmernde, webende, durch einanderspielende Licht selbst die Landschaft ist, bleibt sich nichts gleich. Es braucht nur ein Schleierwölkchen vor der Sonne vorbeiziehen, die Luft braucht sich nur ein wenig zu trüben oder zu erhellern, gleich ändert sich auch das Licht und mit dem Licht auch die Farben, die vielfältig abgeschattet, auf allen Dingen schimmern, und mit den Farben die ganze Welt. Mag die Pariser Atmosphäre ihre zarte und kühle Silberbrigkeit, die Amsterdamer ihr feuchtes Braun, die venezianische ihren saftigen Goldton haben, das Licht, mit dem Worswede beschenkt ist, enthält alle drei. Heute obliegt mehr das silbrige Grau, morgen mehr das braune Dämmern und übermorgen mehr die goldene Verschönerung, und wieder ein anderes Mal strömen und sickern silberne, braune und goldene Lichtwellen gleichzeitig durcheinander.

Genügt schon eine geringfügige Veränderung der Luft, um die Worsweder Landschaft von Grund auf umzustimmen, so ereignet sich an Tagen, die nicht geringfügige, sondern kräftige Wettereindrücke mit sich bringen, vollends ein rasender Tumult von Weltuntergängen und neuen Wertschöpfungen. Wer einen solchen Spätherbsttag, wenn der Nordwest, der von der See herüberjagt, aufgetürmte Wolkenmassen über die Klarheit der Ebene wälzt, wenn das Licht in graublauen Bahnen aus den Wolkenrissen niederfließt und in Flecken von unwirklicher Helligkeit über Moore, Wiesen und Wälder hauset, wenn in der Ferne schwerelos in einer Spirale sich umeinander drehende Regenstreifen herabhängen, in deren Innern sich plötzlich ein violettes Geleucht entzündet, wenn über dem Moor ein hell glühender Regenbogen gegen das Schwarz der Wolken steht, während über ihm und unter ihm ein zweiter und dritter leise aus dem Nichts hervortritt und leise wieder erlischt, wer einen solchen bewegten Herbsttag nicht mit eigenen Augen gesehen hat, kann sich kaum eine Vorstellung von den Wundern des brausenden Lichtes machen, die tagelang, wochenlang stundenlang, bis die Störung vorübergezogen ist und die Gegensätze sich ausgleichen.

Im Winter hängt über dem vereisten Land ein Licht, das noch verklärter glimmen kann als das sommerliche Wolkengrau zu erwähnen, das anderswo so niederdrückend wirkt und bei längerem Anhalten den Menschen zum Trübsinn bringen kann, wohingegen es in Worswede die Landschaft in eine solche Unirdlichkeit verwandelt, daß jeder Mann mit seiner Beschäftigung innehält und betrocknet aus dem Fenster starrt. Es geschieht meist um die Stunde, die hiarulande die Uhlenflocke heißt. Dann kehrt sich das tote Licht unter dem Gewölk in ein verhalten erblühendes Rosa oder Violett oder Lila, in dem die Häuser und Gärten, die Föhren und Birken, die Menschen und Tiere stehen. Sie sind nur noch Abtönungen des Lichts. Es ist, als könne man mit der Hand durch sie hindurchfassen wie durch Schatten. Man fragt sich, woher sie denn kommt, diese weiche Woge, und findet keine Erklärung dafür. Vielleicht daß über den Wolken eine der gewaltigen Abendröten brennt, deren Widerschein vielfach gefiltert durch die Dunstschicht sinkt und den Luftraum zwischen Wolken und Erde zu einem matten Glühn bringt. Die Welt – das ist das unendliche Licht. Keine Landschaft, keine Lichtschaff.

Anderswo lebt die Landschaft vorwiegend von den eigenen, unmerklich sich regenden Kräften. Lediglich im Wechsel von Tag und Nacht und in den Schwankungen des Wetters deuten sich Einwirkungen an, die von „draußen“ kommen. Die Worsweder Landschaft wird dagegen immer wieder von einem Anhauch aus fremden, ja kosmischen Fernen über-



Der Borkenheff, einst Heinrich Vogeler's Wohnhaus und Zentrum der Worsweder Künstlerkolonie, heute „Koloniezentrum“ mit Ateliers für junge Stipendiaten

stmet und verändert. Dunkle, gleichmütige Gewalten heben sich daher auf, dringen in ihre Gefüge ein und verändern sie. So spüren die Niederungen der Moorfleuten Hamme und Wümme, die durch die Lesum und Weser mit der Nordsee in Verbindung stehen, bis in die letzten Kanäle und Schiffgräben hinein den Mondrhythmus von Ebbe und Flut. Und das Steigen und Sinken der Gewässer wirkt wiederum auf die Tier- und Pflanzenwelt fort. Selbst die Menschen können sich ihm nicht entziehen. Um die Zeit des Äquinoktiums donnern die Westwinde vom Atlantik her mit solcher Gewalt herüber, daß es so aussieht, als duckte sich die Landschaft verängstigt nieder. Sie haben die Herrschaft, sie allein.

In den Winternächten wälzt der Schein des Nordlichts wie Gaze vor den Sternbildern her. Wenn eine Springflut die Wiesen überschwemmt hat, so weit das Auge sehen kann, und plötzlich Frost einfällt,

schlägt das Eis alles in seinen Bann. Sumpfwäse und Lufthäsen, die aufsteigen wollen, fließen fest, große Perleischnüre in der glasklaren Masse. Unten in der Tiefe schwingen die Gräser und Pflanzen mit schlaftrunkenen Gebärden hin und her. Mit dem Eintritten des Tauwetters droht ein Hall nach dem anderen wie Kanonenschüsse über die bestende Eisdäcke. Dann schieben sich die Schollen übereinander, vom Wind und von der Strömung bedrängt. Der Elbsang setzt ein, der in schlimmen Jahren von ihren Werten zu stoßen vermag. Im Frühling und Herbst wehen die Schwärme der Zugvögel, vielstimmig klagend, unter der Mondschel hin, diese Sendboten der Sehnsucht über den schweigenden Mooren und Wäldern. Eine löst das andere ab, Woge schwingt sich in Woge, Unendlichkeit in Unendlichkeit. Und das Land liegt regungslos da. Die Welt, das ist ein unendliches Strömen und Wogen des Alles. Keine Landschaft, eine Allschaff.

In diese dreifache Unendlichkeit, in die des unendlich sich öffnenden Himmel-Raumes, in die des unendlich sich wandelnden Lichtes und in die des unendlich hinwühenden Alles, ist die Worsweder Landschaft, sind alle Einzelnde gebettet; die gesamte Wucht einer Eiche etwa, die Ammut eines Wollgrasflockchens, die Ruhe eines baumbeschatteten Reetdachhauses, das Klappstau mit dem lauten, seidenen Fall des Moorswassers, die Blumen eines Bauerngartens, der emporgelagerte Schwellen eines Ziehhäusens, die Heckenwähe um die Viehweiden, die düstere Fläche eines Torfsees, der langsame Flug eines Fischreiher durch den Abend, die schweren Bewegungen der Bauern bei ihrer niederkriechenden Arbeit und die lichtumflussten Spiele der Kinder mit den großen, hellen Augen.

Da mag jeder ermesen, wie unendlich die Möglichkeiten sind, die die Worsweder Landschaft dem Künstler bietet, der sich ihr anvertraut. Sie ist gleichsam eine Antwort, die bereits vor jeder Frage gegeben wird. Es liegt bei den Künstlern, so zu fragen, daß sie der ganzen Herrlichkeit der Antwort teilhaftig werden.

Der Kunstschilder Fritz Mackensen erhielt eine Antwort wie ein Feuerwerk von Gold und Silber bis in die letzten Fernen. Dem andern, der sich um das Gediehen seiner Saaten sorgte, antwortete sie nur mit einem Wetterzeichen. Wer allerdings nichts zu fragen hat, wenn nichts um ihn her fragwürdig, des Fragens, des Verwunders, des fassungslosen Staunens, des Erschreckens wert erscheint, der wird auch keine Antwort gewürdigt. So einer geht dann hin und malt ein „Motiv“. Nur wer hat, dem wird gegeben.

Diese unendliche Landschaft bedarf des Menschen, der auch seinerseits voll, überall von Unendlichkeit ist, des von innen her erschütterten, des gequälten, kurzum des schöpferischen Menschen.

Eine Kolonie der Künstler

Fritz Mackensens Begegnung mit Worswede wurde der Ausgangspunkt zur Gründung der Künstlerkolonie im Jahre 1889, der das Moordorf unweit Bremens bis heute seine Popularität (und touristische Attraktion) verdankt. Zu ihr gehörten Otto Modersohn, Hans am Ende, Carl Vinnen, Fritz Overbeck und als der bedeutendste und einflussreichste Maler und Graphiker der Gruppe Heinrich Vogeler.

Mit der Ausstellung im Münchner Glaspalast 1895 verbreitete sich der Ruf der Worsweder bald über die norddeutschen Grenzen hinaus. Rainer Maria Rilke, der zeitweilig in

Worswede lebte, ist die erste Abhandlung über die Künstler und ihr Programm, die Landschaft wieder als Gegenstand der Malerei zu entdecken, zu verdanken. Und Rilke war es auch, der zuerst die Bedeutung der Worsweder Landschaft erkannte.

Obwohl sich die ursprüngliche Künstlergruppe nach der Jahrhundertwende auflöste, blieb der Ort bis heute ein Refugium der Künste. Die unterschiedlichsten Maler, Bildhauer und Kunsthandwerker siedelten sich hier an. Heute sind Friedrich Meckeser und Waldemar Otto die bekanntesten Worsweder.

P. D.



Otto Modersohn (1865-1943) im Jahre 1895 vor der Worsweder Kirche

FOTO: DIE WELT

Die neue US-Armeevorschrift hält Optionen für die Politik bereit

Die neue Gefechtsfeldvorschrift für das amerikanische Heer ist wegen ihrer angeblich „aggressiven Leitlinien“ in Europa auf Kritik gestoßen. NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers hatte postuliert: „Der Kern einer lebensfähigen Verteidigung ist der Gegenangriff.“ Das provozierte Mißverständnisse. Rogers erklärte dazu, sein Ziel sei es nicht, gegnerisches Territorium des Warschauer Paktes zu nehmen. Der Oberbefehlshaber will das Gefecht so führen, daß das NATO-Gebiet verteidigt und die Ausgangslage wiederhergestellt wird. Rogers warnt vor einer Maginot-Mentalität. Der folgende Beitrag erläutert die neue „Airland-Battle“-Vorschrift.

Von
CAY GRAF BROCKDORFF

In „War as I knew it“, seinem 1947 erschienenen Buch, beschreibt George Patton eine denkwürdige Begebenheit. Während er seine 3. US-Armee 1944 im Sturm auf Frankreich trieb, nahm er sich die Zeit, mit einem alten Freund aus dem Ersten Weltkrieg zu reden. Es war der französische General Kœchlin-Schwartz, der früher an der französischen Generalstabsschule gelehrt hatte. Patton fragte ihn, wie es dazu kam, daß der französische Armee vier Jahre vorher eine derart vernichtende Niederlage bereitet werden konnte. Der Franzose antwortete ohne zu zögern, zehn Jahre lang habe man im Schatten der Maginot-Linie nur an die Verteidigung gedacht, sie gelebt und gelbt – niemals den Angriff.

Diese Stelle aus den Erinnerungen eines ungewöhnlichen US-Generals kommt in den Sinn, wenn man die Diskussion verfolgt, die über die neue Führungsdoctrine des amerikanischen Heeres „Airland Battle“ entfacht worden ist. Um es vorwegzunehmen: Es hat darüber nur in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Beiträge gegeben. Sonst nirgendwo. Es ist offensichtlich, daß die Begriffe Angriff und Verteidigung vielfach zu Verwirrung geführt haben.

Es kann nicht überraschen, daß Patton die Begegnung mit seinem alten Kriegskameraden hervorhebt. Das Denken dieses Generals war immer auf militärischen Erfolg gerichtet. „Alle Mittel dürfen zur Hand genommen werden, um ein Maximum an Verlusten und Zerstörungen in einem Minimum an Zeit zuzufügen.“ Der dynamische Amerikaner war verblüfft vom Ausmaß der Katastrophe, die 1940 die französische Armee heimgesucht hatte. Sie war das Ergebnis einer Geisteshaltung, die sich hinter der starren Befestigungslinie Maginots entwickelt hatte. Das französische Heer hatte verlernt, sich zu bewegen. Warnungen eines jungen französischen Brigadegenerals namens Charles de Gaulle vor einer derartigen Einseitigkeit blieben unberührt.

Um Patton zu verstehen, um aber auch jede Führungsvorschrift eines Heeres zu verstehen, die neue „Airland-Battle“-Vorschrift des amerikanischen Heeres eingeschlossen, müssen Begriffe definiert werden: „Angriff“, so wie das Wort in Führungsvorschriften verstanden wird, ist kein Signal zur Kriegseröffnung. Es ist ein operativer Begriff, der eine bestimmte Absicht für den Ablauf eines Gefechts beschreibt. Die Entscheidung über die Eröffnung eines Krieges gehört nicht in den Bereich des Soldaten. Sie wird von den Politikern getroffen. Insofern hatte Patton bei seinen ständigen Angriffen in Wahrheit verteidigt. Der Krieg war 1939 von Deutschland eröffnet worden.

Vor einer Erörterung der neuen Gefechtsdoctrine des US-Heeres muß zur Klärung der Begriffe noch ein weiteres Ereignis geschildert werden. Ende der sechziger Jahre diskutierte der amerikanische Kongreß lebhaft, ob man nicht die Soldaten politisch indoctrinieren und zum Haß auf die Sowjets erziehen müsse. Es war ein General, der die Abgeordneten an die Grundlagen der amerikanischen Verfassung erinnerte und darlegte, daß das Militär auszuführen habe, was die verantwortlichen politischen Instanzen wünschen.

„Das Corps führt aus, was der Präsident befiehlt“

Der General hieß Wallace Greene und war Kommandant der vierten amerikanischen Teilstreitkraft, des „Marine Corps“. Die Indoctrinierung seiner Soldaten zum Haß lehnte er kategorisch mit den Worten ab: „Das Corps führt nur aus, was der Präsident befiehlt.“ Er wäre wohl kein „Lederhaken“ gewesen, wenn er nicht hinzugefügt hätte: „Das Corps hat sogar einen Plan, die Briten zusammenzuschlagen.“ Auf seine Weise machte Greene klar, um was es geht: Optionen für die Politik bereitzustellen – selbst wenn sie vielleicht absurd sind.

Der elementare Unterschied zwischen politischem Auftrag und der Weise, in der sich der Beauftragte der Weisung entledigt, gilt es nirgendwo so deutlich hervorzuheben, wie bei den Streitkräften. Die Armee benötigt eine Doktrin, nach der sie das Gefecht führt, wenn der Tag kommt, an dem sie es führen muß. Die Armee muß auch den Krieg planen, denn nur so kann sie auf ihn vorbereitet sein.

Dies bedeutet nicht, daß die Streitkräfte auf den Tag hinarbeiten, an dem der Krieg „endlich“ ausbricht. Hervorragende Soldaten haben sich deshalb immer als die ersten Pazifi-

sten des Landes verstanden, denn niemand kennt die Schrecken des Krieges besser als sie. „Fünf Minuten im Gefecht haben mir genügt, um mir klarzumachen, daß der Krieg untauglich ist, menschliche Konflikte zu lösen.“ Dieses Wort stammt von General Bernard Rogers, dem obersten alliierten Befehlshaber in Europa.

Die neue US-Heeresvorschrift „Airland Battle“ ist als „Field Manual 100-5“ seit einem Jahr gültig. Sie beschäftigt sich mit einem anderen ausführlichen mit dem Einsatz nuklearer und chemischer Waffen, macht indes aber klar, daß die Freigabe nuklearer Waffen auf der politischen Ebene erfolgen muß und die offizielle amerikanische Politik den Einsatz chemischer Waffen verbietet (Abschnitt 7-12).

Sozialdemokratische Kritiker der „Airland-Battle“-Vorschrift haben ihr vorgeworfen: „Die Automatisierung des Kriegsführungskonzepts, verbunden mit schneller Nutzung von atomaren und chemischen Waffen, macht politische Konfliktlösungsversuche unmöglich.“ Eine solche Verdächtigung ist durch die Tatsachen nicht gedeckt.



Gegen Verzicht auf Erstinsatz NATO-Oberbefehlshaber Rogers
FOTO: DPA/POHLERT

Traditionell ist das amerikanische Heer immer den linearen, methodisch geführten Gefechtsverschieben gewesen. Seinen Ursprung hat dieses Konzept im amerikanischen Bürgerkrieg, den Ulysses Grant durch seine Abtötung des Südens gewann. Schon damals stand die industrielle Macht des amerikanischen Nordens im Hintergrund und sie hat seit jener Zeit immer den Stil amerikanischer Kriege geprägt. Durch besondere Einfallslinien hat sich die amerikanische Armee dabei sehr auszeichnet. Regeln machen Ausnahmen sichtbar. Den brillanten Heerführer Patton, der zu seinem Verdruß von seinen Vorgesetzten gelegentlich gebremst wurde, muß man in einem Atemzug mit kühnen deutschen Panzerführern nennen. Eine andere Ausnahme ist wohl auch Douglas MacArthur, der nicht nur ein großer Strategist war, sondern vermutlich der begabteste General des Jahrhunderts. Seine größten Widersacher waren beziehungsweise US-Militärs.

Die sowjetische Armee, die letztlich nichts als das Produkt eines aggressiven und auf Sieg setzenden Staates ist („Der Krieg wird gesetzlich mit dem Sieg des fortschrittlichen kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems über das reaktionäre kapitalistische System enden, das historisch dem Untergang geweiht ist“, so Marschall Sokolowski), hat sich einer offensiven Strategie verschrieben. Sie ist das Produkt einer dogmatischen Parteiphilosophie.

Angesichts dieser offensiven sowjetischen Kriegsführung und der unbestrittenen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes wäre es verhängnisvoll, wenn die NATO in den Fehler verfiel, mit einer abgewandelten Form des Maginot-Denkens eine starre Verteidigungsschlacht führen zu wollen, bei der es den Angriff nicht gibt.

Die neue amerikanische Führungsvorschrift will es vermeiden, daß in Zukunft nach alten Methoden der Feind linear in Gefechte verstrickt wird. Sie hebt die Begriffe Feuer und Bewegung hervor, sucht die Auseinandersetzung mit dem Gegner in der Tiefe. Das ist NATO-konform. General Rogers hat postuliert: „Der Kern einer lebensfähigen Verteidigung ist der Gegenangriff.“

Rogers hat ganz klar gemacht, was er darunter versteht. Sein Ziel ist es nicht, gegnerisches Territorium zu nehmen. Er ist an keinem Quadrat-zentimeter Staatsgebiet des Warschauer Paktes interessiert. Er will das Gefecht so führen, daß das NATO-Gebiet verteidigt und die Ausgangslage wiederhergestellt wird. Wenn aus operativen Gründen ein NATO-Kommandeur mit seinen Truppen nach einem gegnerischen Angriff bei-

spielsweise auf das Gebiet der „DDR“ vorstößt, weil er nur so in die tiefe Flanke des Feindes gelangen kann, wird Rogers ihn bestimmt nicht daran hindern.

Die „Luftland-Schlacht“ ist also nicht zu früh gekommen, eher zu spät. Andere Heere hatten sich viel früher auf Bewegungskrieg und flexible Gefechtsführung eingestellt. Im deutschen Heer ist die Tradition und nicht von ungefähr haben deutsche Führungsschlachten bei der neuen US-Vorschrift Pate gestanden. Die Zusammenfassung der Begriffe „Luft-“ und „Land“-Schlacht geht auf deutschen Einfluß zurück, auf den früheren Oberbefehlshaber der alliierten Land- und Luftstreitkräfte in Zentraleuropa, General Franz-Joseph Schultze. Im Winter 1977 befahl er in seiner „Kriegsrichtlinie Nr. 1“ das Zusammenwirken der Teilstreitkräfte.

Nationale Führungsvorschriften finden nur dann Eingang in die Richtlinien der NATO, wenn sie vom Bündnis gebilligt worden sind. Diesem Verfahren mußte sich auch die neue US-Doktrin aussetzen. Es ist noch nicht abgeschlossen. Im Gegensatz zu Unterstellungen, daß Washington mit Hilfe der Vorschrift einen Angriffskrieg in Europa vorbereiten wolle, erlaubt das Papier die Aufgabe von Raum. Dieser Abschnitt wird mit Sicherheit keinen Eingang in NATO-Verfahren finden, denn für die Allianz gilt die Vorverteilungung an der Zonengrenze. Die freiwillige Aufgabe von Raum, so sehr das operativ wünschenswert sein mag, mußte die Allianz politisch erschüttern. Sie ist in Europa nicht anwendbar, wohl aber in anderen Gegenden der Welt. Die neue US-Heeres-Doktrin wurde mit Blick auf die weltweiten Verpflichtungen der US-Streitkräfte geschrieben.

Rogers betont: „Ich führe eine Koalitionarmee.“ Danach richten sich seine Führungsvorschriften. Sicher bedeutet das nicht, daß er gewillt wäre, eine Niederlage seiner Truppen vorzusehen. Würde er das, müßten die NATO-Staaten ihn bitten, zurückzutreten. Dies muß so deutlich ausgesprochen werden, weil Verdächtigungen gegen die „Airland-Battle“-Vorschrift so weit gingen, den Amerikanern zu unterstellen, sie planten den Sieg über die Sowjetunion. Das ist falsch, strategische Absichten lassen sich aus Führungsvorschriften nicht so einfach ableiten. Sicher ist, daß Rogers und die NATO siegreiche Gefechte führen wollen, denn auch während eines militärischen Konflikts denkt der Westen an Abschreckung. Der Gegner soll zum Abbruch des Krieges veranlaßt werden. Konventionelle Erfolge ermöglichen im übrigen den Verzicht auf nukleare Waffen. Die neue US-Doktrin ist somit deckungsgleich mit den Absichten der NATO: Sie will den Sieg auf dem Gefechtsfeld.

Das entscheidende Element der Abschreckung

Jeder Soldat weiß, daß der Einsatz von Atomwaffen den Krieg in eine neue, unbekannte Dimension hebt. Dennoch will die NATO auf den Übergang zum Einsatz von Atomwaffen vorbereitet sein – überaus los, weil der Gegner keine Möglichkeit haben darf, den Augenblick zu berechnen. Wer berechnen kann, kann das Risiko kalkulieren. Die Abschreckung würde nicht mehr funktionieren.

Politisch gesehen, ist das amerikanische „Field Manual“ als Element der Abschreckung zu werten. Abschreckung entsteht aus dem Bild, das der potentielle Gegner sich von einem Widersacher macht. Dies ist in der Tat das entscheidende Element der Abschreckung überhaupt.

Wegen des Mangels an Raum kann die NATO die zwei klassischen Elemente des Gefechts, Feuer und Bewegung, nicht immer vollständig ausnutzen. Das Feuer gehört daher ins Hinterland des Gegners, von wo ein Angriff aus der Tiefe genährt werden müßte. Von dort speist der Gegner seine Kraft. „Die Kosten der Aggression werden nicht allein von den Opfern der Aggression getragen“, sagte Alexander Haig als NATO-Oberbefehlshaber 1977.

Die Möglichkeit, das (konventionelle) Feuer stärker als je zuvor ins Hinterland des Gegners zu tragen, eröffnet sich durch eine neue Technologie. Flächenfeuer und Submunition, die sich selbständig ihr Ziel sucht, sind die Mittel, die dem Bündnis in Zukunft zur Verfügung stehen. General Rogers hat darauf aufmerksam gemacht, daß die neue Technologie, mit deren Hilfe Ziele bis zu Hunderten von Kilometern hinter der Front bekämpft werden können, der Strategie der „Flexible Response“ neue Lebensfähigkeit gibt. Diese Strategie hat ihre Gegner, aber niemand hat für sie einen Ersatz. (SAD)

Was hinter der neuen Westpolitik des Ostens steckt

Rentner als Kredit-Lockvögel?

WERNER KAHL, Bonn
Vor den Mitgliedern der „DDR“-Einheitspartei kann das propagandistische Dilemma, in dem die SED-Führung durch den Milliardenkredit und ungeklärte Vorgänge im Krimi steckt, nur mühsam kaschiert werden. Für das im Oktober begonnene Parteijahr fehlt noch nach Berichten aus der „DDR“ das ideologische Rückgrat für Diskussionen mit den Genossen; denn den Begriff sozialistischer Geldschein auf kapitalistischen Märkten kennt das Wörterbuch der Parteipropaganda nicht.

Eine Sprachregelung für den Funktionsapparat hat die Parteispitze anscheinend immer noch nicht gefunden. Einziges Orientierungshilfe nach monatelangem Schweigen ist neben den „DDR“-Medien an Stelle eigener Kommentare veröffentlicht wurden, der offene Brief Erich Honeckers an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem für den Fall der Raketenstationierung mit einer „Eiszeit“ gedroht wird. Eine „neue Eiszeit“ würde jedoch weitere Kredite fraglich machen, so daß sich die „DDR“-Bevölkerung im Falle politischer Ost-West-Verweisung darauf gefaßt machen muß, den Gürtel enger zu schnallen. Den Genossen, die nach ihrem künftigen Lebensstandard, weiteren Krediten und nach den Vorgängen im Krimi fragen, wird jedoch bedeutet, daß gegenwärtig dem Kampf gegen die Stationierung die größte Bedeutung zuzumessen sei.

Wohlstand auf Pump

Das Politbüro sieht daher anscheinend keinen Anlaß, den Funktionsapparat aufzuklären, wobei die zum Jahresende fälligen weiteren drei Milliarden Mark in Devisen zur Schuldzinsstillung geholt werden sollen: aus zusammengekratzten Guthaben aus ausländischen Geldgebern, denen sich Ost-Berlin mit der westdeutschen „Pfandbrief“-Milliarde als kreditwürdig zu empfehlen versucht. Ältere Sachsen erinnern daran, daß ihre Heimat in Jahren wirtschaftlicher Blüte vor dem Weltkrieg etwa ein Drittel der Ausfuhr des deutschen Reiches verbuchte und somit fast ein Drittel der vom Reich benötigten Devisen hereinholte.

Bei den Beratungen der SED-Genossen über den ersten Kredit im Frühjahr stand „wirtschaftliche Vernunft gegen politisches Risiko“, so das Deutschland-Archiv. Zweimal war in der Inkubationszeit des Kreditgeschäftes von Gessinnungsverkauf beziehungsweise Erpressung durch kapitalistische Geldgeber die Rede. Das erste Mal wurde damit gegen westliche Geldspritzen plädiert, das zweite Mal dafür.

Konrad Naumann, Vorsitzender der Ostberliner SED-Bezirksleitung, hatte am 2. November 1982 erstmals den Schleier, der gewöhnlich über internen Diskussionen der SED-Führung liegt, gelüftet. Im Parteitag „Neues Deutschland“ nahm er eine Bestarbeiterkonferenz, die bereits im September 1982 stattgefunden hatte, zum Anlaß, um vor einem Kredit aus dem Westen zu warnen: „Die politischen Positionen der DDR sind kein Schacherartikel, sie sind nicht mit Dollar oder auf andere Weise käuflich.“ Ost-Berlin hatte damit sein Interesse an einem angesichts der drückenden Schuldzinsverpflichtungen für 1983 notwendigen vier Milliarden D-Mark-Kredit angemeldet.

Der Ostberliner Partei-Bezirkschef spielte in dem Artikel zugleich auf die aus dem Westen zu erwartenden Gegenleistungen für Honeckers Konzeption einer Leistungsmotivation durch Wohlstand auf Pump an: Schrittweise Zurücknahme des 1980 erhöhten Zwangsunterschiedes, Erleichterungen im Reiseverkehr, Erteilung von Ausreisegenehmigungen für „DDR“-Bürger, und schließlich Abbau von Todesstrafen und Minderfahndung entlang der innerdeutschen Grenze. Geldverleih, so las es der Parteigenosse aus Naumanns Artikel zwischen den Zeilen, also aus erpresserischen politischen Motiven, während Honecker im Mai dem Westen vorwarf, der „DDR“ nicht mit einem Kredit aus der Tasche helfen zu wollen. Da der Staatsratsvorsitzende und SED-Chef kurz zuvor in Moskau gewesen war, konnte seine Erklärung nur als Zustimmung des Kreml zur Neuverschuldung gewertet werden. Im Hintergrund spielte gewiss auch der Gedanke eine Rolle, wenn Ost-Berlin die Bonner Milliarden kriegte, sähen die anderen, daß die „DDR“ kreditwürdig sei.

Die Diskussionen in der SED-Füh-

rung drehten sich um zwei Punkte: Überhaupt nichts auf dem Kreditmarkt machen oder schnell handeln und dabei die vom Westen erwarteten Gegenleistungen in der Deutschlandpolitik einkalkulieren, ohne die eigene Linie zu verlassen. Seitdem sind die SED-Propagandisten damit beschäftigt, die häßlichen, aber gereichten Gegenleistungen als Erfolg Ost-Berlins international zu „verkaufen“. Dies erklärt das etappenweise Vorgehen beim Zwangsunterschied. Die Rücknahme des Rentenunterschiedes wurde als Reserve für den nächsten Kredit zurückgehalten. Ost-Berlin braucht bis Jahresende weitere drei Milliarden Mark. Ein Verzicht auf den ersten Bonner Kredit und weitere Geldgeschäfte würde Fragen der inneren Sicherheit berühren. Es hieß im Fall des Kreditverzichts die Bevölkerung derart kurz zu halten, daß die latente Unzufriedenheit zu einem von den Staatsorganen nicht mehr berechenbaren Stau führen könnte. Die Befürworter des Kredits um Honecker beriefen sich auf das soziale Netz, das in der Honecker-Ära seit 1971 geschaffen worden sei und zu dem die SED-Führung das Baby-Jahr, den Bau von Trabantenstädten und die weiterhin mit Milliarden subventionierten Nahrungsmittel und Mietpreise rechnet.

Mit der Moskauer Zustimmung zu dem Kreditgeschäft verbindet der Kreml gewiss Gedanken etwa der Art, der westdeutschen „Friedensbewegung“ in den kommenden Jahren ein neues Feld anzubieten: nach der Anti-Raketen-Kampagne einen Feldzug für den Ausbau der Bundesrepublik aus der NATO und möglicherweise dann eine Offerte zur Neutralisierung. Innerhalb der SED-Führung gibt es derzeit keine Anzeichen für Auseinandersetzungen, die über Meinungsverschiedenheiten und ideologische Scharmützel auf Machtkämpfe schließen lassen; denn die teilweise seit fünf Jahrzehnten miteinander im Kommunismus arbeitenden Genossen sind aufeinander angewiesen. Sie sind deshalb vom Westen längerfristig ins politische Kalkül zu ziehen. Im Politbüro hat die „Troika“ – Erich Honecker, Willi Stoph und Paul Verner – das Sagen. Honecker, der mit Verner 1946 die Staatsjugendorganisation gründete, sorgte dafür, daß er ins Politbüro kam; Honecker holte auch Erich Mielke, den Stabschier-

heitschef, und Heinz Hoffmann, den Verteidigungsminister, ins Politbüro. Von dessen acht Kandidaten wurden fünf nach Honeckers Amtsantritt gewählt, dazu gehören die ehemaligen FDJ-Funktionäre Joachim Herrmann und Werner Felfe. Unter den „Kardinalen“ ist lediglich Günter Mittag, der Wirtschaftsfunktionär, ein Seiteneinsteiger. Honecker hielt zu ihm, als Mittag 1973 bis 1976 einen Karriereknick hatte. Das sichert dem Staatsratsvorsitzenden und Parteichef heute die Ergebnisse Mittags. Für die „Kardinalen“ stellt sich die Frage des Nachwuchses erst im Frühjahr 1988, wenn satzungsgemäß der XI. Parteitag der SED einberufen werden muß. Dann herrscht eine Führung, die nach den Gesetzen der Krimi-Biologie amtiert. Erich Honecker als 74-jähriger, Erich Mielke (79), Erich Mückenberger (76), Alfred Neumann (77), Heinz Hoffmann (76). Die Jüngsten sind Willi Stoph (71), und der gleichaltrige Horst Sindermann, Agit/Prop-Funktionär der ersten Stunde.

Rücktritt ist nicht üblich

Die jüngere Generation im Hintergrund beginnt nach SED-Zeitrechnung mit dem 60. Lebensjahr. Es sind die Jahrgänge 1925-28 der Partei, die heute als ZK-Sekretäre tätig sind. Allesamt jedoch Funktionäre, die nicht mehr aktive Kommunisten während der nationalsozialistischen Ära waren. Zu ihnen gehörten vor allem Rudi Dohms, Organisations- und Personalchef im ZK-Zentralkomitee, Werner Felfe, Joachim Herrmann und Konrad Naumann, der meint, die SED könne „den Werktätigen der Arbeiter- und Bauernmacht“ wie in den Nachkriegsjahren heute durchaus wieder zumuten: „Erst mehr arbeiten, dann besser leben.“ Was nichts anderes bedeutet, als auf westliche Kredite zu verzichten. Steht mit Naumann der ambitionierte Bewerber um die Nachfolge Honeckers bereit?

Ein Rücktritt ist in der SED nicht üblich. Die Genossen sterben in den Stielen. Der Versuch, vor einiger Zeit eine Altersregelung einzuführen, wurde rasch wieder zu den Akten gelegt. Unter den Parteifürsten gilt es als Ehrensaue, der Partei bis zum letzten Atemzug zu dienen.

Das schrieb Honecker an Kanzler Kohl

DW, Berlin
Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte gestern den Wortlaut des Briefes von „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wie Sie wissen, hatte ich in jüngster Zeit Gelegenheit, mit namhaften Politikern der Bundesrepublik Deutschland, sowohl der Regierungsparteien als auch der Opposition und Persönlichkeiten der Wirtschaft, Gespräche über die besorgniserregende Zuspitzung der internationalen Lage und die daraus erwachsenden Gefahren für den Frieden, die Sicherheit der Völker und die Zusammenarbeit der Staaten zu führen. Trotz aller Unterschiede und auch Gegensätze, die dabei natürlicherweise zu Tage traten, konnte ich ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Sorge um den Frieden und die möglichen Belastungen für die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland feststellen.“

Im vollen Einklang mit den Interessen und Wünschen der Bürger der DDR ist es meine Auffassung, daß sich alle, die das Abgleiten der Menschheit in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer Koalition der Vernunft zusammenschließen sollten, um beruhigend auf die

internationale Lage einzuwirken und nichts unversucht zu lassen, eine neue Runde des atomaren Wettrenns zu verhindern. Andererseits würde sich die Situation weiter verschärfen und die Kriegsgefahr noch erhöhen. Um so mehr fühle ich mich veranlaßt, erneut an Sie, Herr Bundeskanzler, den Appell zu richten, Ihre Haltung zur Stationierung neuer atomarer USA-Raketen auf dem Territorium der BRD zu überdenken und sich mit Ihrem ganzen Einfluß für ein Abkommen in Genf einzusetzen, das auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu einer Reduzierung der Atomraketen in Ost und West führt. Die erste Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Jurij Andropow, der von den USA geplanten Zerstörung des militärischen Gleichgewichts Einsicht zu geben und in der internationalen Lage eine entscheidende Wende zum Besseren herbeizuführen, bestärkt mich in diesem Entschluß.

Mit weniger Waffen Frieden schaffen zu wollen, ist schwierig mit einem Stationierungs-Automatismus vereinbar, der die Bundesrepublik Deutschland zu einem zentralen Startplatz für US-Erstschlagswaffen atomaren Charakters gegen die

UdSSR, gegen uns alle, macht. Notwendigerweise müßte das auf Seiten unseres Bündnisses zu entsprechenden Gegenmaßnahmen führen, um das für den Frieden unerläßliche militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wie Ihnen bekannt ist, haben die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder konkrete Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt, die unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Seiten eine Einigung in Genf ermöglichen. Leider zeigen sich die USA nicht flexibel und blockieren ein Ergebnis in Genf. Nach unserer Meinung ist es in jedem Fall besser, weiter zu verhandeln als hochzurüsten.

Weder Ihnen noch uns kann an einer andauernden Zuspitzung der Situation gelegen sein, da sie die ernsthafte Gefahr katastrophaler Folgen einer weiteren Aufrüstung und die Möglichkeit in sich birgt, eine neue Eiszeit in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auszulösen. Dadurch könnte das bisher Erreichte und das von uns Angestrebte nicht nur belastet, sondern sogar in Frage gestellt werden.

In voller Verantwortung für das Wohlergehen und das Leben der Bürger der Deutschen Demokratischen

Republik und in Rücksicht auf das Schicksal Europas, erkläre ich die uneingeschränkte Bereitschaft der DDR, jeden Schritt zu unterstützen, jeden Weg zu beschreiten, jede Idee konstruktiv zu prüfen, die uns einem gesicherten Frieden in Europa näherbringen und dem Weltfrieden dienen.

Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß Sie ebenso wie wir, eingedenk der geschichtlichen Lehren zweier Weltkriege, von Ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, um in später Stunde einer weiteren Umkehrung der Rüstungsspirale mit schlimmen Folgen Einhalt zu gebieten. Das sollte um so eher möglich sein, da wir uns beide zu dem verpflichtenden Grundsatz öffentlich bekannt haben, alles zu tun, damit niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Wir meinen, nicht neue Massenvernichtungsmittel, nicht neue Raketen, nicht Konfrontation und Politik der Stärke, sondern Rüstungsstopp und Abrüstung, Zusammenarbeit und friedliches Miteinander wünschen und brauchen die Völker Europas und insbesondere die Bürger der beiden deutschen Staaten. Ein atomarverfreies Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an. Mit vorzüglicher Hochachtung Erich Honecker

Moskau erinnert Bonn an Pflichten

FRIED H. NEUMANN, Moskau
In Moskau sind gestern zehn Mitglieder des Bundestags-Unterschieds für Abrüstung eingetroffen. Im Krimi werden sie an zwei Tagen mit der Kommission für auswärtige Beziehungen des Obersten Sowjets über die Problematik der Genfer Verhandlungen sprechen. Die deutschen Abgeordneten, unter ihnen Egon Bahr, Werner Marx und Jürgen Torgler, treffen dabei auf wichtige politische Berater der sowjetischen Führung, so auf den Amerika-Experten Artobow und den stellvertretenden Generalstabschef Marschall Achromjew.

Die gleichzeitige Reise einer sowjetischen Delegation in die Bundesrepublik Deutschland verfolgt einen anderen Zweck. Angeführt vom Propagandaspezialisten Leonid Samjatin, dem Leiter der Abteilung für Auslandsinformation im Parteiparat, wendet sich die sechsköpfige Gruppe direkt an die „Vertreter der westdeutschen Öffentlichkeit“. Samjatin wiederholte gestern in Hamburg den Kreml-Vorwurf, es sei ein „friedensfeindlicher Schritt von prinzipieller Tragweite“, wenn amerikani-

sche Nuklearraketen in Westeuropa stationiert würden. Der Moskauer Funktionär sprach von Verpflichtungen aus dem Moskauer Vertrag, in dem die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion die Aufrechterhaltung des Friedens als wichtiges Ziel ihrer Politik erklärt haben. Die Entwicklungen in der „westdeutschen öffentlichen Meinung“ verfolgt der Kreml mit zunehmender Aufmerksamkeit. Von dem sogenannten Faktum ausgehend, daß der Nachrüstungsbeschluß der NATO von einer Dreiviertelmehrheit in der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt wurde, registrierte die sowjetische Medien sorgfältig alle Belege eines „weiter anwachsenden Widerstandes“. Vor allem die Zeitungen, aber auch Rundfunk und Fernsehen verbreiten täglich geeignete Zitate oppositioneller westdeutscher Politiker, wobei prominente SPD-Stimmen neuerdings überwogen. Die Aktionen der Gewerkschaften unter dem Motto „Fünf vor Zwölf“ wurden ebenso wohlwollend aufgegriffen wie die Beschlüsse der SPD-Landesverbände gegen die Raketenstationierung. Die Grünen Petra Kelly und General a. D. Bastian sind von der

Moskauer Presse nicht weniger hervorgehoben worden als die Sozialdemokraten Brandt und Bahr, Vogel, Ehmke und Voigt. Für den sowjetischen Leser verschmelzen Friedensdemonstrationen und die Ergebnisse der Landtagswahlen, Parteipolitiken auf der Linken und die Unterschriften des Krefelder Appells zwischen zu einer mächtvollen Volksbewegung gegen das „amerikanische NATO-Diktat“. „Sogar in den Reihen der Bundeswehr“, schrieb jetzt die „Iswestija“, häufen sich die Proteste gegen die Stationierung neuer Raketen.

„Wenn Widerstand Pflicht wird“, schrieb die außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit“ über einen Bericht aus Bonn, der die „Bedeutung des Bündnisses zwischen Friedensbewegung und Arbeiterbewegung“ herausstellte. Damit war die DKP gemeint, die für dieses Bündnis unermüdlich gekämpft habe. Von der Protestbewegung, so heißt man in Moskau, wird sie profitieren.

Die sowjetische Berichterstattung legt der Bundesregierung auch gravierende Verstöße gegen die Menschenrechte zur Last: Auf diesem Konto wird sowohl die Arbeitslosig-

keit als auch eine Reihe von Einzelbeispielen verbucht, handele es sich nun um das „Berufsverbot“ eines Postlers in Marburg, das am Sonntag vom sowjetischen Fernsehen beklagt wurde, oder um den Ausschuß des Fernsehjournalisten Franz Alt von der Magazin-Moderation. („Ein beispielloser Schritt“, so die „Prawda“ gestern.)

Führende Vertreter der deutschen „Friedensbewegung“ haben den sowjetischen Parteichef Andropow gebeten, „umgehend konkrete Maßnahmen zur Verschrottung der SS-20-Raketen einzuleiten“. In einem gestern in Bonn veröffentlichten Brief heißt es, die Sowjetunion solle ihren Abrüstungswillen stärker als bisher dokumentieren und bis zum Ende der Genfer „Mittelschreckenverhandlungen“ am 15. November „Zug um Zug SS-20-Raketen verschrotten“. Solche konkreten Schritte hätten eine „außerordentliche Signalwirkung auf die Willensbildung in westlichen Staaten“, heißt es in dem Schreiben weiter. Der Abrüstungswille der NATO-Staaten wird darin in Zweifel gezogen.

Loderer entschieden gegen Generalstreik

„Gewerkschaft nicht Anhängsel einer Bewegung“

PETER SCHMALZ, München
In großen Lettern prangt das Leitthema des 14. Gewerkschaftstages der IG Metall an der Stirnseite der rot ausgeschlagenen Münchner Bayernhalle: „Durch Reform aus der Krise - Arbeit für alle, Mitbestimmung, soziale Demokratie“. Aber ein Thema fehlt, das die 551 Delegierten in den nächsten Tagen zu hitzigen Diskussionen reizen wird: das Wort „Frieden“. In diesen Tagen überlagert die Diskussion um Frieden, Entspannung und Abrüstung die meisten anderen brennenden Fragen, bemerkte deshalb der scheidende IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer gestern in seinem Geschäftsbericht, machte aber zugleich den Willen des Vorstands deutlich, die größte Einzelgewerkschaft der Welt nicht zu einem Teil der Friedensbewegung degenerieren zu lassen.

Loderer sprach von Meinungsverschiedenheiten „in unserem Verhältnis zur Friedensbewegung“ und klärte seine Position mit einem Satz: „Die Gewerkschaften haben eine jahrzehntelange Tradition des Einsatzes für Frieden und Abrüstung. Es wäre daher geradezu absurd, sich plötzlich zum Anhängsel einer neuen Bewegung zu machen.“ Eine kritische Unterstützung von einseitigen Aufrufen wie dem Krefelder Appell komme nicht in Frage.

Allen, so der Gewerkschaftsvorsitzende, gehe es „um das große, wichtigste Ziel“, die Raketestationierung in der Bundesrepublik zu verhindern. Doch den ideologischen Heißsporn in den eigenen Reihen versuchte Loderer die Grenzen zu markieren: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Wir sind unbeeinträchtigt in unserer Meinung, daß ein einseitiger Schritt bei der Abrüstung zwar Möglichkeiten eröffnet und vielen populär erscheinen mag. Aber das heißt noch lange nicht, daß er auch die Erwartungen erfüllen wird, daß er nicht gefährliche Risiken in sich birgt.“

Keine ernsthafte Gefahr

Auch dem Drängen nach einem von den Gewerkschaften getragenen Generalstreik lehnte er entschieden ab. Wohl gebe es für ihn trotz gegenseitiger Rechtsprechung kein verfassungsrechtliches Verbot eines politischen Streiks, und die Gewerkschaften würden wohl um ihr Recht und um ihre Pflicht zum Widerstand, wenn die Demokratie ernsthaft in Gefahr gerate, doch diese Situation sieht Loderer durch die Nachricht nicht gegeben. Die Lage sei nicht vergleichbar mit der vom März 1920, als die Gewerkschaften mit einem Generalstreik die Beseitigung der demokratischen Ordnung durch die Freikorps von Kapp und Lüttwitz verhindert hätten.

Wie weit der Kongress geneigt ist, dieser Friedens-Sicht ihres noch am-

tierenden Vorsitzenden zu folgen, werden die kommenden Tage zeigen. Die ersten Seiten der dicken Mappe mit Forderungen der Basis, in der Friedensbewegung aktiv mitzuarbeiten, „Arbeiter und Angestellte mit ihren Gewerkschaften fehlen noch weitgehend in der Friedensbewegung gegen die Stationierung“, lautet ein Antrag aus Lörrach. „Sie müssen dieser Bewegung die notwendige Kraft verleihen. Dazu muß die IG Metall zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Stationierung ihre Mitglieder aufrufen.“ Raketen und Abrüstung sollten zum Thema in Betriebsversammlungen gemacht und Proteste bis hin zu Warnstreiks diskutiert werden. Selbst eine Volksabstimmung wird gefordert.

Viel Beifall bei Kritik

Diese Basis-Strömungen versucht die Gewerkschaftsführung durch eine Entschärfung zu kanalisieren, in der die derzeitige Friedensbewegung mit keinem Wort erwähnt wird. Statt dessen werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften als „die älteste und stärkste Friedensbewegung“ hervorgehoben und aufgerufen, „den traditionellen Antikriegstag zu nutzen, um noch stärker als bisher den friedens- und entspannungspolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zu tragen und ihnen damit zusätzliches Gewicht zu geben.“

Wird in den Einzelanträgen überwiegend gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen argumentiert, so wird in der Entschärfung auf die Sowjetunion aufgeführt, Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und bereits stationierte, die ausdrücklich als eine bereits heute bestehende Bedrohung für ganz Westeuropa bezeichnet werden, abzubauen.

Uneingeschränkter Zustimmung konnte Loderer dagegen bei seiner Kritik an der Bundesregierung sicher sein. Die Aufschwungallusionen seien weitgehend zerplatzt und einem eher skeptischen Hoffen gewichen, aus der beschworenen Opferbereitschaft sei ein einseitiger Opfergang für die Arbeitnehmer geworden.

Die Bundesregierung wird mit verstärktem Druck der Gewerkschaften rechnen müssen. Schon zu Beginn des Kongresses hatte der zweite Vorsitzende, Hans Mayr, der in dieser Woche Loderer im Chefamt ablösen wird, vor dem als Gast erschienenen Bundesarbeitsminister Blum betont: Wir werden zeigen, daß wir uns auch in diesen schweren Zeiten nicht einfach anpassen, uns nicht fügen, nicht ducken, nicht kleinlaut beiseite schieben lassen, sondern daß wir fordern, gestalten und zupacken werden.

Zunehmende Repressalien gegen die Rußlanddeutschen

Die Zahl der Ausreisen ist drastisch zurückgegangen

XING-HU KUO, Karlsruhe
Die Zahl der Ausreisegenehmigungen für Rußlanddeutsche ist in den vergangenen Jahren in dramatischer Weise zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Lage der etwa zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion nach dem Machtwechsel im Kreml, nach dem Tode Breschnevs, erheblich verschlechtert. Darauf haben führende Vertreter der „Landmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V.“ jetzt in Karlsruhe hingewiesen. Dort fand am Wochenende das 18. Bundestreffen der Rußlanddeutschen statt, an dem aus dem gesamten Bundesgebiet und dem westlichen Ausland rund 8000-10 000 Personen teilnahmen.

Der Bundesvorsitzende der Landmannschaft, Franz Usselman, erklärte, diese Zahlen seien seit Jahren rückläufig, aber 1982 und 1983 hätte man jedoch den „niedrigsten Stand seit Anfang der sechziger Jahre“ erreicht. Usselman und andere leitende Vorstandsmitglieder nannten konkrete Belege für die negative Entwicklung: In diesem Jahr seien bis Ende August nur 930 Deutsche aus der UdSSR ausgereist, dies entspreche einem Monatsdurchschnitt von nur 116 Personen. Zum Vergleich: Im Jahre 1976 konnten immerhin 10 000 Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit in die Bundesrepublik ausreisen, fünfmal so viel wie 1982 (2059 Personen). Die Gründe für diesen Rückgang sieht Usselman möglicherweise im Zusammenhang mit der „internationalen Großwetterlage“. Vor allem seit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan sei diese drastische Verringerung der Ausreisenzahlen zu beobachten. Parteichef Jurij Andropow sei offenbar auch in dieser Frage der Verfechter einer „harten Linie“.

Ein weiteres Argument sei jedoch auch, daß gerade die Deutschen als fleißige und zuverlässige Facharbeiter und Bauern geschätzt werden. Würden alle Deutschen aus der „Kurdistan“-Kasachstan ausreisen, könnte die ohnehin in schwieriger Lage befindliche Landwirtschaft „zusammenbrechen“, betonten Vertreter der Landmannschaft.

Die restriktive Politik in Sachen Ausreise und Familienzusammenführung wird in der Sowjetunion durch eine noch rigorosere Haltung gegenüber den 100 000 Menschen begleitet, die bereits einen Ausreiseantrag gestellt haben oder solche Deutschen, die einen neuen Antrag einreichen. Edmund Leibham, stellvertretender Bundesvorsitzender der Landmannschaft, berichtet von zahlreichen Schikanen gegenüber ausreisewilligen Deutschen: Diese würden entlassen und die Betroffenen sowie deren Angehörige mit Fragen konfrontiert wie „Ihr wollt wieder zu den Faschisten?“ Teilweise kämen Kinder von Ausreisewilligen beispielsweise mit Hakenkreuz-gezeichneten Schulheften nach Hause. Diese Politik der sowjetischen Behörden habe dazu geführt, daß viele Deutsche sich gar nicht mehr trauen, einen solchen Antrag überhaupt einzureichen. In der Familienzusammenführung zeigen die Sowjets in zunehmendem Maße in den letzten Jahren Härte. „Manche Ehepartner“, so Leibham weiter, seien inzwischen 30 Jahre getrennt, ohne Aussicht auf eine baldige Vereinigung in der Bundesrepublik.

An die Adresse von Bund und Ländern appellierten die Vertreter dieser Minderheit dringend, sich in Moskau für eine großzügigere Politik sowohl gegenüber den Ausreisewilligen als auch den im Lande verbleibenden Deutschen einzusetzen. Die nationale Identität der Deutschen in der UdSSR sei durch unumenschliche Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjets im Bereich der Schule und Religion nach wie vor aufs höchste gefährdet. Aber auch bei der Eingliederung der Rußlanddeutschen, die im Gegensatz zu den Aussiedlern aus den Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ohnehin in manchen Bereichen benachteiligt seien (schon in der Frage der Staatsangehörigkeit gäbe es bei den Rußlanddeutschen viele Probleme, da sie als Sowjetbürger in die Bundesrepublik kommen), sollten die deutschen Behörden mehr Menschlichkeit und weniger Bürokratie walten lassen.

Kohl in Dschidda: Betörende Atmosphäre - harte politische Nüsse

Von MANFRED SCHELL

Die orientalische Pracht und Herzlichkeit, die König Fahd im Palast al Hamra bei einem festlichen Abendessen mit 200 geladenen Gästen für Bundeskanzler Helmut Kohl entfaltete, konnte die politische Problematik, die sich hinter dieser Kanzlervisite verbirgt, nur für ein paar Stunden verdrängen. In Dschidda, das war Kohl von Anfang an bewußt und fass hat ihn in den letzten Tagen auch in einer gewissen Anspannung leben lassen, geht es um weit mehr als nur um die Vertiefung der traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt. Das aktuelle Gesprächsthema ist seit geraumer Zeit bestimmt: Die prestigebewußten Saudis wollen den deutschen Panzer „Leopard 2“ und andere Rüstungsgüter, die winken zusätzlich mit „zivilen“ Anschlüssen auftrügen über mehrere Milliarden Mark. Die Entscheidung Kohls darüber werden sie als Testfall, ob die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin als verlässlicher Freund betrachtet werden kann, der zu seinem Wort steht.

Die Bundesregierung kennt die breitgefächerte Wunschliste der saudischen Führung. Helmut Kohl will den König keinesfalls verprellen, aber mit Rücksicht auf die Sicherheit der Israelis, die sich in diesem Fall aus existenziellen Gründen nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen können, hat Kohl eine Verhandlungslinie festgelegt, die man so beschreiben kann: „Nicht so viel und nicht so schnell“, wie es sich die Saudis wünschen. Der „Leopard“-Panzer jedenfalls soll auf absehbare Zeit nicht geliefert werden. Ob sich Saudi-Arabien damit zufriedengeben wird, kann erst nach den vertraulichen Besprechungen des Kanzlers mit König Fahd, Kronprinz Abdullah, Verteidigungsminister Sultan und Innenminister Naif beantwortet werden.

Die ersten Stunden des Kanzler-Besuchs in Dschidda waren von Freundschaften und einnehmenden Gesten gegenüber dem deutschen Gast bestimmt. Die Tatsache, daß die Saudis bei der militärischen Begrüßungszeremonie auf dem pompösen Flughafen nicht die deutsche Nationalhymne spielten, ist ein Schönheitsfehler, den man diesem Lande nachsehen sollte. Helmut Kohl hat den Tag besessen, dies nicht öffentlich zu bezeugen. Die Hintergründe dafür konnten zunächst nicht aufgedeckt werden, da die Saudis beharrlich schwiegen. Die deutsche Botschaft hatte vor drei Wochen dem ägyptischen Protokoll eine Schallplatte mit der deutschen Nationalhymne übermittelt. Vor acht Tagen, bei der Vertretung der Anrufung, die Platte habe in der Sonne gelegen und sei „geschmolzen“. Daraufhin wurden ein Tonband mit der Hymne und, zur Sicherheit, die Noten übergeben. Es muß sich um eine Panne handeln; denn vor drei Mona-



Die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, hier mit Kronprinz Abdullah (r.), begannen bereits im königlichen Pavillon auf dem Flughafen. Für Frau Kohl bleibt eine kleine Erholungspause.

ten, als die Jugendmannschaft des FC Bayern in Riad ihr Debüt gab, wurde die Hymne gespielt.

Nach dem Zeremoniell wurde Kohl von Kronprinz Abdullah zu einem schwarzen Rolls-Royce geleitet. Die Ausfahrt des Flughafens überspannte ein transparent in deutscher Sprache: „Herzlich willkommen, Herr Bundeskanzler“. Ausländische Botschafter, die auf solche Feinheiten achten, kamen zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine besondere Geste der Saudis handle. Die Gäste räumte, die Kohl in dem von König Fahd erbauten Palast bezogen hat, sind von verwirrender Größe. Eine Telefonleitung verbindet ihn direkt mit Bonn. Über dieses Netz werden auch die innenpolitischen Ereignisse und Spekulationen transportiert, zum Beispiel Berichte über angebliche Pläne zur Kabinettumbildung. Der Kanzler reagierte auf seine Art: „Totaler Quatsch.“

Forderungen der Saudis

Das muß es allerdings nicht unbedingt sein. Zunächst hatte Kohl gesagt, die Frage, wer nächster Bundespräsident werden, müsse sehr schnell nach der Hessenwahl entschieden werden. Dann kam ein politischer Meinungsaustausch mit Franz Josef Strauß. Jetzt wird als Termin für die Entscheidung Ende November genannt. Bis dahin ist wohl auch geklärt, ob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff erheben wird. In einem solchen Fall könnte der öffentliche Druck so stark werden, daß Kohl sein Kabinett umstellen müßte. Aber solche Überlegungen, so scheint es, beschäftigen den Bundeskanzler in Dschidda nicht; er hätte auch nicht die Zeit und Ruhe dazu. Die saudischen Gesprächspartner und die Thematik erfordern volle Konzentration.

Die erste Begegnung mit König Fahd, unmittelbar vor dem Essen, die Gäste mußten deshalb warten - war allgemeinen Themen vorbehalten. Der König forderte, die Europäer sollten sich stärker als bisher in die Friedensbemühungen im Nahen Osten einschalten; sie könnten auch dazu beitragen, „Uniformiertheit“ bei den USA über die Entwicklung in dieser Region zu beseitigen. Präziser

äußerte sich König Fahd zunächst nicht. Außenminister Ibn-Saud wurde in den Tischgesprächen am Rande etwas deutlicher. Der Plan von US-Präsident Ronald Reagan sei begrüßenswert; aber es sei notwendig, daß diese Initiative voll durchgehalten werde. Abstriche dürfe es nicht geben.

Als es zum Diner ging, wurden Geschenke ausgetauscht. König Fahd überreichte eine feingestaltete silberne Palme und ein kleines goldenes Schwert, vom dem er sagt, es sei ein „Friedensschwert“. Der Bundeskanzler übergab drei Nymphenburger Porzellanfiguren mit Jagdmotiven. In dem großen Saal saßen die Gäste an drei langegezogenen Tafeln, auf denen nicht nur das goldverzierte Geschirr, sondern auch Obstschalen und Nelkenarrangements schmückstücke waren.

Dem Bundeskanzler saßen selbstbewußte Politiker gegenüber, die den Wüstenstaat übergingen in das 20. Jahrhundert katapultiert haben. Finanzpolitisch ist Saudi-Arabien eine Weltmacht, und im Nahost-Konflikt fällt ihm eine Schlüsselrolle zu. Das Land ist der größte Handelspartner der Deutschen außerhalb der westlichen Welt. Saudi-Arabien gab Bonn in den Jahren 1980/82 insgesamt 23 Milliarden Mark an Krediten. Als es 1979 im Zusammenhang mit der Krise in Iran eine Drosselung der Ölflüsse gab, sprangen die Saudis ein. Sie haben innerhalb der Opec die Preisbremse zur Mäßigung gezwungen. Das politische Gewicht, das die Saudis auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland haben, ist nicht zu verkennen.

Seit 1980 ist es ihr Wunsch, Waffen aus der Bundesrepublik zu beziehen. Der inzwischen verstorbene König Khaled hat ihn bei seinem Besuch in Bonn erneuert. Die Saudis haben präzise Vorstellungen über ihre Sicherheit. Bundeskanzler Kohl erwartete, mit dem Argument konfrontiert zu werden, Saudi-Arabien müsse stark genug sein, um einem Vordringen der Sowjetunion in die Golf-Region begegnen zu können. Im Ansatz wurde diese Begründung auch von einem Prinzen während des königlichen Abendessens vorgetragen, aber nicht vertieft. Die Saudis können zur Untermauerung ihrer Forderung auf

Aussagen der europäischen Regierungen verweisen, wonach die Golf-Region sicherheitspolitisch und für die Energieversorgung des westlichen Europa lebenswichtig sei. Kohl war auf die Frage gewappnet, ob dies nicht als ein „vitales Interesse“ auch der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden müsse.

Die Saudis haben erklärt, sie könnten überall Panzer kaufen. In früheren Jahren hätten sie in internen Gesprächen gesagt, sie wollten deutsche Waffen wegen der hohen Qualität, aber auch, um nicht zu sehr von den USA abhängig zu werden. Das saudische Königshaus weiß, daß eine zu starke Anlehnung an die USA den Anspruch auf Blockfreiheit berühren und sich in der arabischen Welt, insgesamt gesehen, eher negativ auswirken würde. Bundeskanzler Kohl war darauf eingestellt, daß die Saudis über die Vorfelddiskussion hinsichtlich der Frage, ob „Leopard“-Panzer geliefert werden sollen oder nicht, verärgert sind. Die Aussage, sie könnten überall Panzer kaufen, hat auch etwas mit arabischer Gesichtswahrung zu tun; denn die Saudis möchten nicht als die Unterlegenen dastehen, wenn Bonn, wie erwartet, die „Leopard“-Panzer zumindest in absehbarer Zeit nicht liefert.

Erwartungen geweckt

Bei dieser Ausgangslage gab es in der deutschen Delegation eine gewisse Verstimmung darüber, daß in einzelnen Pressekommentaren der Eindruck erweckt worden sei, die Lieferung des Flakpanzers „Gepard“ als Ersatz wäre das letzte Angebot an die Saudis. Ein Mitglied der Delegation meinte gegenüber der WELT: „Eine solche Interpretation ist lächerlich. Wir können froh sein, wenn die Deutschen überhaupt noch einen Auftrag erhalten.“

Kohl hat sich mit seiner Aussage, er wolle Interessen der arabischen Seite mit den USA erörtern, erstaunlich weit vorgewagt. Er hat damit in Jordanien, Ägypten und in Saudi-Arabien hohe Erwartungen geweckt. Beunruhigt ist am Platz; denn die Erfahrung lehrt, daß sich Staatsmänner, auch wenn sie es gut meinen, leicht in den unüberschaubaren und auch irrationalen Gegebenheiten dieser Region verfangen können.

Nach dem Prozeß zurück in die Schweiz

Rolf Klemens Wagner und Adelheid Schulz heute vor dem Düsseldorf Oberlandesgericht

WILM HERLYN, Düsseldorf
Vor dem 5. Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts beginnt heute der Prozeß gegen die beiden mutmaßlichen Terroristen der „Roten Armee Fraktion“ (RAF), Rolf Klemens Wagner und Adelheid Schulz. Der Generalbundesanwalt beschuldigt die Angeklagten, an der Einführung und Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer im Jahre 1977 beteiligt gewesen zu sein. Die mitangeklagte Adelheid Schulz gilt als Quartiermacherin.

Rolf Klemens Wagner war nach den Ermittlungen ein „Einzelkämpfer“, um den sich in der Terrorzelle starke Satellitenringe bildeten, urteilte der frühere Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold. Das BKA schätzte Wagner als „genialen Organisator“ ein, der aus einer bürgerlichen Existenz in die Szene einstieg. Der heute 35-jährige machte 1964 sein Abitur in Bochum (Lieblingsautor Franz Kafka), studierte Jura und Volkswirtschaft, brach ab und wurde in Frankfurt Reisebürokaufmann. Seinen Job - da beliebt und erfolgreich - behielt er auch, als er das erste Mal mit dem Gesetz in Konflikt kam - wegen Drogenbesitzes.

Zwar hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft den Reisefachmann in Verdacht, Beziehungen zu terroristischen Gruppen zu unterhalten, aber nachweisen konnte sie ihm nichts. Bis die Polizei 1974 im Zusammenhang mit einem Banküberfall Fingerabdrücke fand - aber da war er schon untergetaucht.

Drei Jahre später hinterläßt er seine Spur in einem Amsterdamer Apartmenthaus am Baden Powellweg

217, vor dem später der RAF-Terrorist Christoph Wackemagel nach einer Schießerei festgenommen wurde. Eine andere konspirative Wohnung mietete Wagner in Paris, der Stadt, aus der die Expresser-Briefe der Schleyer-Entführer kamen, nachdem sie das erste Versteck, eine Wohnung in Erstfeld-Liblar, am 16. September verlassen hatten.

Ehemalige Frankfurter Arbeitskollegen identifizierten die Stimme einer der RAF-Terroristen, die immer wieder Telefon-Botschaften und -Umtieler an die Bundesregierung in Bonn übermittelte. Ein Expresserbrief im Zusammenhang mit der Einführung der Luftkassette-Maschine „Landhut“ auf ihrem Flug von Mallorca nach Frankfurt am 13. Oktober 1977 stammt ebenso mit großer Wahrscheinlichkeit von Wagner. Im Mai 1978 wurde er mit Brigitte Mohaupt in Jugoslawien vorübergehend festgenommen. Aber Belgrad lieferte nicht aus, weil sich Kohl nicht auf den Austausch gegen acht Exil-Kroatien einließ.

Im Oktober 1979 versuchte Wagner mit drei Komplizen eine Bank in Zürich zu überfallen - und wurde gefaßt, nachdem er auf der Flucht eine 56-jährige Hausfrau erschossen hatte. In der Schweiz wurde er wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, 1980 aber an die Bundesrepublik überstellt, damit die ihm hier zur Last gelegten Straftaten verhandelt werden können. Er wird nach Aburteilung in Düsseldorf wieder an die Schweizer Justiz übergeben werden.

Mit seinem Verfahren ist auch die Anklage gegen die 28-jährige Adelheid Schulz gekoppelt: Sie gilt als

Quartiermacherin der Schleyer-Entführer. Die ehemalige Hilfsstrassenarbeiterin aus Karlsruhe soll jene Barbara Marquardt sein, die für die Terroristen im Uni-Center Köln in der Luxemburger Straße 124 das Apartment 3801 mietete. Die Mieterin benutzte dieselbe Schreibmaschine, mit der die erste Botschaft der Entführer getippt war.

Die Bundesanwaltschaft geht auch davon aus, daß sie bei den Vorbereitungen am Mord an dem Bankier Jürgen Ponto am 30. Juli 1977 in Oberursel und an Generalbundesanwalt Siegfried Buback drei Monate zuvor beteiligt war. Sie kam 1973 über die Organisation „Rote Hilfe“ mit späteren Terroristen in Verbindung. Mit ihnen besetzte sie in Hamburg die Räume von „amnesty international“. Daran beteiligten sich auch: Knut Folkerts, Susanne Albrecht, Willy Peter Stoll, Christian Klar.

Mit Christian Klar lebte sie zusammen im Untergrund, ständig auf der Flucht.

Erst am 11. November wurde sie zusammen mit Brigitte Mohaupt bei Offenbach gefaßt.

Der 5. Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts hat 378 Zeugen geladen, 41 Sachverständige sollen gehört werden. Auch wenn der Senat mit seinem Vorsitzenden Richter Klaus Arend in den Tatkomplex eingearbeitet ist - der Senat verurteilte hier die Terroristen Stefan Wisniewski, Angelika Speitel und Rolf Heißler zu lebenslangen Haftstrafen - so rechnen Beobachter doch mit einer Verhandlungsdauer von mehr als einem Jahr.

Israel: Gepard gefährlich wie Leo 2

PETER M. RANKE, Jerusalem

Israel werde eine Lieferung deutscher Gepard-Flakpanzer oder des Flugabwehrsystems Roland an Saudi-Arabien nicht hinnehmen, sondern entschieden protestieren, verlautet aus Militärkreisen in Tel Aviv. Als Gründe werden genannt:

1. Die besten Waffensysteme Israels, allen arabischen Staaten überlegen, sind die Panzerwaffe und die Luftstreitkräfte. Gegen die israelischen Panzer wäre nur der deutsche Leopard 2 überlegen. Er wird offenbar nicht geliefert. Nun soll aber der „Gepard“ in saudischer Hand die israelische Luftwaffe bei Tieffliegern ausschalten. Dazu ist dieses moderne Waffensystem ebenso wie die Roland-Rakete tatsächlich in der Lage. Kurz: „Gepard“-Panzer beschränken die Einsatzfähigkeit der israelischen Luftwaffe beträchtlich, die Luftüberlegenheit droht verlorenzugehen.

2. Regierungskreise gehen davon aus, daß die Saudis „Gepard“ oder Roland-System an Irak weiterliefern. Dagegen helfe keine Vertragsklausel. Vielmehr sind nach israelischer Ansicht deutsche Rüstungsindustrie und Bundeswehr interessiert, wie sich beide Systeme im Golfkrieg der Iraker bewähren würden.

3. Der Zeitpunkt der Waffenangebots wird von diplomatischen Kreisen in Tel Aviv äußerst ungünstig bezeichnet. Da Iran für den Fall irakischer Angriffe gegen seine Ölquellen schon mit einer Sperre für westliche Öllieferungen durch die Straße von Hormuz gedroht hat, müssen Waffenlieferungen an Iraks Verbündeten Saudi-Arabien jetzt diese Drohung noch verstärken. Bonn trägt damit zur Unsicherheit in der Region und zur Verschärfung des Golfkrieges bei.

4. Jede deutsche Waffenlieferung an Saudi-Arabien, zumal von Seiten einer christdemokratischen Regierungsmehrheit, belohnt gewissermaßen die Saudis für ihre finanzielle Unterstützung der Syrer und der PLO. Beide kämpfen in Libanon an der Seite der Drusen gegen die Christen.

5. Nach Ansicht von israelischen Regierungskreisen ist deutschen Waffenlieferungen an andere Araberstaaten wie Jordanien, Irak, Algerien, Ägypten oder Libyen Tür und Tor geöffnet. Bonn hat sich als erprobter erwiesen, nachdem die Saudis dem Bund Milliarden-Kredite gegeben und beträchtliche Ölmengen verkauft haben.

Im Zivilschutz ein Entwicklungsland

mcc. Hamburg
Gegen die irreführende Darstellung Vorkriegszeiten zum Schutz der Bevölkerung gegen Kriegseinwirkung seien eine „Art Vorbereitung auf den Krieg“, hat sich der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, gewandt. Bei einer internationalen Fachtagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Hamburg über „Zivilschutz in der öffentlichen Meinung“ meinte Spranger, die Verteidigungspolitik des Staates als Ganzes, in der der Schutz der Bevölkerung ein Teil sein müsse, sei sinnvoll, vernünftig und ethisch gerechtfertigt.

Spranger gestand ein, daß der Zivilschutz in der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern große Lücken habe. Besonders beim Bau von Schutzräumen sei die Bundesrepublik ein „Entwicklungsland“.

Katholiken zur Vermögenspolitik

dpa/AP, Bonn
Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat an die Bundesregierung appelliert, Arbeitnehmern neben betrieblichen auch überbetrieblichen Anlagebeteiligungen zu ermöglichen. In einer Erklärung zur Vermögenspolitik sprach sich das Zentralkomitee dafür aus, vorübergehend das Risiko der Arbeitnehmer bei der Anlage von Produktivvermögen zeitlich und der Höhe nach zu begrenzen. Es forderte den Abbau steuerlicher Nachteile bei der Einkommens- und Vermögensbesteuerung sowie die Privatisierung von Bundesanteilen an Unternehmen. Mit der Kapitalbeteiligung sollten den Arbeitnehmern mehr Beteiligungsrechte und Mitverantwortung zuwachsen.

Jüdische Gräber geschändet

dpa, Köln
Unbekannte Täter haben auf einer alten jüdischen Friedhofsanlage als 60 Gräber geschändet. Zahlreiche Grabsteine wurden zerstört und ihre Verankerungen gerissen. Verwüstungen, die bereits in vergangenen Wochen geschahen, schwenken auf einem seit Kriegsende mehr der jüdischen Gemeinde. Die Motive der Täter klärt.

DIE WELT (ausg. 10. Okt. 1983) enthält eine Sonderausgabe mit dem Titel: „Jüdische Gräber geschändet“. Die Ausgabe ist in der Redaktion der WELT, Postfach 10 15 80, 5000 Köln 1, erhältlich.

هكذا من الناحية

aet: Gepard
ährlich
Leo 2

[illegible]

Im Zivilschutz entwicklungen

[illegible]

Katholiken zur Vermögenspolitik

[illegible]

Jüdische Gräber geschändet

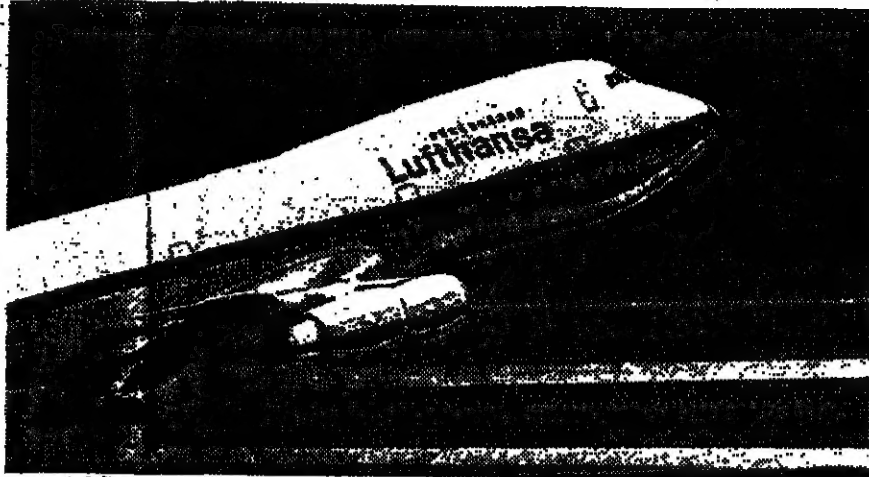
[illegible]

**Nordamerika-Angebote gibt es viele.
Hier ist eines der besten.**

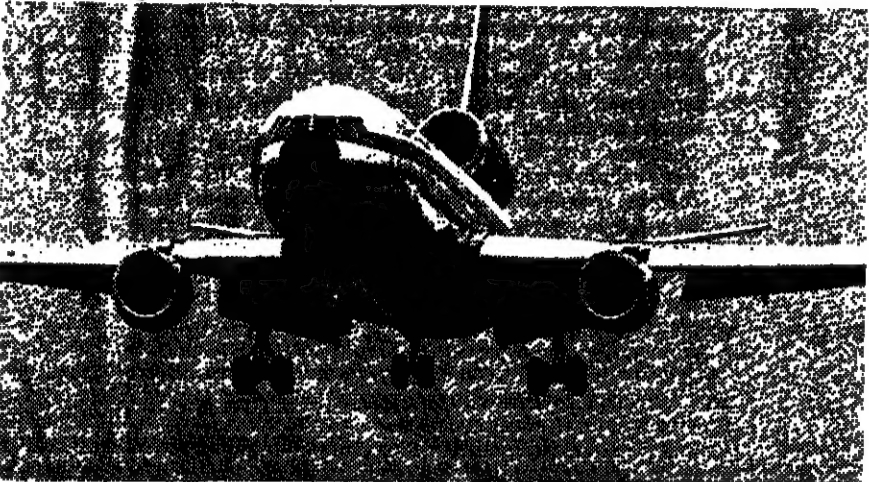
Lufthansa fliegt ab Deutschland häufiger und zu mehr Zielen jenseits des großen Teiches als jede andere Fluggesellschaft. Sämtliche Lufthansa-Flüge über den Nordatlantik sind entweder Non-stop- oder Direktverbindungen.

Nicht nur Frequenz und 16 Flugziele in Nordamerika sprechen für Lufthansa: Sie fliegen ausschließlich mit Großraumkomfort in modernsten Boeing 747- und DC 10-Jets. Sie haben die Wahl zwischen drei verschiedenen Klassen: der First

Class, der neuen Lufthansa Business Class und der Tourist Class. Und – Sie haben Anschluß von allen deutschen Flughäfen. Deshalb: Nutzen Sie eines der besten Angebote, die es für Flüge über den Nordatlantik gibt. Buchen Sie Lufthansa.



New York. Zweimal täglich nonstop ab Frankfurt, täglich nonstop ab Düsseldorf. Täglich direkt ab München und Hamburg.



Dallas. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt.



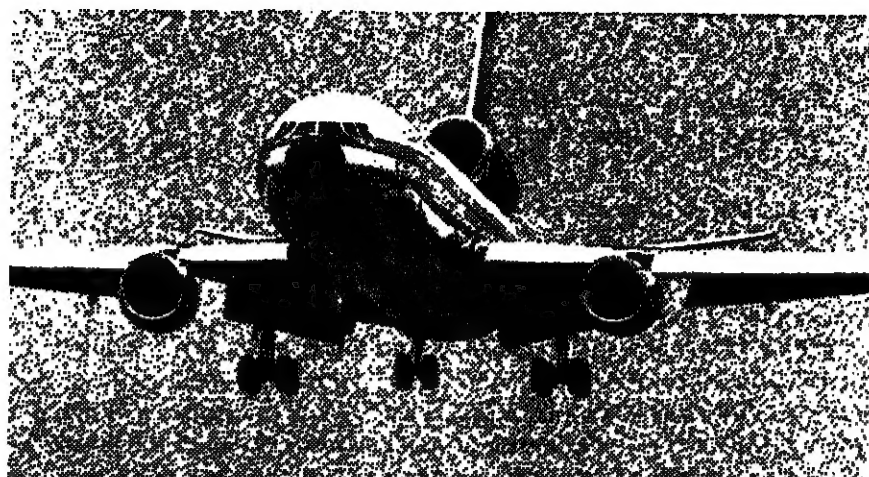
San Francisco. Viermal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



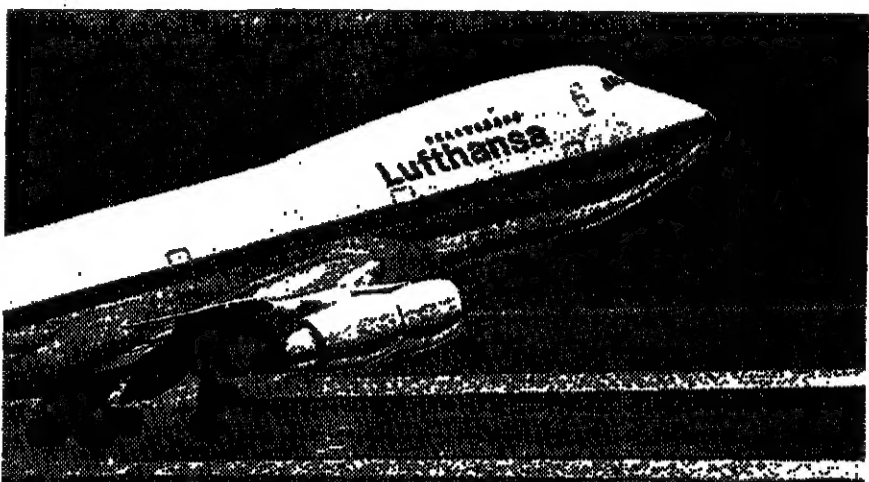
San Juan: Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



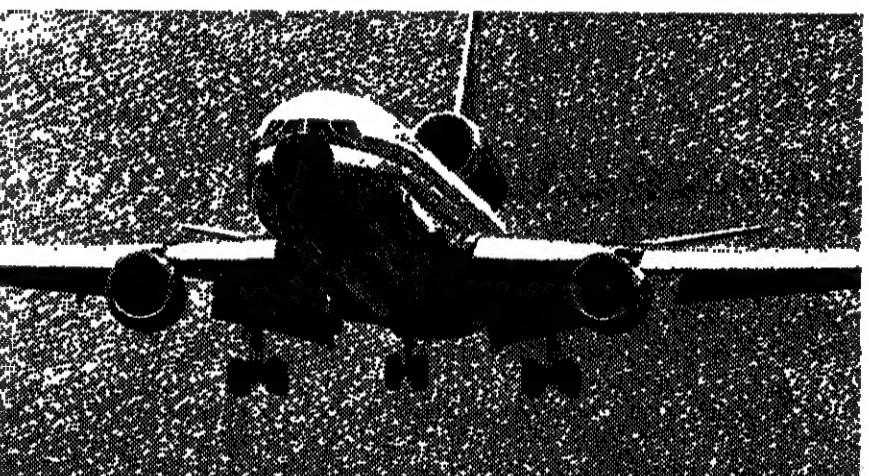
Montreal. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



Miami. Fünfmal wöchentlich nonstop oder direkt ab Frankfurt.
Zweimal wöchentlich nonstop ab Düsseldorf.



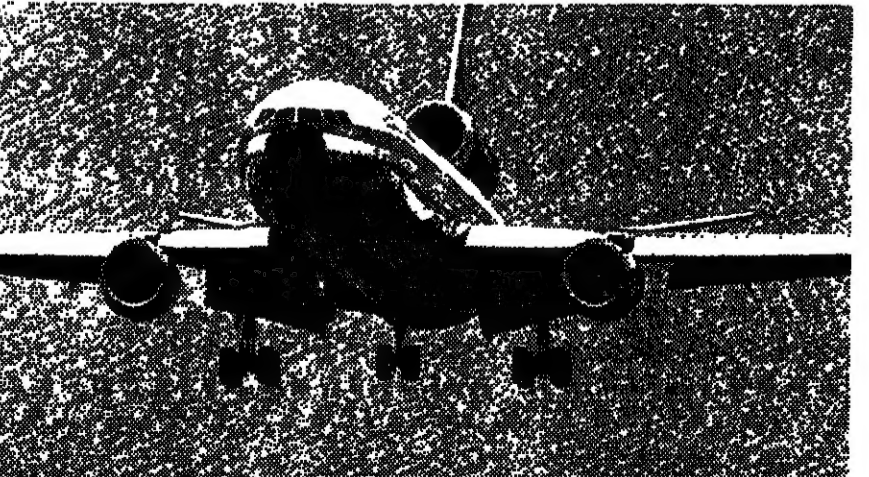
Chicago. Täglich ab Frankfurt nonstop.



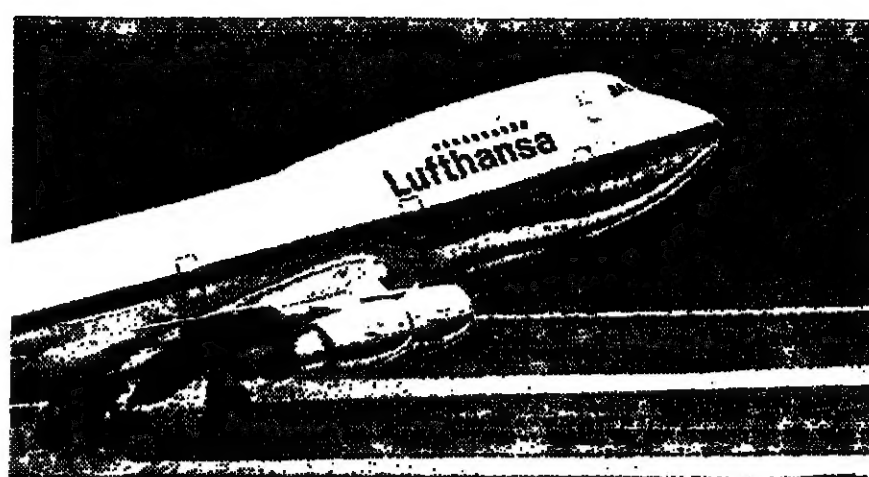
Boston. Täglich ab Frankfurt nonstop.



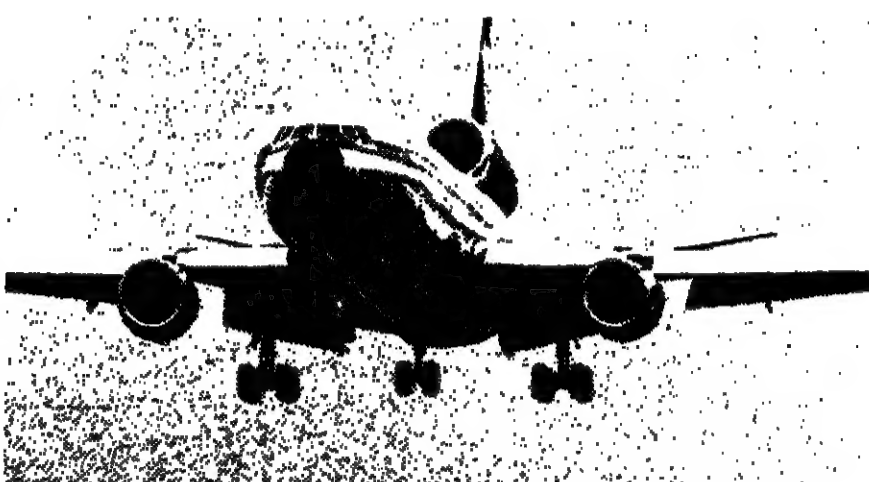
Mexico. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



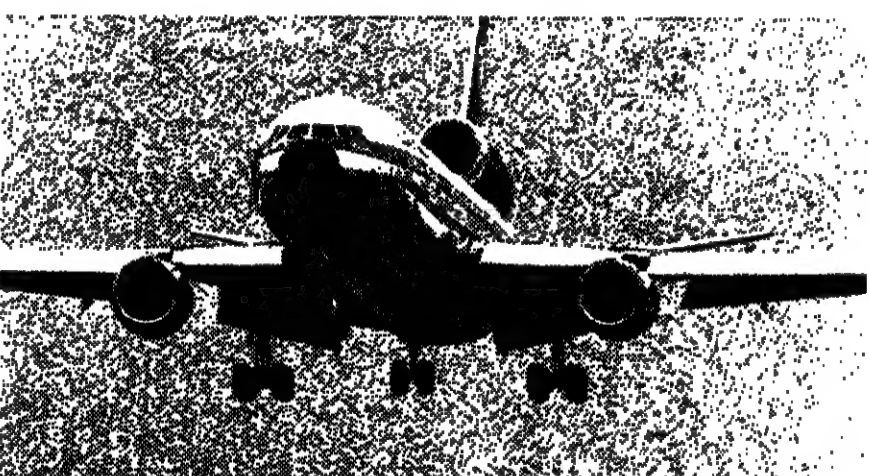
Calgary und Vancouver. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop bzw. direkt.



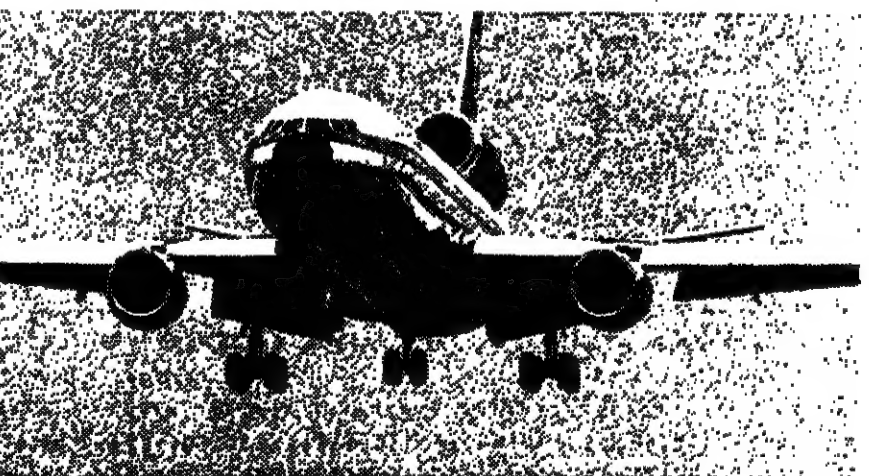
Los Angeles. Täglich ab Frankfurt nonstop.



Atlanta. Sechsmal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



Philadelphia. Täglich ab Frankfurt direkt.



Toronto. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt. Zweimal wöchentlich ab Düsseldorf nonstop.



Anchorage. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Der Unterschied ist Lufthansa

Konferenz in Libanon gesichert

AP, Beirut

Die geplante libanesische „Versöhnungskonferenz“ zwischen Regierung und den verschiedenen Oppositionsgruppen soll nach mehrwöchigen Vorgesprächen am Mittwoch kommender Woche in Baabda östlich von Beirut stattfinden. Wie der libanesische Rundfunk gestern meldete, werde morgen dazu ein Vorbereitungstreffen beginnen.

Die syrische Regierung hatte zuvor Saudi-Arabien als Verhandlungsort abgelehnt. Der amerikanische Sonderbeauftragte für Nahost, Robert McFarlane, vermittelte daraufhin am Wochenende zwischen Beirut und Damaskus. An der „Versöhnungskonferenz“ sollen neben den libanesischen Parteien Saudi-Arabien und Syrien als Beobachter teilnehmen. Saudi-Arabien zählt zu den protestantischen arabischen Staaten. Syrien wird von der UdSSR unterstützt.

Bessere Beziehungen Moskau-Kairo

dpa, Kairo

Die Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion normalisieren sich. Wie gestern aus der sowjetischen Botschaft in Kairo verlautete, wird der stellvertretende Außenhandelsminister, Iwan Grischin, Ende Oktober zu einem Besuch in Kairo erwartet. Bereits im September hatte der Direktor der Nahostabteilung im sowjetischen Außenministerium, Oleg Grinewski, in der ägyptischen Hauptstadt Gespräche über die Beziehung zwischen der Sowjetunion und Ägypten geführt. „Seit langem haben wir hier nicht mehr so interessante Besucher aus Moskau gehabt wie jetzt“, meinte ein sowjetischer Diplomat in Kairo.

Die ägyptisch-sowjetischen Beziehungen hatten einen Tiefpunkt erreicht, als Präsident Sadat 1981 – kurz vor seiner Ermordung – den sowjetischen Botschafter und mehrere Sowjetdiplomaten unter dem Vorwurf der Anstiftung zum Aufruhr des Landes verwies. Die Posten des Sowjetbotschafters in Kairo und des ägyptischen Botschafters in Moskau sind zwar immer noch nicht besetzt, aber die Beziehungen haben sich langsam wieder verbessert. Präsident Mubarak holte wieder sowjetische Experten zur Wartung aus der Sowjetunion gelieferter Anlagen nach Ägypten.

Caracas wurde der Mißwirtschaft nicht Herr

Wahlen im Dezember / Präsidenten-Partei ohne Chance

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Caracas
Venezuela wählt am 4. Dezember seinen nächsten Präsidenten und das Parlament. Die Vorbereitungen stießen auf ein unvorhergesehenes Hindernis: Die elf Millionen Wählerkarten konnten bisher nicht gedruckt werden, weil die damit beauftragte Druckerei die für den Import erforderliche Devisen Erlaubnis von 30 000 Dollar noch nicht erhalten hat.

Diese Episode kennzeichnet die Mißwirtschaft, die oft die fünfjährige Amtszeit des Präsidenten Luis Herrera Campins verdrängte. Sie hat dazu geführt, daß die Wählermassen von seiner Christdemokratischen Partei (Copei) nichts mehr wissen wollen. Eine Gallup-Umfrage ergab, daß in diesem Augenblick 38,2 Prozent der Wähler Jaime Lusinchi, den Kandidaten der Acción Democrática, wählen würden und nur 25,1 Prozent den Christdemokraten Rafael Caldera. 10,3 Prozent beabsichtigen, ihre Stimme dem Kandidaten der extremen Linken (Movimiento al Socialismo), Teodoro Petkoff, zu geben.

Die Ironie der voraussehbaren Niederlage der Copei ist, daß es Herrera Campins nicht gelang, die Folgen der Irrtümer seines Vorgängers Carlos Andrés Pérez (Acción Democrática) zu beheben. Überdies hat der Stil Herrera Campins' große Teile des Volkes derart aufgebracht, daß die Christdemokraten bei den Parlamentswahlen wahrscheinlich noch schlechter abschnitten werden als bei der Präsidentschaftswahl. Der Präsident hat ganz besonders in der Außenpolitik gezeigt, daß es ihm an einer klaren Linie fehlte.

● Zu Beginn seiner Regierung hatte er eine Art Vorvertrag zur Behebung des Grenzkonfliktes mit Kolumbien unterschrieben lassen. Dann brach er die Verhandlungen überraschend ab und entließ seine kolumbianischen Partner.

● Vor zwei Jahren erlaubte er in Caracas einen massiven weltweiten ideologischen Propagandafeldzug des libyschen Staatschefes Khadaffi und vergrößerte seine Nachbarn, die unter dem auch von Khadaffi finanzierten Terror der Guerrilla leiden.

● Im Bürgerkrieg Nicaraguas unterstützte er zusammen mit Kolumbien

und Costa Rica die Sandinisten, ohne die geringsten Vorteile für Venezuela in der Karibik erlangen zu können.

● Im Verlauf des Falkland-Krieges beantragte er die Aufnahme Venezuelas in die Gruppe der blockfreien Länder, um sich den Rücken für einen Einmarsch ins benachbarte Guyana zu decken. Es wurde sein größter Mißerfolg: Die Aufnahme wurde auf Guyanas Betreiben abgelehnt, das traditionell neutrale Brasilien übernahm mit einem Wirtschafts- und Bewaffnungsplan den Schutz Guyanas; Kolumbiens Präsident Betancur erhielt an Venezuelas Stelle Kolumbiens Mitgliedschaft bei den Blockfreien.

● Schließlich gab Herrera Campins auch dem Druck der venezolanischen Industriellen nach und brach einseitig alle Abmachungen der Anden-Marktgemeinschaft.

Zu diesen unrühmlichen Ergebnissen kam der wirtschaftliche Zusammenbruch, als es Herrera Campins nicht gelang, die Auslandsschuld von etwa 28 Milliarden Dollar unter Kontrolle zu bringen. 73 Prozent davon sind kurzfristiger Zinsendienst. Mit 1699 Dollar ist die Schuld die höchste Pro-Kopf-Schuld des Subkontinentes. Brasiliens Pro-Kopf-Schuld beträgt 601 Dollar, und 50 Prozent sind kurzfristig. Venezuela mußte zum dritten Mal einen Aufschub von abermals 90 Tagen für die Teilrückzahlung erbitten.

Massive Kapitalflucht führte im Februar zur Aufgabe des Kurses von 4,30 Bolivares zum Dollar. Der Bolívar fiel vorübergehend auf 18 und bewegt sich zur Zeit um 13.

Herrera Campins lehnt es ab, mit dem Internationalen Währungsfonds über ein Beistandsabkommen zu verhandeln, um durch die erforderliche Annahme neuer Sparmaßnahmen den Unmut im Volk vor den Wahlen nicht noch mehr zu steigern. Das wiederum bedeutet, daß die dringende Umschuldung nicht vorankommen kann; die Zinszahlungen Venezuelas geraten ins Stocken. So herrscht eher Chaos in der Vorwahlzeit. Der einzige Trost der Venezolaner ist, daß sie den Nachfolger Herrera Campins' in Freiheit wählen können.

(SAD)
Seite 2: Kissingers Auftritt

Peking will Parteimitglieder überprüfen

DW/dpa, Peking

In der Kommunistischen Partei Chinas stehen offenbar neue politische Säuberungen bevor, mit deren Verkündung auf der für diese Woche geplanten ZK-Sitzung gerechnet wird. Wie es gestern in Peking hieß, sei an eine politische Überprüfung der rund 40 Millionen Parteimitglieder gedacht, die sich auf drei Jahre erstrecken soll.

Beobachter rechnen mit einer großen Zahl von Parteiausschüssen, nachdem in den vergangenen Wochen verschärft gegen Parteimitglieder vorgegangen wurde, denen Wirtschaftsverbrechen oder andere Straftaten vorgeworfen worden waren. Etwa die Hälfte der gegenwärtigen Parteimitglieder sind während der sogenannten Kultur-Revolution zwischen 1966 und 1976 der KPCH beigetreten. Wiederholt hatte die chinesische Führung die Notwendigkeit einer „Ausrichtung“ der Partei betont. Insbesondere soll dabei durch Ausschluß oder ideologische Umerziehung gegen Parteimitglieder vorgegangen werden, die „falsche Ideen wie Liberalismus, Individualismus und Anarchismus“ vertreten.

US-Flugzeuge von Athen abgefangen

AP/Reuters, Athen

Während des gegenwärtigen ohne Beteiligung Griechenlands in der Ägäis ablaufenden NATO-Manövers „Display Determination '83“ haben griechische Kampfflugzeuge in drei Fällen US-Militärmaschinen zur Landung gezwungen. Wie der griechische Regierungssprecher Dimitri Maroudas ohne genaue Datumsangabe mitteilte, handelte es sich dabei in zwei Fällen um Verletzung von Luftverkehrsregeln und im dritten Fall um die Verletzung des griechischen Luftraumes über der Insel Ikaros.

Das NATO-Mitglied Griechenland hatte seine Beteiligung an dem Manöver mit neuen territorialen Streitigkeiten zwischen ihm und der Türkei verweigert. Der stellvertretende Verteidigungsminister Drossosyanis erklärte, die NATO habe die griechische Insel Lemnos auf türkischen Druck hin aus ihrer Übung „Free Play“ ausgeschlossen. Die Türkei erhebt auf der Insel Besitzansprüche. Athen forderte die NATO auf, keine Manöver mehr in der Ägäis abzuhalten.



Gaullist einer anderen Generation: Jacques Chirac und Pompidou (Foto). Rechts WELT-Redakteur Jürgen Liminski.

„Keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland“

WELT-Gespräch mit Jacques Chirac über Deutschland, Europa, Frankreich

Von JÜRGEN LIMINSKI

Der Baustil des Rathauses von Paris hat Symbolwert. Renaissance nennen ihn die Franzosen. Das wichtige Gebäude ist in seiner heutigen Gestalt zwar nicht ganz stilrein; die Einflüsse bei der Renovierung Ende des vergangenen Jahrhunderts sind unübersehbar. Die Modernisierung des Stils aber steigert nur die Symbolik. Denn der Rathaussaal und Vorplatz der größten französischen Oppositionspartei RPR, Jacques Chirac, gestaltet seine Politik nicht nur mit gaullistischen Elementen. Auch das ein Stück Symbolik: den deutlich umrandeten Bildern de Gaulles und Pompidous ist zwischen langen Gobelins und Geschenken fremder Potentaten nur ein Platz im geräumigen Wohnsal des Bürgermeister-Apartements zugeordnet.

Für Chirac sind Adenauer und de Gaulle die großen Architekten Europas. Ihr Werk, die deutsch-französische Freundschaft, sei zur „Selbstverständlichkeit“ geworden. Im Gespräch mit der WELT bezeichnet Chirac eine Verstärkung der deutsch-französischen Solidarität als „wesentlich“. Diese Solidarität, „die mehr ist als Freundschaft“, muß nach seiner Ansicht, „die tragende Achse der französischen Außenpolitik sein“.

Das gelte insbesondere angesichts der Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen. In diesem Punkt ist seine Position „identisch mit der von Staatspräsident Mitterrand“. Allerdings ist Chirac darüber hinaus der Meinung, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Verteidigung intensiviert werden müsse. Denn, so Chirac, „es gibt keine Freiheit für Frankreich ohne Freiheit für Deutschland“.

In dieser Hinsicht sei die Solidarität vollständig und ausdauernd. Sie müsse freilich auch auf Großbritannien und die anderen freien Staaten Europas ausgedehnt werden sowie Amerika einschließen. Deshalb, so Chirac zum wiederholten Mal, müsse zur Verhinderung der Abkoppelung von Amerika nachgerüstet werden. Auf der Grundlage dieser atlantischen Solidarität könne man dann zu einer „Verteidigungsgarantie für die Deutschen“ gelangen.

Bei seiner dreitägigen Deutschlandtournee wird der Bürgermeister von Paris auch in Berlin Station machen. Das Schicksal dieser Stadt liegt ihm offenbar am Herzen. Frankreich kenne die besondere Situation der Berliner. „Wir sind direkt vom Schicksal dieser Stadt und seiner Bewohner betroffen, was auch immer geschieht. Sei es zum Guten, dann freuen wir uns, sei es zum Schlechten, dann machen wir mobil, um sie zu verteidigen.“ Man werde sich dabei nicht an diese Schande gewöhnen, die die Mauer mitten in Berlin darstelle. Man habe es nicht getan und werde es „nicht tun, solange sie steht“.

Ähnlich denkt Chirac auch über die Teilung Deutschlands. Die Reservatio mentalis, die manchen Franzosen unterstellt wird und wonach Frankreich aus realpolitischen Gründen am Status quo der Teilung inter-

essiert sei, lehnt er entschieden ab. „Wer in Frankreich so denkt, und ich glaube, das sind nur sehr wenige, der denkt falsch. Zunächst: Realpolitik erlaubt nicht alles. Wenn eine Nation geteilt wurde, und niemand kann bestreiten, daß die beiden Teile Deutschlands eine Nation bilden, dann ist es nur natürlich und menschlich notwendig, daß diese Nation ihre Einheit wiederfindet.“

Auch könne man die heutige Lage nicht mit der der dreißiger Jahre vergleichen. Zwar sei eine Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen derzeit nicht möglich. Der Wunsch der Deutschen nach der Wiedervereinigung aber sei „natürlich“. Wer ihn bekämpfe oder hintergehe, betreibe eine „realistische Politik“.

Die Verwirklichung dieses Wunsches sei nicht von heute auf morgen zu erreichen, spiele aber als eine Art Kulisse der deutschen Politik eine beachtenswerte Rolle. Sollte die Wiedervereinigung irgendwann einmal zustande kommen, so glaube er nicht, daß sie Europa, Frankreich oder irgendeinem anderen Staat noch schaden könnte. Niemand brauche davor Angst zu haben. Denn der Zusammenhalt der Europäer, die in den letzten Jahrzehnten gewachsenen und grenzübergreifenden Bindungen untereinander, hätten das Bild Europas grundlegend verändert. Deutlich kommt bei diesen Ausführungen der Generationenunterschied des 50-jährigen Politikers zu de Gaulle und Pompidou zum Tragen.

Der geschichtliche Prozeß in Europa sei durch eine „künstliche Barriere“ inmitten des Kontinents vorerst begrenzt. Aber auch hier gebe es einen nicht zu leugnenden Hintergrund: natürlicher, geographischer und zivilisatorischer Gegebenheiten. In diesem Sinne sei auch die Aussage des Papstes in Wien zu verstehen, an der sich eine Diskussion um Mitteleuropa und die Zukunft des alten Kontinents entzündet hat. Polen zum Beispiel sei durch und durch ein europäisches Land. Es sei die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa, die den Blick für die eigentlich europäische Perspektive verstelle, „die eine Perspektive der Rückkehr zu den Quellen der zivilisatorischen Einheit Europas ist“.

Angesichts solcher Ziele nehme sich die Lage der Europäischen Gemeinschaft recht kläglich aus. Die aktuelle Wirtschaftskrise habe, führt Chirac aus, „die nationalen Egoismen und somit die zentrifugalen Kräfte der Gemeinschaft aktiviert“. Diese Tendenz wachse zum Schaden der europäischen Idee. Chiracs Diagnose: „Es fehlt auf höchstem Niveau unserer Staatslenker der politische Wille, um diese Krise zu überwinden.“ Man verliere sich in technischen Details, die gewiß ihre Bedeutung hätten, die aber wie ein guter Verwaltungssystem den politischen Entscheidungen folgen und nicht diese bestimmen dürften. Motor des politischen Willens müsse das Tandem Frankreich/Deutschland sein. Keine andere Konstellation sei fähig, der europäischen Idee neue Vitalität zu verleihen.

Chirac weicht dem Vorwurf nicht aus, daß gerade die Gaullisten oft die Entwicklung in Europa blockiert hätten.

„Das anti-europäische Bild der Gaullisten ist ein Trugsbild. Es mag entstanden sein, weil der eine oder andere gaullistische Politiker manchmal einer ungeschickten Wortwahl verfiel. Tatsache aber ist, daß die wirklichen Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft zumindest in Frankreich auf die Initiative gaullistischer Politiker und Präsidenten zurückgehen.“ Für den Wahlkampf zur Europawahl im kommenden Jahr kündigt Chirac schon jetzt das Thema des „notwendigen Neubeginns für den Aufbau Europas“ an. Dazu gehören auch die europäische Verteidigung.

Der Oppositionsführer ist der Meinung, daß die französische Wirtschaftspolitik die Krise in Europa nur verschärft habe. Er glaube aber nicht, daß das sozialistische Experiment, „das unabweisbar war“, noch lange andauern werde. Theoretisch müßten die Franzosen noch zweieinhalb Jahre bis zu den nächsten Parlamentswahlen warten. Chirac schließt aber „keineswegs“ aus, daß der Staatspräsident, dem „allein die Entscheidung über vorgezogene Wahlen obliegt“, die Möglichkeit von Neuwahlen sich wahrnehme. So wie die Dinge heute liegen, würde die jetzige Opposition dann wieder die Führung der Staatsgeschäfte übernehmen.

Ihr wirtschaftspolitisches Programm skizziert Chirac so: Rückkehr zur Marktwirtschaft, zu einer liberalen Wirtschaftsordnung, Reprivatisierung weicher Sektoren in Industrie und Finanzen. Es sei freilich nicht beabsichtigt, daß die großen Monopolunternehmen des Staates zu reprivatisieren. Chirac nennt als Beispiele die Eisenbahn und die Stromversorgung. „Dagegen werden wir das gesamte Bankensystem privatisieren, und zwar nicht nur die Banken, die von Mitterrand 1981 verstaatlicht wurden“, sondern auch diejenigen, die bereits 1945 nationalisiert wurden.“ Ziel sei eine „allgemeine Reprivatisierung“ in der französischen Wirtschaft.

Zu den Plänen, die die Opposition in ihrem Programm des Machtwechsels bereithält, gehören ferner eine umfassende Steuerreform, die Aufhebung investitionsstimmender Reglementierungen und drastische Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben.

Sollte die Opposition die Parlamentswahlen 1986 oder früher gewinnen, dann müßte Präsident Mitterrand sich auf dieses Programm einstellen und die Konsequenzen ziehen. „In der Demokratie gilt es vorrangig, die Institutionen und die Verfassung zu respektieren. Nichts kann den Präsidenten zwingen zurückzutreten. Er bleibt im Amt, wenn er will. Die Entscheidung liegt bei ihm allein.“ Nur müsse er gemäß dem Wahlergebnis einen Regierungsauftrag erteilen. Seine eigene Ernennung als Premierminister schließt Chirac entschieden aus. „Das gehört in keiner Weise in den Bereich meiner politischen Perspektiven.“ Auch einen historischen Kompromiß werde es nicht geben. Der Präsident sei „sozialistischer Inspiration“, seine Wirtschaftspolitik sei mit dem Programm der Opposition nicht zu vereinbaren.

Spannung Seoul-Pjöngjang nimmt zu

Chun Doo Hwan lastet Attentat Nordkorea an / Kommission nach Rangun

F. de la TROBE / K. H. KUO, Tokio
Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan hat nach seiner Rückkehr von einem überstürzt abgebrochenen Staatsbesuch aus Birmas dem kommunistischen Nordkorea die Schuld an dem Bombenattentat gegeben, bei dem vor zwei Tagen in Rangun 20 Menschen – unter ihnen vier südkoreanische Minister – ums Leben gekommen sind.

Auf einer Sondersitzung beschloß die Regierung, eine Untersuchungskommission nach Rangun zu entsenden, die die Hintergründe des Attentats aufklären soll, das offenbar Chun Doo Hwan geahndet hatte. Auch die birmanische Regierung hat einen Ausschuß eingesetzt. Die amtliche nordkoreanische Nachrichtenagentur meldete, Chun sei in Rangun „mit einer starken Bombenexplosion begrüßt“ worden.

In Seoul stehen die Flaggen auf halbmast. Funk und Fernsehen sendeten Trauermusik, die Zeitungen

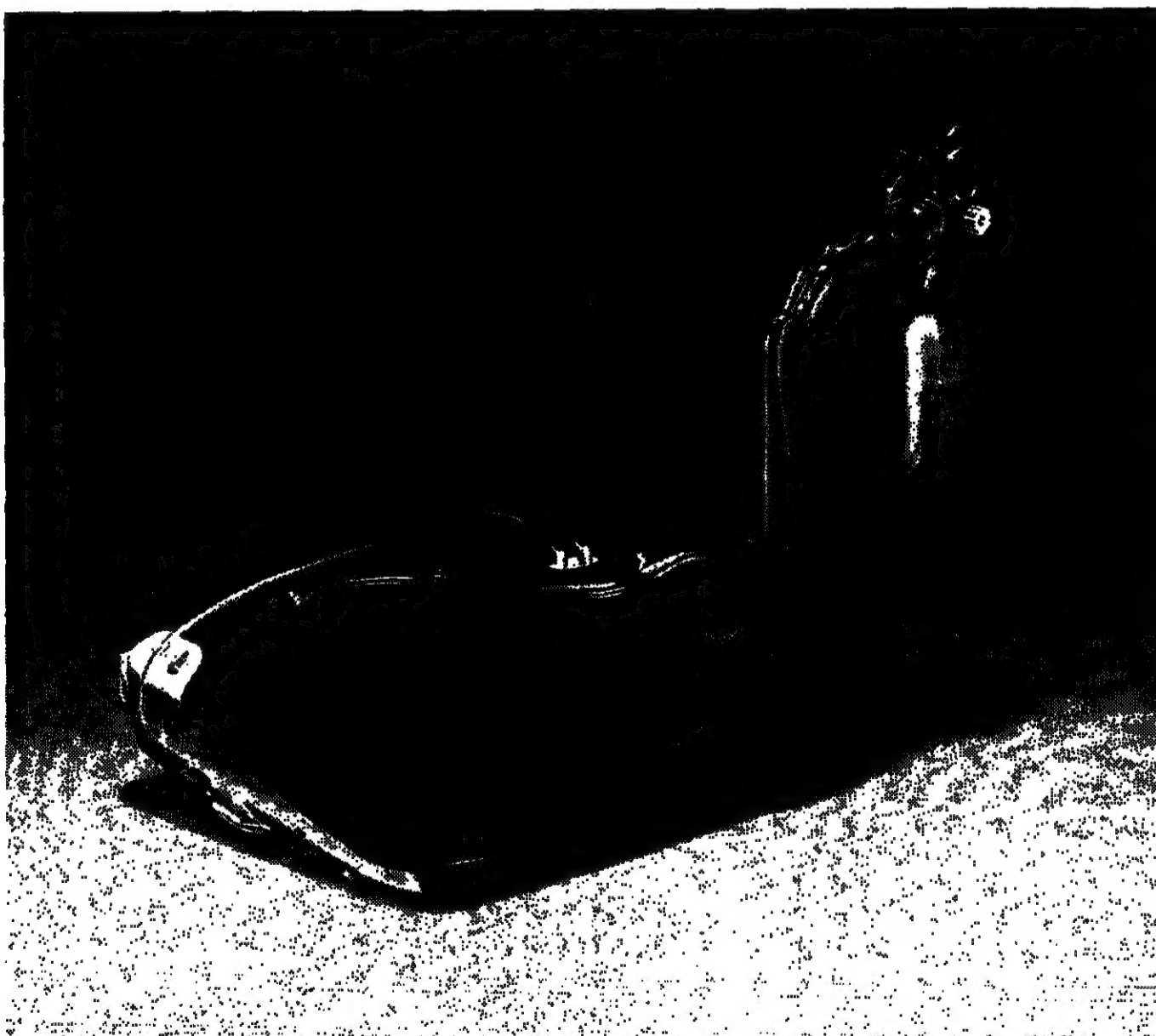
brachten Extrablätter heraus. Die Armee ist in Alarmbereitschaft versetzt worden.

Für die Version, daß die Bombe von nordkoreanischen Terroristen gelegt oder der Anschlag im Auftrag Pjöngjangs durchgeführt werden sollte, gibt es zunächst keine beweiskräftigen Anhaltspunkte. Nach Meinung westlicher Diplomaten läßt sich diese These jedoch um so glaubwürdiger verkaufen, weil Nordkorea in jüngster Zeit die Propaganda verschärft und Gewaltakte erwartet worden waren.

Bereits früher wurden Mordkomplotte in offensichtlichem Auftrag Nordkoreas aufgedeckt. Im Februar 1982 wurden die Kanadier Charles Yanover und Michael Gerol in Toronto wenige Monate vor Chuns Besuch unter dem Verdacht verhaftet, einen Mordanschlag gegen ihn geplant zu haben. Nach Angaben der kanadischen Polizei hatten sie als „Vorschuß“ für diese Tat 68 000 Dollar bekommen.

Nach dem Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjets ist das Attentat von Rangun die zweite große Katastrophe für das Land innerhalb von fünf Wochen. Nach vorherrschender Meinung in Ostasien wird der Bombenanschlag die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, auf der nur Waffenstillstand, aber kein Frieden herrscht, beträchtlich erhöhen.

Der bei dem Anschlag umgekommene Außenminister Lee B. beauftragte eine „Politik-Tür“, die auf bessere Beziehungen zu den kommunistischen und dem Bismarck in der Dritten Eine außersituationen Sorg sein st



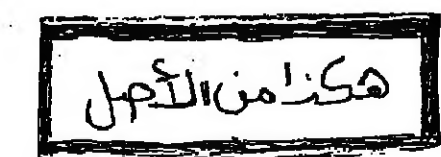
Der Marathon-Tank.

Das Erfolgskonzept des Golf ist weiterentwickelt und konsequent verbessert. Der neue Golf ist jetzt auf den Markt gekommen. Er ist größer, moderner, wirtschaftlicher und wertvoller. Durch viele konstruktive Verbesserungen wurde sein Kraftstoffverbrauch noch weiter gesenkt.

Man wird den neuen Golf schon bald überall sehen – aber nur selten beim Tanken beobachten können. Ein besonderer Kunststoff ermöglicht es, den Tank so zu formen, daß er einem Einbaufuß raumtiefenangepaßt ist. Dadurch faßt der Kraftstoffbehälter des neuen Golf 55 Liter, das sind 40 % mehr als vorher.

Sein niedriger Verbrauch und sein großer Tank machen Tankstopps bei benzinsparender Fahrweise erst nach 700–1000 Kilometern nötig.

Für uns liegt der Fortschritt im Detail. Wir arbeiten daran.



Mehr als Autos.

Wollte Polens Kirche keine „dritte Kraft“?

Die Gewerkschaft „Solidarität“ als Herausforderung

Von JOACHIM GLIEWE

Die polnische Kirche magte mit der Errichtung eines kommunistischen Systems nach dem Krieg mit der nunmehr herrschenden weltlichen Mächtigkeitspolitik einhergehen. Aber ungekehrt kam schließlich auch die kommunistische Staatsführung nicht davon herum, die Macht der Kirche anzuerkennen, auch wenn weiterhin ein zäher Kleinkrieg geführt wurde. Sie mußte sogar zusehen, wie die Kirche ihren Einfluß und ihr Prestige erweiterte und eine Autorität erlangte, deren Ausmaß einen in der 1900-jährigen Geschichte Polens kaum noch zu überbietenden Höhepunkt darstellte. Gekrönt wurde diese Entwicklung im Jahre 1978 mit der Wahl des Kardinals Wojtyła zum Papst.

Dieser einmaligen Stellung einer katholischen Kirche kam freilich zu gute, daß sie seit den fünfziger Jahren die einzige legale Institution im Lande war, die - abgesehen von der Erfüllung religiöser Bedürfnisse - die sozialen und politischen Belange der Polen entschieden verteidigte. Umgekehrt konnten sich in der Kirche als einziger legaler Organisation die Enttäuschten, Unzufriedenen, Resignierten sammeln, aber auch viele, die die Gesellschaft und die gesellschaftliche Entwicklung analysieren, kritisieren und verändern wollten.

Nach der Ausrufung des (zweischrittigen) Kriegsrechts im Dezember 1981, nahm Primas Glemp gegenüber dem Partei-Militär-Regime eine kompromissbereite und nachgiebige Haltung ein, womit er nicht überall auf Gegenliebe stieß. Er lief die Polen zur Versöhnung mit dem Regime auf. Der Name der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ kam ihm in seinen Predigten nicht mehr über die Lippen.

Hefige Kontroversen

Im Zusammenhang damit wurde inner- wie außerhalb Polens über die Stellung der Kirche zur Macht auf der einen, zur Opposition auf der anderen Seite diskutiert und damit verbunden über ein mögliches Eigeninteresse des Episkopats. Hat die Kirchenführung, so der Verdacht, ein Interesse, daß sich auch weiterhin - wie vor 1980 - Kirche und Staatsführung ohne eine „dritte Kraft“ gegenüberstehen? Hat sich die Kirche von der „Solidarität“, die innerhalb weniger Monate zu einer Organisation mit einem ungeheuren Einfluß auf breite Volksschichten geworden ist, in ihrer traditionellen „Stellung“ bedroht gefühlt?

Darüber gab es angesichts der Politik Glemps in der Öffentlichkeit, auch im Klerus und natürlich in der „Solidarität“, heftige Kontroversen, wünschenswert war, die Diskussionen nicht zu sehr an die Oberfläche und in den Vordergrund treten zu lassen. Bis vor einiger Zeit kamen aus dem Untergrund in der „Kirchenfrage“ denn auch eher diffuse und etwas ratlose Stellungnahmen und Einschätzungen. Ein nach dem Po-

len-Besuch des Papstes publizierter Kommentar des stellvertretenden Chefredakteurs der Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano“, Levi, aus dem erkenntlich wurde, daß zumindest ein Teil der Kirchenpolitiker in Rom den Arbeiterführer Lech Wałęsa und seine „Solidarität“ abgeschrieben hatte, sowie der nachfolgende Rücktritt Levis trug auch nicht eben zur Klärung der Unsicherheit bei.

Haltung präzisiert

Im Juli und im August fanden in der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft ausgiebige Beratungen statt, in denen die Politik der Kirche debattiert wurde. Mittlerweile hat die „Solidarität“ ihre Haltung zur Kirche präzisiert und die Aufgaben der Gewerkschaft im Verhältnis zur Kirche definiert. Einen zusammenfassenden Beitrag publizierte vor kurzem das „Überbetriebliche Arbeitskomitee der „Solidarität“ in der Warschauer Ausgabe seiner Wochenzeitung unter dem Titel „Kirche statt „Solidarität““.

Bei seinem Besuch habe der Papst, so die Überlegung der „Solidarität“, Führung, den Polen, die um Demokratie und Freiheit, um unabhängige Gewerkschaften und um Mitsprache in ihrem Land kämpfen, recht gegeben. Dennoch vertritt er auch die Ideale von „Solidarität“. Zwar unterstützte er den Untergrund nicht direkt, er verurteilte dessen Tätigkeit aber auch nicht. Dagegen äußerte er nicht ein gutes Wort über PRON (die neue von der Partei initiierte Einheitsfront) oder über die neuen Gewerkschaften.

Die Kirche, heißt es weiter, habe sich angesichts der Tatsache, daß eine schnelle Anerkennung der verbotenen Gewerkschaft nicht zu erwarten ist, dazu entschlossen, die Interessen der Gesellschaft zu vertreten - von den Fragen im Zusammenhang mit den Wahlen zu den Nationalräten im nächsten Jahr bis hin zur Organisation einer Unterstützung für die private Landwirtschaft. Das bedeute allerdings nicht, daß die „Solidarität“ ihren Kampf aufgeben, mit der Herausgabe von Presseerzeugnissen und Büchern aufhören, ihre Hilfe für die von der staatlichen Repression Betroffenen, für die Gefangenen und ihre Familien einstellen und ihre Untergrundstruktur liquidieren dürfe.

Erleichtert wurde diese „Annäherung“ der „Solidarität“ an die Kirche dadurch, daß einige Zeit nach dem Besuch des Papstes die Hirtenbriefe des Episkopats in Ton und Aussage schärfer wurden. Auch in Glemps Verhalten ist seit dem Papstbesuch wieder mehr Couragiertheit festzustellen. Die Regierung treibe mit den Arbeitern ein unehrliches Spiel, ließ er kurz nach dem 3. Jahrestag der Abkommen von Danzig und Stettin verlauten. Offenbar in Anspielung auf das arrogante Auftreten Rakowski gegenüber den Arbeitern aus diesem Anlaß kritisierte der Primas scharf, von einem Dialog der Macht mit den Arbeitern könne keine Rede sein.

Athen stimmt Zypern-Plan der UNO ohne Vorbehalte zu

Auch Kyprianou lenkt ein / Pérez optimistisch

E. ANTONAROS, Athen
Nach mehrstündigen Gesprächen in Athen haben die griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu und Zyprens Staatschef Spyros Kyprianou mitgeteilt, daß sie die jüngste Zypern-Initiative der UNO-Generalversammlung, die von dem UNO-Sekretär Javier Pérez de Cuellar „voll und ohne Bedingungen“ unterstützt. Überwacht hat vor allem die Haltung Papandreous, weil er erst vor einigen Wochen den Eindruck erweckt hatte, daß er den UNO-Plan, zumindest in seiner jetzigen Form, nicht akzeptieren wollte. Als Vorbedingung hat Papandreu immer wieder den Abzug aller türkischen Besatzungstruppen von der Insel gefordert.

Auch in Kyprianous Haltung hat es eine Wende gegeben: Erst vor zwei Wochen hatte der Insel-Präsident das Pérez-Papier nur „im Prinzip“ akzeptiert und daher Kommunisten und Konservative auf der Insel verärgert. Diese beiden Gruppen unterstützen die Annahme des UNO-Memorandums als Grundlage für neue Gespräche mit den Türken, um das türkische Argument zu entkräften, die Insel-Griechen boykottierten jede Initiative. Die zunächst skeptische Haltung Kyprianous führte zum Rücktritt des langjährigen Außenministers Nicos Rofandis, der inzwischen vom Berufsdiplomaten Georg Iakow ersetzt wurde. Das UNO-Papier sieht zwei Lösungsmodelle vor, wobei einmal die griechischen, das andere Mal die türkischen Wünsche stärker berücksichtigt werden.

Kyprianou führte in New York zwei längere Gespräche mit Pérez und reichte ihm die Antwort der Insel-Griechen auf das UNO-Papier schriftlich ein. „Anschließend bezeichnete Pérez die Haltung der Griechen als „positiv und konstruktiv“. Sie lasse ihn hoffen, daß eine Regelung möglich sei.

Angaben herrscht im UNO-Hauptquartier angeblich Verdringung über die Einstellung des Zyprenführers Rauf Denktaş, weil er zwar ein Gespräch mit Pérez führte, aber auf eine schriftliche Stellungnahme zu der UNO-Initiative verzichtete. Denktaş, der die Beratungen mit den Griechen im Mai abbrach, verlangt von Kyprianou verschiedene Vorleistungen vor einer Wiederaufnahme der Gespräche. Dazu zählt auch die Aufhebung eines von den Griechen gegen die Insel-Türken verhängten Wirtschaftsboykotts.

Denktaş verlangt auch ein Gespräch mit Kyprianou. Doch der Staatspräsident der zugeordneten Insel-Republik hält von einer solchen Begegnung nichts, so ein Regierungssprecher, „solange die Türken sich nicht bereit zeigen, eine praktikable Lösung anzustreben“. Weil Kyprianou den Türken-Führer für den verlängerten Arm Ankaras hält, hat er statt dessen ein Treffen mit dem türkischen Staatschef Kenan Evren vorgeschlagen.

Obwohl sich die Griechen im Moment in einer diplomatisch vorteilhaften Situation gegenüber den Insel-Türken befinden, sind sie sich der Gefahren bewußt, die von einer abermaligen Zuspitzung der Vertrauenskrise zwischen den beiden Volksgruppen auf Zypern herühren könnten. Insbesondere befürchten die Griechen, daß die Insel-Türken in die Versuchung geraten könnten, einen unabhängigen Teilstaat im nördlichen Inselteil auszurufen, sollten sie sich in die Ecke getrieben fühlen. Weil ein solcher Staat in absehbarer Zeit die diplomatische Anerkennung von verschiedenen islamischen Ländern erhalten würde, könnten die Griechen dadurch ihr bisheriges Alleinvertragsrecht verlieren.

Diese Überlegung hat zweifellos sowohl Kyprianou als auch Papandreu dazu gebracht, ihre Skepsis zu überwinden und das UNO-Papier bedingungslos zu akzeptieren. (SAD)

Jaruzelski droht „kämpferischem Klerikalismus“

dpa, Warschau

Auf eine Verschärfung des Kurses der Warschauer Führung deutet ein Artikel des polnischen Staats- und Parteichefs General Wojciech Jaruzelski hin, der gestern in allen Zeitungen des Landes veröffentlicht wurde. Jaruzelski führt darin die Schwierigkeiten in Polen auf Abweichungen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, auf ausländische Störmanöver, Demagogie und „ideologische Relikte“ wie Nationalismus, Rückständigkeit und „kämpferischen Klerikalismus“ bei Teilen der Bevölkerung sowie Nachlässigkeiten bei der Jugendarbeit zurück.

Die Gewerkschaft „Solidarität“ sei durch die Zusammenarbeit antisozialistischer Kräfte mit westlichen Imperialisten eine konterrevolutionäre politische Bewegung geworden. Jaruzelski betonte, der in Polen bestehende weltanschauliche Pluralismus könne keinen Vorwand für einen politischen Pluralismus bilden.

Der Parteichef gibt zu, daß der Katholizismus für große Bevölkerungskreise eine wichtige Rolle spiele und das Verhältnis zwischen sozialistischem Staat und Kirche daher besonders kompliziert sei. Es sei jedoch Pflicht der Partei, den Einfluß des marxistischen Materialismus zu stärken.

Die polnischen Bischöfe haben in einem Hirtenbrief zur nationalen Versöhnung und zum Dialog „zum Wohle des Vaterlandes“ aufgerufen, wie ihn auch Lech Wałęsa in der vergangenen Woche gefordert hatte.

Chiles KP drängt sich nach vorn

Nach zehn Jahren Untergrund fordern Kommunisten Mitsprache in der Zeit nach Pinochet

WERNER THOMAS, Miami

Sie ziehen durch die Straßen mit dem Porträt des toten Präsidenten Salvador Allende. Sie malen die Losung „Allende lebt“ an die Häuserwände. Sie werfen während der monatlichen Protestaktionen gegen General Pinochet Steine auf die Sicherheitskräfte und provozieren gewaltsame Reaktionen. Sie veranstalten Pressekonferenzen und verkünden: „Es geht nicht ohne uns.“

Chiles Kommunisten stehen nach einer zehnjährigen Untergrundarbeit wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Sie beteiligen sich tatkräftig an den Versuchen der Opposition, die Militärherrschaft zu beenden und beanspruchen eine „angemessene Rolle“ in der Ära danach. „Die kommunistische Partei ist und bleibt trotz ihrer Verfolgung eine einflussreiche Partei im politischen, sozialen und kulturellen Leben des Landes“, erklärte der im Moskauer Exil weilende KP-Chef Luis Corvalan kürzlich der mexikanischen Zeitung „Uno Mas Uno“.

Die Aktivitäten und Ansprüche der Corvalan-Jünger zählen zu den brisantesten Aspekten der chilenischen Situation. Politische Beobachter meinen, daß die kommunistischen Initiativen der Oppositionsbewegung mindestens genauso unangenehm sind wie der Regierung. Ein westlicher Diplomat urteilte sogar: „Die KP bereitet der Opposition zur Zeit mehr Probleme als Pinochet“.

Die Kommunisten waren der wichtigste Koalitionspartner des Sozialisten Salvador Allende in den drei chaotischen Volksfront-Jahren 1970

bis 1973, die der Nation eine Klassenkampf-Konfrontation, den wirtschaftlichen Zusammenbruch und schließlich einen Militärputsch brachten. Obgleich die KP-Vertreter damals an der Spitze der besonnenen Kräfte standen, gilt die Partei bei breiten Bevölkerungskreisen nach wie vor als abschreckendes rotes Tuch. Die Kommunisten hatten trotz ihrer straffen Organisation bei Wahlen selten mehr als 15 Prozent der Stimmen erhalten.

Pinochet nutzte oft die antikommunistischen Ressentiments für seine politischen Ziele. Er ließ die KP im Gegensatz zu den suspendierten bürgerlichen Parteien verbieten. Die Kommunisten würden für immer von der Macht ausgeschlossen bleiben, versicherte er. Die Marxisten werden diese Nation nie wieder ins Unglück stürzen.

Nun scheint der gewiefte General jedoch den Versuch zu unternehmen, die Oppositionsbewegung mit Hilfe der Kommunisten zu schwächen.

Seit die offenen Protestaktionen im Frühjahr begonnen haben, durften sich die KP-Funktionäre auffallend frei bewegen. Zu einer Pressekonferenz in dem Haus des verstorbenen Literatur-Nobelpreisträgers Pablo Neruda waren sogar Fernsehteams gekommen, die das Ereignis für die Abendnachrichten filmten. Prompt brachte KP-Sprecher Jaime Inzunza die bürgerlichen Pinochet-Gegner in Verlegenheit, als er die Gespräche kritisierte, die diese mit Innenminister Sergio Onofre Jarpa führten: „Dialoge nützen überhaupt nichts. Wir brauchen sofort demokratische Verhältnisse.“

Seit dem Sommer unterhalten sich der Innenminister und die Führer der wichtigsten Oppositionsbewegung „Alianza Democrática“ über die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr zur Demokratie. Obgleich Onofre Jarpa Pinochets Absichten verteidigt, bis 1989 zu regieren, will die „Alianza“ vorerst weiter verhandeln. Ihre Vertreter hoffen nach wie vor auf den vorzeitigen Rücktritt des Generals.

Die Kommunisten wurden nicht in diese Organisation aufgenommen, die von den Christdemokraten kontrolliert wird. Der Christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes steht an ihrer Spitze. Die KP unterstützt dagegen die monatlichen Demonstrationen der bürgerlichen Gruppen, die solange veranstaltet werden sollen, bis Pinochet das Handtuch wirft. Sie urteilt jedoch die Bewegung mit der Meinung, daß auch Mittel der Gewalt gerechtfertigt seien.

Konservativere Christdemokraten beschuldigen die Kommunisten, die Oppositionsbewegung durch provokatives Verhalten radikaliseren zu wollen. Ähnlich urteilt Jarpa. Der Minister hat die Demokratische Allianz Ende vergangener Woche aufgefordert, sich klar von den linken Extremisten zu distanzieren. „Klarende Worte in dieser Beziehung würden den Weg zur Demokratie erleichtern“, sagte er.

Valdes unterstellt der Regierung dagegen, den Interessen der Kommunisten zu dienen. Je länger sich General Pinochet an die Macht klammert, desto stärker werde der kommunistische Einfluß. (SAD)

Kissinger nimmt Gespräche in Panama auf

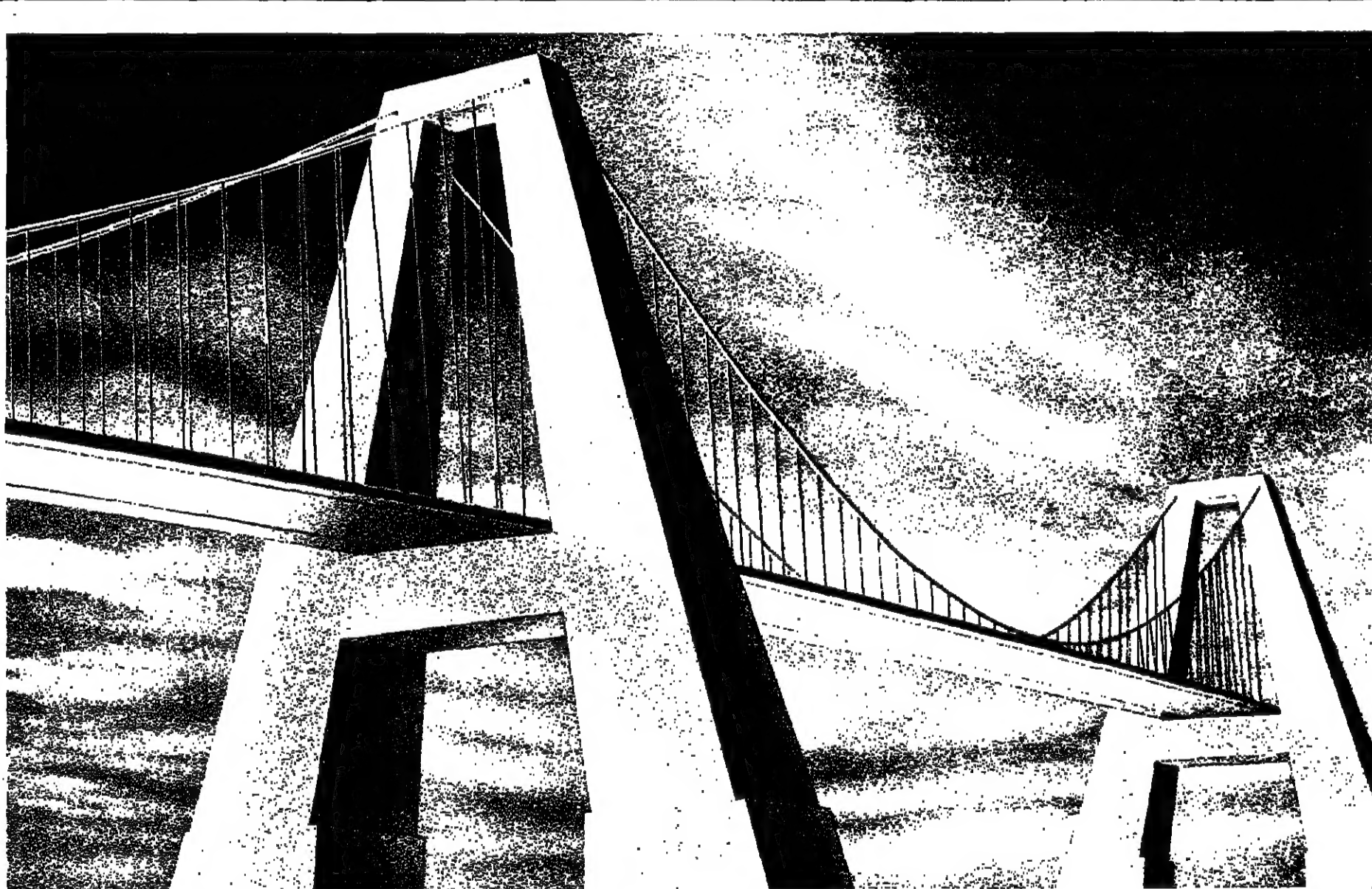
dpa, Panama-Stadt

Die amerikanische Kommission für Mittelamerika unter Vorsitz des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger hat gestern ihre Informationsgespräche in Panama aufgenommen. Kissinger wollte sich im Lauf des Tages mit dem Präsidenten des Landes, Ricardo de la Espriella, treffen. Die von der amerikanischen Regierung berufenen Experten wollten sich bis Samstag in Panama und den fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua über die Lage in den einzelnen Ländern unterrichten. Kissinger will im Januar der US-Regierung den Kommissionsbericht vorlegen.

Kirchschläger besucht die „DDR“

DW, Berlin

Erfurt, Weimar und Eisenhüttenstadt sind außer Berlin die Haltpunkte des offiziellen Besuchs, den der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger von heute an bis Freitag der „DDR“ abstatten wird. Der österreichische Staatschef, der von Außenminister Erwin Lang und Staatssekretär Erich Schmitt (Handel, Gewerbe und Industrie) sowie einer Reihe von Experten begleitet wird, trifft wenige Stunden nach seiner Ankunft und nach einer feierlichen Kranzniederlegung am Mahmal Unter den Linden zu „offiziellen Gesprächen“ mit dem Staatsratsvorsitzenden und Parteichef Erich Honecker zusammen.



In International Banking the A comes first.

Das A von ABECOR. Denn ABECOR ist die größte Bankenvereinigung der Welt: eine Gruppe von neun führenden europäischen Banken mit einer Gesamt-Bilanzsumme von mehr als 440 Milliarden US-Dollar. ABECOR ist ein wichtiges Bindeglied zum internationalen Markt. ABECOR - überall da, wo Sie uns gerade brauchen. ABECOR bietet Ihnen und Ihren internationalen Geschäftspartnern die Leistung einer weltweit starken Organisation, die sowohl an Ihrem Heimatort als auch international flexibel und kapitalstark ist. Die Mitgliedsbanken von ABECOR sind in 120 Ländern mit 12.000 Geschäftsstellen vertreten. Und Abecorcredit, unser Spezialservice für Übersee-Geschäfte, regelt für Sie auch schwierige Transaktionen in ausländischer Währung. ABECOR - schnell, flexibel, individuell. Ob internationale Know-how, individuelle Beratung oder schnelle, detaillierte Information - der weltweite ABECOR-Service bietet Ihnen das alles. Und immer an Ort und Stelle.

Die ABECOR-Partnerbanken:
ABN (Algemene Bank Nederland)
Banca Nazionale del Lavoro
Banque Bruxelles Lambert
Banque Nationale de Paris
Barclays Bank
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG (HYPO-BANK), München
Dresdner Bank AG
Österreichische Länderbank
Banque Internationale à Luxembourg
Banque de la Société Financière Européenne



Dresdner Bank und HYPO-BANK sind Ihre ABECOR-Partner in der Bundesrepublik Deutschland.

Frau Schuchardt, Kultur und der Rotstift

Die Finanzprobleme um die „Fabrik“ und die Staatsoper lassen die Kritiker der Senatorin lauter werden

Von UWE BAHNSEN

Hamburgs linksliberale Kultursenatorin Helga Schuchardt bläst nach knapp dreiviertel-jähriger Amtszeit ein kalter Wind ins Gesicht: Kritik kommt aus allen Richtungen. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte die ebenso streitbare wie eloquente Ex-Freidemokratin nach seinem Wahlsieg vom 19. Dezember als „Traumbesetzung“ in die Landesregierung geholt, und das mit breiter Unterstützung durch die Partei.

Bei dieser Entscheidung waren politische und persönliche Motive gleichermaßen im Spiel: Dohnanyi fand, Helga Schuchardt deckte vorzüglich das sozialliberale Spektrum seines Wahlpotentials vom 19. Dezember ab, und zudem mag er sie einfach, weil er sie für intellektuell und courageig, zudem auch für sehr charmant hält.

In den Geldinstituten schüttelt man den Kopf

Inzwischen freilich zeigt sich, daß diese Attribute allein nicht ausreichen – schon gar nicht in einer Zeit, in der es bis auf weiteres nichts mehr zu vertellen gibt, sondern in der der Rotstift regiert. Helga Schuchardt hat die politischen Luftströme, die sie jetzt frontal zu spüren bekommt, weitgehend selbst erzeugt. Im Senat sieht man mit Sorge, wie sich mangelnde Fortuna der Senatorin in diesen Tagen ausgerechnet in zwei Institutionen manifestiert, die für die ganze Bandbreite der hantseatischen Kulturpolitik – und für ihre zunehmenden Probleme – typisch sind.

Bei dem Vorsitzenden des bürger-schaftlichen Haushaltsausschusses, dem erfolgsgewohnten Wirtschafts-anwalt Gerd Weiland (SPD), mußte

Helga Schuchardt sich mit einem Bitt- und Bettelbrief soeben für das weit über Hamburgs Grenzen hinaus bekanntgewordene Altonaer Kommunikationszentrum „Fabrik“ verwenden – vor allem für alle Linken in der Hansestadt der vertraute Schauspielplatz von Polit-Feten aller Art. Diesem Unternehmen, das der SPD-Senat schon einmal generös saniert hat, steht mittlerweile wieder das Wasser bis zum Hals. In ihrem Brief an den „sehr geehrten Herrn Dr. Weiland“ teilt die Senatorin, die bislang die „Fabrik“ und ihr zumeist undurchsichtiges Geschäftsgeheim fast pau-



schal und mit geschlossenen Augen verteidigt hat, dem Haushaltsaus-schuß mit, es sei ein akuter Liquiditätsengpaß entstanden.

Das ist eine beschönigende Umschreibung der Tatsache, daß Gehälter, Steuern und Sozialversicherungsabgaben nicht mehr pünktlich gezahlt werden können. Schon muß „Fabrik“-Chef Horst Dietrich seine Angestellten in einer nur ihm bekannten zeitlichen Abfolge mit Verrechnungsschecks entlohnen – in der Hoffnung, daß sie seiner Bank nicht sogleich vorgelegt werden. In den Geldinstituten schütteln die Manager stumm den Kopf, wenn ihnen der Wunsch nach Überziehungskrediten für die „Fabrik“ vorgetragen wird. Ende August, so heißt es in dem Schuchardt-Brief, waren über 27 000 Mark an Gehältern fällig. Das Finanzamt wartete auf mehr als 75 000 Mark; für die Sozialversicherung waren zu diesem Zeitpunkt 43 000 Mark noch nicht abgeführt. Die Verbindlichkeiten belaufen sich bereits auf über 350 000 Mark, und in diesem Betrag sind Mietforderungen der Kulturb-

börde von rund 260 000 Mark noch nicht einmal enthalten.

Die Kultursenatorin hatte keine Bedenken, den Haushaltsexperten des Parlaments mitzuteilen, daß ihre Behörde nicht einmal eine ordnungsgemäße Senatsvorlage über Hilfsmaßnahmen für die „Fabrik“ zustande bringt – jedenfalls nicht jetzt. „Leider“ seien die Arbeiten darin infolge der „starken Belastung des zuständigen Referats noch nicht so weit gediehen, daß eine Senatsvorlage unmittelbar bevorstehe“.

Das andere Beispiel für die kultur-politischen Turbulenzen, mit denen Helga Schuchardt jetzt fertig werden muß, liefert die Hamburgische Staatsoper – das künstlerische „Flaggschiff“ der Stadt. In diesem Hause schlägt der Senat für 1984 in einer Weise zu, die den künftigen Intendanten Kurt Horres „pochende Sorge“ empfinden läßt. Wenn in dem Haus an der Dammtorstraße der Rotstift weiter so wüte, sei die Oper gegenüber Institutionen wie in München und Berlin nicht mehr konkurrenzfähig.

Hamburgs Staatsoper muß aus Geldmangel ihre international bekannte Experimentierbühne „Opera stabile“ schließen. Stellen werden gestrichen, auslaufende Verträge für technisches und Verwaltungspersonal nicht erneuert. Der Senat kann vertragliche Verpflichtungen im Hinblick auf die künstlerischen Betätigungsmöglichkeiten des gefeierten Ballettdirektors John Neumeier nicht einhalten, mit dem er demnächst Bleibeverhandlungen zu führen hat.

Selbst bei den Reinigungskosten wird gespart, und die Rathausreinigung samt der Opern-Aufsichtsvorsitzenden Helga Schuchardt kündigt nun rigoros am schmalen Geldbeutel ausgerichtet werden muß. Dafür aber werden die Preise erhöht: In der

kommenden Saison muß die Oper fast eine Million Mark mehr an Eintrittsgeldern hereinholen als in der vorigen. Von dem derzeitigen Intendanten Christoph von Dohnanyi, dem Bruder des Bürgermeisters, ist in dieser Situation kaum Hilfe zu erwarten – der Städtiregent auf dem Absprung nach Cleveland läßt sich lieber in den Konzertsälen des In- und Auslandes feiern.

Millionen für die linke Stadtteilkultur

Was sie der Oper mit der einen Hand aus den Rippen schneidet, gibt die Kulturpolitikerin Helga Schuchardt mit der anderen gern und aus Überzeugung für die links durch-wirkte Stadtteilkultur aus, die mit Millionenbeträgen massiv gefördert wird – Folge einer „Grundsatzent-scheidung“. Empfänger dieser Millionen sind die vielfältigen Kommunika-tionszentren, freien Gruppen und ähnlichen Vereinigungen, deren Ge-flecht sich über die ganze Hansestadt zieht. Wenn es sich dann noch ein-richten läßt, bei Veranstaltungen von Minderheiten als Schirmherrin auf-zutreten, etwa bei einem Festival von Anhängern der gleichgeschlechtli-chen Liebe, ist die Kultursenatorin mit Eifer dabei – Hauptsache links.

Es ist bezeichnend genug, daß der vielleicht schärfste Kritiker dieses Senatsmitglieds ein Schauspieler, Regisseur und überzeugter Sozialde-mokrat ist, der weiß, wovon er spricht: Friedrich Schütter, Chef des Ernst-Deutsch-Theaters. Er möchte das umgebaute und renovierte Ope-renhaus auf St. Pauli, derzeit Aus-weichquartier des Schauspielhauses, für die leichte Muse übernehmen und hat seine Offerte auf den Tisch gelegt. Aber er hört nichts: „Es wird nicht einmal um Rat gefragt. Es wird nicht mit uns gesprochen. Es wird über uns befunden.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Für Freiheit gestorben

Sehr geehrte Herren, anlässlich des bald heranstehenden Volkstrauertages bzw. Totensonntags erlaube ich mir, Sie auf Dinge hinzuweisen, die mich als Kriegsteilnehmer immer wieder beschäftigen, besonders wenn die immer wieder laut werdenden Äußerungen über die USA und deren Soldaten die Gemüter erhitzen.

Ich habe während des Krieges an den Fronten Polen, Frankreich, Rußland, Norwegen und Italien gekämpft; in Italien gegen die Amerikaner. Wenn wir auch damals Feinde waren, so haben die GIs doch letzten Endes auch ihr Leben für die Befreiung Europas gegeben. Um so unverständlicher ist die negative Haltung gegenüber den jungen US-Soldaten. Wir haben da doch die Pflicht, mora-

lisch etwas zu unternehmen, um das Ansehen des Landes und seiner Soldaten ins rechte Licht zu rücken.

So befindet sich ca. 25 km westlich von Aachen auf belgischem Gebiet ein beeindruckendes Monument für die Gefallenen im ostwärtigen Belgien und in den Ardennen. Auf dem Friedhof bei Foy (Bastogne) wurden 2700 Gefallene der Ardennenoffensive beerdigt. Auf dem Gräberfeld bei Henri Chapelle (an der Straße Aachen-Lüttich) sind 7899 Gefallene der USA beigesetzt.

Ich bin der Meinung, daß man auch solche Tatsachen den Lesern vor Augen halten sollte.

Mit freundlicher Empfehlung,
Reinhold Reich,
Aachen

Italien und Südtirol

Langsam darf jetzt wieder über Lang-messe stehen: WELT vom 24. September

Sehr geehrte Redaktion, mit großem Interesse habe ich den Beitrag von Peter Schmalz gelesen. Als langjähriger Besucher und Kenner dieser Region und ihrer Ge-schichte kann ich dem Verfasser eine kompetente Darstellung der dortigen Verhältnisse bescheinigen. Befremd-lich erscheint mir allerdings, daß er den Eindruck zu erwecken versucht, daß dem bundesdeutschen Besucher die deutsch-italienischen Konflikte ziemlich gleichgültig seien. Dies mag in Einzelfällen vielleicht zutreffen, aber im großen und ganzen kann man die Erfahrung machen, daß die stän-digen Besucher dieses Gebietes den Kampf der Südtiroler um ihre Rechte mit Sympathie und Anteilnahme ver-folgen.

Noch ein Weiteres: Wenn die Italie-ner die Anektion Südtirols mit dem

Hinweis auf 600 000 gefallene Alpini rechtfertigen, werden damit die Ak-zente völlig falsch gesetzt. Bekanntlich hatten im Ersten Weltkrieg die Alliierten mit dem Versprechen der Brennergrenze (und damit der Ein-vereibung Südtirols) Italien zum be-wogen, den Mittelmeerraum mit, den es durch den Dreierbund verbün-det war, den Krieg zu erklären. Eine eventuelle Rechtfertigung hätte an diesem Punkt einzusetzen. Nachdem das damalige Italien sich zu diesem Handel bereit erklärt hatte, wäre ihm als vereinbarte Belohnung für die „Umorientierung“ Südtirol ohnehin zu-gefallen, ganz gleich, ob nun 6000 oder 600 000 italienische Soldaten an der Alpenfront ihr Leben gelassen hätten.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt-Ulrich 't Hart,
Hamburg 70

Keine herrlichen Zeiten

„Verknüpfung bei den Beamten über das Gehaltswort“, WELT vom 21. September

Auf Geheiß des DGB protestierten 6000 Beamte in Hamburg gegen „Kürzungen“ bei der Beamtenbesol-dung, obwohl derartige – vom Fahr-kosten- und Essenszuschuß einmal abgesehen – bisher überhaupt nicht zutrifft. Die Netto-Unterschiede zwis-chen der verzögerten Besoldungsan-hebung 1983 von linear nur 2 Prozent und der zeitlich gestaffelten An-hebung der Tarife für Arbeitnehmer von 2 bis zu 3 Prozent sind infolge Erhöhung der Rentenversicherungs-beiträge minimal; dies aber haben die Gewerkschaften den Beamten sicher nicht zufällig verschwiegen!

Eine Benachteiligung der Beamten allerdings tritt ein, wenn Bund und Länder es bei der von Dr. Stoltenberg angekündigten Besoldungsrunde belassen würden. Die Tarifverträge laufen mit Juli 1984 aus; die ÖTV wird dann unverzüglich auf eine wei-tere Anhebung der Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer drängen, wenn diese auch wiederum unter der Inflationsrate bleibt. Da 70 Prozent der Beamtenschaft dem einfachen und mittleren Dienst angehören und sich oft in gleicher Verwendung mit Arbeitnehmern befinden, kann man diese Beamten nicht auf künftige „herrliche Zeiten“ vertrösten.

Bei der schwierigen Finanzlage und der Arbeitsmarktsituation sollte man intensiver über eine gestaffelte Anhebung der Beamtenebezüge und der Tarife für Arbeitnehmer im öf-fentlichen Dienst nachdenken. Der Post-schaffner ist schließlich weitaus mehr von der Teuerungsrate betrof-

fen als der Ministerialdirektor, dem ja monatlich noch DM 829,08 Ministe-rialzulage zukommen, für deren Be-rechtigung „oben“ immer noch nach einer Begründung gesucht wird! Die benötigten Haushaltsmittel könnten aus einer Vereinfachung der im Weihnachtsmonat gezahlten Sonder-zulage (sprich: 13. Monatsgehalt) aufgebracht werden, wie sie die Ministerpräsidenten Spöth und Strauß vorschlugen. Ein Grundbe-trag mit Zuschlägen für jedes Kind, der sich etwa an der jetzt gezahlten Sonderzulage für den mittleren Dienst orientierte, wäre eine echt so-ziale Maßnahme!

Joachim Deutel,
Hamburg 63

Wort des Tages

„Mir scheint manchmal, daß die erste menschi-liche Aufgabe in der ab-soluten Geduld besteht, als der am schwersten zu lernenden und am meisten versöhnlichen Erwerb. Der ewige Zwiespalt zwischen Ich und der Welt muß ir-gendwie versöhnt, auf-gehoben werden. Man muß sein Ich dem Werk opfern, ohne sich zu verlieren, ein großes Kunststück.“

Ernst Barlach, dt. Künstler und Dichter (1870-1938)

Deckungslücke

Den Beamten sagt man nach, sie würden eine Fülle von Privilegien genießen. Eingeweihte wissen, daß den nicht so ist. Im Gegenteil: die finanziellen Benachteiligungen, denen Beamte gegenwärtig ausgesetzt sind und die ihnen künftig drohen, sind schon bemerkenswert.

Zu einschneidenden Eingriffen ge-hören auch beabsichtigte Änderun-gen der Beihilfevorschriften. Auf-grund dieser Vorschriften hat der Staat seine Beamten im Krankheits-fall zu alimentieren. Dazu muß man wissen, daß Beamte nicht Kranken-versicherungspflichtig sind, in ge-setzliche Krankenkassen also nicht aufgenommen werden und daher – anders als Angestellte und Arbeiter – keinen Beitragsanteil vom Arbeitge-ber erhalten. Sie müssen sich daher auf eigene Kosten zu hohen Prämiën-leistungen selbst versichern. Um da-bei unzumutbare Belastungen zu ver-hindern, erstattet die Staat nach be-stimmten Bemessungssätzen einen Teil der Aufwendungen im Krank-heitsfall.

Diese Maßnahmen zugrunde liegenden Regelungen sollen nun so verändert werden, daß bei vielen Be-amten große Deckungslücken entstan-den und ihre im Vertrauen auf staatli-che Kontinuität getroffenen privaten Vorsorgeangelegenheiten über den Hau-fen geworfen werden.

Die Lösung des Problems ist ganz einfach: Die ohnehin – zu Unrecht – immer wieder als Privileg dargestell-ten Beihilfevorschriften in Krank-heitsfällen sollten erstlos aufgehoben werden. Den Beamten ist die Möglichkeit zu eröffnen, in die ge-setzliche Krankenversicherung ein-zutreten. In diesem Falle und auch bei Versicherung in der privaten Krankenversicherung hat der Staat – wie bei Angestellten und Arbeitern – einen Beitragsanteil 80 Prozent der Beitragsätze der gesetzlichen Kran-kenversicherung zu den Versiche-rungsprämien zu zahlen.

Jürgen Müller,
Verband der Beamten der
obersten Bundesbehörden
im Deutschen Beamtenbund
– Fachgruppe Bundesver-waltungshof –
Frankfurt am Main

Flagge zeigen!

„Zeit des Tages“, WELT vom 21. August
„Ich bin durchaus dafür, die Städte da von Arbeiten zu entlasten, wo Pri-vatfirmen besser arbeiten.“ So Dort-munds Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Günter Samtlebe (SPD) zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Nach Ansicht der CDU müssen die-sen Worten jedoch auch Taten folgen, denn derselbe Samtlebe, der jetzt als Präsident des Deutschen Städtetages an eine Privatisierung städtischer Dienstleistungsbereiche denkt und dabei erwähnt, daß nicht jedes Büro in der Verwaltung städtisch gereinigt werden müsse, lehnte 1982 einen ent-sprechenden Antrag der CDU-Frak-tion, die gesamte städtische Büro-reinigung zu privatisieren, zusam-men mit seiner SPD-Fraktion ab.

Die CDU-Fraktion hofft, daß bei einer der nächsten Abstimmungen über einen von ihr initiierten Privati-sierungsantrag der Oberbürgermei-ster „Flagge“ zeigt und zu dem steht, was er verkündet hat.

H.-H. Gosch,
CDU-Stadtratsfraktion,
Dortmund 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe – insbesondere zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto größer ist die Möglichkeit der Ver-öffentlichung.



Früher haben wir Bargeld gebracht.
Heute tauschen wir Datenträger aus.

Ihr Berater empfiehlt Ihnen:

Nützen Sie wie viele andere Unternehmen die Vorteile des beleglosen Zahlungsverkehrs. Sie ersparen sich Zeit, Geld und Risiken. Am besten rufen Sie gleich einmal an und vereinbaren ein Gespräch mit uns.



Personalien

ERNENNUNGEN

Mit zahlreichen Agréments versehen geht Dr. Johannes Reithberger in den südamerikanischen Raum. Der neue deutsche Antillenbotschafter ist für Antigua und Barbuda zustän-dig, für Barbados, Dominica, Grenada, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen und außerdem für das frühere britische Guyana und das ehemalige niederländische Guyana, heute Surinam. Seinen Dienst-sitz wird Botschafter Dr. Reithberger in Port of Spain, Trinidad und Tobago haben. Dr. Reithberger, 1934 in Aichach geboren, kam über das Stu-dium der Germanistik und Zeitungs-wissenschaft in den Auswärtigen Dienst, dem er seit 1953 angehört. Er war unter anderem Leiter des Gene-ralkonsulats in Basel und Botschaf-ter in Niger, von 1975 bis 1978 und anschließend Botschafter in Togo, von 1979 bis 1983. Trockener Kom-men-tar des Auswärtigen Amtes zu den zahlreichen Akkreditierungen auf den Antillen: „Den Posten müßte man eigentlich für einen Einhand-segler reservieren.“

Ulrich Schöning erhielt das Agré-ment als neuer deutscher Botschaf-ter in der Dominikanischen Repu-blik. Der gebürtige Bochumer, Jahrgang 1938, studierte zunächst evan-gelische Theologie, Geschichte und Griechisch in Bethel, Göttingen und in Davidson in den USA. Nach der

Prüfung für das Lehramt an Höhe-ren Schulen studierte er politische Wissenschaften in Paris und Amster-dam. 1968 ging er in den Auswärti-gen Dienst. Er war in Toronto und Guatemala auf Außenposten und gehört seit 1980 der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik im Aus-wärtigen Amt an.

Professor Dr. Ingolf Ruge, Ordina-rius für Integrierte Schaltungen der Technischen Universität Mün-chen und Direktor des Fraunhofer Instituts für Festkörpertechnologie, ist von Bayerns Kultusminister Pro-fessor Hans Maier erneut in den Beirat für Wissenschafts- und Hoch-schulfragen des Bayerischen Staats-ministers für Unterricht und Kultus berufen worden. Die Mitgliedschaft gilt für jeweils drei Jahre.

GEBURTSTAG

Oberstudiendirektor Clemens Christians, Präsident des Deut-schen Lehrerverbandes, wird heute 60 Jahre alt. Christians, CDU-Rats-mitglied in Hamm, wo er auch das Freiherr vom Stein-Gymnasium lei-tert, führt den Lehrerdachverband mit 114 000 Mitgliedern. Dem Deut-schen Lehrerverband gehören der Deutsche Philologenverband, der Deutsche Realschullehrerverband, der Verband der Lehrer an den Wirt-schaftsschulen und der Verband der Lehrer an den Berufsschulen. Ober-

studiendirektor Clemens Christians ist außerdem einer der präsidenten des Bundes Freies Wissen-schaft.

EHRUNG

Der frühere Bundesminister und ehemalige FDP-Chef Dr. Erich Men-de wird eine späte Ehrung durch den „Deutschen Marinebund“ erhalten, der ihn zum Ehrenmitglied macht. Im Marinebund hatte man sich einer Geschichte erinnert, die in das Kriegerische zurückreicht, und die Erich Mende in seinem Buch „Das verdammte Gewissen“ beschrieben hatte. Damals waren deutsche Offi-ziere in das Gefangenengefängnis 112. Schlesischen Division in Osthol-stein gekommen und hatten sich mit Major Mende und dem damaligen Hauptmann Franz Meyers, später langjähriger CDU-Ministerprä-sident in Nordrhein-Westfalen, über eine Sprengung des Marine-Ehren-mals Laboe unterhalten, die in Lon-don angeordnet war. Die Briten konnten von der Unmöglichkeit der Tat überzeugt werden, denn das Eh-renmal von Laboe erinnert an die Toten auf See bei der Handelschiff-fahrt. Das Ehrenmal Laboe in der Kieler Bucht blieb erhalten, was die Briten anschließend mit den deut-schen Gefangenen mit Whisky be-gossen“. Der Sprengung ange-stimmt, erinnert sich Erich Men-de, hatte damals bereits die neugegrün-dete SPD Kiel.

Kritik an Behinderung des Transitverkehrs

„ÖTV-Aktion in Berlin verstößt gegen alliierteres Recht“

F. D./b./DW, Berlin/Bonn
Auf scharfe Kritik sind in Berlin die Warnstreikaktionen der ÖTV gestoßen, die am Sonntag mehrere Stunden lang die Ausreise von Fernfahrern am Berliner Kontrollpunkt Dreilinden behinderten und gestern an der Autobahnstrecke Helmstedt nach Angaben der Polizei mit einer rund acht Kilometer langen Lkw-Schlange den Verkehr nach Berlin behinderten. Erst am Nachmittag löste sich der Stau in Helmstedt langsam auf.

Die ÖTV-Aktion in Berlin hatte mit dem Querschnitt eines Lkw auf der Zufahrt zum Kontrollpunkt begonnen. Als die Polizei mehrere Abschleppwagen auffahren ließ, löste sich die Blockade in Berlin nach drei Stunden langsam auf. Der Pkw-Ausreiseverkehr und der gesamte Einreiseverkehr nach Berlin wurde von den Gewerkschaftsprotesten nicht beeinträchtigt. Am Transitübergang Helmstedt kamen allerdings zahlreiche Pkw-Fahrer nur im Stop-and-Go-Tempo voran.

Der Berliner Justizsenator Hermann Oxford (FDP) wies gestern noch einmal darauf hin, daß die Behinderung des Gütertransitverkehrs von und nach Berlin durch warnstreikende Fernfahrer gegen alliierteres Recht verstoße. Nach der Verordnung 534 der Alliierten Stadtkommandanten vom 5. September 1963 könne bestraft werden, wer die Beförderung von Personen oder Gütern zwischen Berlin und den übrigen Teilen Deutschlands behindert, verzögert oder gefährdet. Solche Handlungen könnten mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 50 000 Mark geahndet werden.

Der Kritik von Oxford schloß sich gestern auch der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeier an. Der Politiker kritisierte, mit der Einbeziehung des Berliner Fernverkehrs in die Warnstreiks setze sich die Gewerkschaft klar über die übergeordneten Interessen der Stadt hinweg. Die Berliner könnten, so Straßmeier, kein Verständnis dafür aufbringen, daß eine deutsche Gewerkschaft auf die Lebensinteressen Berlins keine Rücksicht nehme.

Auch die Berliner Arbeitgeber verteilten die Blockade als „Verletzung lebenswichtiger Interessen der Stadt“. Die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände (ZBA) warf der ÖTV außerdem vor, sie behindere am Kontrollpunkt Helmstedt auch Transporte mit Lebensmitteln. Damit habe die ÖTV ihr Versprechen gebrochen, derartige Transporte nicht in die Warnstreiks mit einzubeziehen.

Während es zu Behinderungen durch die Warnstreik-Aktionen bei Aachen nach Belgien und Venlo nach den Niederlanden gekommen war, blieb es auf der meistbefahrenen Autobahn von und nach den Niederlanden zwischen Oberhausen über Emmerich nach Arnheim ruhig. Die von der ÖTV eingerichteten Informationsstände an der Autobahnstrecke Hünxe zwischen Oberhausener Kreuz und der deutsch-niederländischen Grenze bei Eilten wurden über Stunden nicht von den Fernfahrern angefahren. Drei Stunden nach Beginn des Warnstreiks und der begleitenden Aktionen wurde die Zahl der ÖTV-Funktionäre am Informationsplatz Hünxe stark verringert. Die siebenstündigen Flugblätter für ausländische Kollegen blieben liegen.

In Bayern und Baden-Württemberg kam es zu keinen Stauungen oder Zwischenfällen wegen des Warnstreiks.

Einer der Fernfahrer von den rund 150 Lastzügen, die sich am Warnstreik an der deutsch-niederländischen Grenze bei Venlo beteiligten, erklärte, daß die Geduld der Fernfahrer am Ende sei. „80 bis 100-Stunden-Wochen sind für uns das Normale. Von der Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Wochen können wir nur träumen. Ich möchte einmal erleben, nur 60 Stunden in der Woche hinterm Steuer zu sitzen. Deshalb stehe ich hier. Mein Bettzeug in der Kabine brauche ich praktisch nie zu wechseln. Zum Schlafen bleibt kaum Zeit.“ Der Fahrer, der bei einer kleinen Spedition in Norddeutschland mit zehn Lastzügen arbeitet, döst, wie viele seiner Kollegen, lieber einige Stunden auf einem Rasplatz hinter dem Lenkrad, bevor er unter Termindruck weiterfährt, wie er berichtet.

Hessen: Dritte grüne Gruppe meldet sich

Nea, Frankfurt

Das Verwirrspiel um die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in Hessen wird immer verwickelter. Nach der Landesversammlung der Grünen, die große Kooperationsbereitschaft signalisiert hat, und den sogenannten Fundamentalisten, die jede Verhandlung mit der SPD ablehnen, hat sich gestern ein „Landesweiter Friedensausschuß der Grünen Hessen“ gemeldet. Er formuliert, um „Widersprüche zwischen den Grünen und der Friedensbewegung“ zu vermeiden, acht unverzichtbare Bedingungen für Verhandlungen mit der SPD über den Haushalt '83. In einzelnen werden u.a. genannt die „Durchführung eines Volksentscheids über den Frieden“, die „Wideraufforderung der fast fertiggestellten Starbahn West, der Verzicht auf Infrastrukturmaßnahmen, die militärischen Zwecken dienen“ (als Beispiel wird der Weiterbau der Autobahnen A 60 und A 66 angeführt), keine Beteiligung hessischer Behörden an Planung und Durchführung von Manövern sowie „kein weiterer Ausbau von Gefängnissen“.

Jenninger: SPD stellt Bündnis in Frage

rtz, Bonn

In scharfer Form hat die Bundesregierung gestern auf die neuen Beschlüsse von SPD-Landes- und Bezirksparlamenten gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen reagiert. Der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger, erklärte, er „ohne Wenn und Aber“ aus dem NATO-Doppelbeschluss zur Raketenrüstung aussteigen wolle, stelle das Bündnis selbst in Frage. „Lippenbekenntnisse und papierne Zustimmung für die NATO sind wertlos, wenn sie mit der vorbehaltlosen Ablehnung des wichtigsten Beschlusses einhergehen, den die NATO in den letzten anderthalb Jahrzehnten gefaßt hat“, kritisierte der CDU-Politiker.

Jenninger hielt den Sozialdemokraten vor, sie seien im Begriff, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der deutschen Politik zu untergraben.

Kohlerunde: Lohnausgleich umstritten

Stoltenberg will keine neuen Tatbestände für Dauersubventionen schaffen

HEINZ HECK, Bonn

Die Finanzierung der Anpassungsschichten zur Senkung der deutschen Kohleförderung war das beherrschende Thema in der „Kohlerunde“, die ursprünglich für den 29. September geplant war und nun gestern unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn stattfand. Der Widerstand der Bundesregierung gegen die Gewerkschaftsforderung nach vollem Lohnausgleich dürfte auch der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß sich die Veranstaltung der Vertreter des Kohlebergbaus, der Industrie, der Gewerkschaften und der Bundesregierung (IG-BE) sowie der Kohleländer Nordrhein-Westfalen und Saarland länger als ursprünglich vorgesehen hinzog.

Nicht durch Stillelegung besonders unrentabler Zechen, sondern durch Anpassungsschichten soll nach dem Willen der Gewerkschaft die deutsche Kohleförderung dem voraussetzlichen mittel- und langfristigen Bedarf entsprechend um jährlich etwa zehn Millionen Tonnen heruntergefahren werden.

Die IGBE will sich allerdings nicht mit der Zahlung des Kurzarbeiter-

gelds in Höhe von 68 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens zufriedengeben. Bund und Länder sollen den Bergleuten vollen Lohnausgleich garantieren, also die restlichen 32 Prozent zuzahlen. Aus grundsätzlichen wie haushaltspolitischen Erwägungen ist Bonn zu einem solchen Zugeständnis nicht bereit.

Zum einen würde der Bund damit eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich finanziell unterstützen und damit entsprechenden Forderungen anderer Gewerkschaften neuen Auftrieb geben, also die Gefahr eines Präzedenzfalls schaffen. Nach einer Ersatzlösung wurde noch gesucht. Zum anderen will Finanzminister Gerhard Stoltenberg, der in der Sitzung durch seinen Staatssekretär Günter Ober vertreten wurde, keine neuen Tatbestände für Dauersubventionen schaffen.

Die Forderung des IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt nach einer auf fünf Jahre befristeten Zusage der öffentlichen Hand für vollen Lohnausgleich hatte daher in der gestrigen Runde keine Chance. Ihm wurde geraten, mit den Tarifpartnern, also den

Bergbauunternehmen – vor allem der Ruhrkohle AG als dem größten Kohleproduzenten – auszuhandeln, ob und inwieweit Zuschläge zu dem für alle Branchen geltenden Kurzarbeitergeld zu erreichen sind. Für die auf Bund- und Ländersubventionen angewiesenen Bergbauunternehmen dürfte der Spielraum allerdings nur gering sein – es sei denn, die öffentliche Hand erkläre sich bereit, gleichsam über die „Hintertür“ anderer Subventionen die Aufstockung des Kurzarbeitergelds zu finanzieren.

Auch andere Fragen des gestern erörterten Neun-Punkte-Katalogs zur Kohlepolitik wurden diskutiert. So will die Bundesregierung an der geltenden Importkohle-Regelung nicht rühren, während die übrigen Beteiligten sich überwiegend für zusätzliche Einschränkungen aussprachen.

Ferner will Bonn an der Investitionshilfe im bisherigen Rahmen festhalten und die Unterstützung der Kohle im Wärmemarkt auf derzeitigem Niveau belassen, während zum Beispiel der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen eine Aufstockung fordert.

IG Metall nennt Forderung für Stahlisanierung

rtz, München

Die Industriegewerkschaft Metall verlangt eine überbetriebliche Mitbestimmung bei der Sanierung der Stahlindustrie.

Beim Gewerkschaftstag der IG Metall in München forderte Vorstandsmitglied Rudolf Judith am Montag die Einsetzung eines Stahlausschusses, der sich aus Bund, Ländern, der Stahlindustrie und der Gewerkschaft zusammensetzen soll. Dessen Arbeit an einer Neuordnung der Stahlindustrie müsse auf die Sicherung der Stahlstandorte und der Beschäftigung in den Stahlbetrieben hinauslaufen.

Begleitet werden müsse die Neuordnung bei der Stahlindustrie durch ein soziales Begleitprogramm, verlangte Judith. Es müsse die folgenden Elemente enthalten: Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre, ohne daß dabei die Renten vermindert würden, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Haft für polnische Botschaftsbesitzer

AP, Lausanne

Sechs Jahre Zuchthaus für den 43-jährigen Anführer Florian Kruszyk, Gefängnisstrafe von zweieinhalb bis drei Jahren für seine drei Komplizen: So lautet das gestern verkündete Urteil des Bundesstrafgerichts in Lausanne gegen die Besitzer der polnischen Botschaft in Bern im September 1982. Damit ist das Gericht weitgehend den Anträgen des Staatsanwalts gefolgt.

In der Urteilsbegründung attestierte der Gerichtsvorsitzende Georg Messmer den Angeklagten zwar „ethisch achtenswerte Beweggründe“, doch könnten die angewandten Mittel damit nicht entschuldigt werden. Klar abgelehnt hat das fünfköpfige Richtertribunal die vom Hauptangeklagten ins Feld geführte Notstandssituation. Kruszyk wurde im vollen Umfang der Anklage schuldig gesprochen, also wegen Freiheitsberaubung, Nötigung, versuchter Erpressung von drei Millionen Franken Lösegeld, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Tumulte bei Shamirs Antrittsrede

Regierungsprogramm bleibt unverändert / Peres beharrt auf baldigen Neuwahlen

E. LAHAV, Jerusalem

Geladen war die Atmosphäre in der Knesset, als Itzhak Shamir, bisher Außenminister, im Beisein des Staatspräsidenten um ein Vertrauensvotum für seine neue Regierung aufstellte. Die Shamir in der Kleidung eines Ultraorthodoxen zeigte, über ihm eine Dollarsnote und dann die Aufschrift „nur so“ (der Kampftrübe von Beginn im Zweiten Weltkrieg geführten Untergrundbewegung). Erst als Knessetpräsident Savidor drohte, Ordnung einzusetzen, faltete die Abgeordnete Aloni die Kartongur zusammen.

Shamirs 20-Mann-Kabinettsrat ist bis auf einen Minister identisch mit dem vorigen. Shamir selbst behält das Außenministerium bei. Auch das frühere Regierungsprogramm wurde wörtlich übernommen außer dem Absatz, der die Annexion der Golanhöhe vorsieht – denn diese ist faktisch bereits vollzogen worden.

Als Shamir auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen kam und einen realistischen Wechselkurs für die israelische Währung, eine Senkung des Lebensstandards, eine gerechte Besteuerung, Förderung der Exporte und Einschränkung der Importe verlangte, wurde er von Peres unterbrochen: „Warum fordern Sie das? Warum haben Sie es statt dessen nicht selbst durchgeführt, als Sie in den vergangenen sechs Jahren ein nicht unwichtiges Mitglied der Regierung waren?“

Peres wies auf die schwache Mehrheit hin, auf die sich die neue Regierung stützt – im besten Fall 84 gegen 56. Er kündigte an, seine Partei werde ein Gesetz zur Auflösung der Knesset und zur Ausrufung von Neuwahlen einbringen. „Begin hat uns noch immer nicht enthüllt, warum er zurückgetreten ist... Trotzdem ist er bislang das einzige Regierungsmitglied, das aus dem Versagen der Regierung im Libanonkrieg die nötigen Konsequenzen gezogen hat.“

(SAD)
Seite 2: Nach Beginn

Das Thema der WELT am 12. Oktober '83



Auch auf der diesjährigen Buchmesse verschütten sich die Neuerscheinungen gegenseitig. Dabei drückt das Nichtgelesene stärker auf die Seele als das Gelesene.

Die WELT DES BUCHES bringt Ordnung in die Vielfalt des Bücherbergs '83. Auf 10 Sonderseiten rezensieren namhafte Autoren wie Golo Mann, Andreas Hillgruber, Hermann Lenz, Shalom Ben-Chorin, Armin Mohler, Otto F. Beer, Christian Ferber, Bernard Willms, Peter R. Hofstätter, Günter Petersen, Felix H. Man, Harald Vocke, Esther Knorr-Anders und Anne Uhde die wichtigsten Neuerscheinungen dieses Herbstes und erleichtern den Lesern der WELT die Auswahl.

Kaufen Sie sich diese Ausgabe der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probeflieferung kostenlos.
Anruf genügt: (040) 347 47 17

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 20 58 20, 2000 Hamburg 36

Gastleser-Coupon

Bitte schicken Sie mir die WELT zwei Wochen kostenlos und unverbindlich zur Probe

Vorname/Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Vorwahl/Tel.:

Die Aufgabe:
Hier liegen vier Quadrate aus sechs Streichhölzern. Mit der gleichen Zahl Hölzchen können Sie auch 5, 10, 13 und sogar 15 Quadrate bilden, wobei ein Ausgangsquadrat liegen bleiben muß.
(Weitere Streichholz-Aufgaben stehen in dem kostenlosen Büchlein „Streichholz-Spiele“, das Sie bei Honeywell Bull anfordern können, indem Sie uns das Bäumchen aus dieser Anzeige schicken.)

Die Lösung der nebenstehenden Streichholz-Aufgabe ist ein Beispiel dafür, daß man durch Nach- und Umdenken zu einer Lösung kommt, die völlig anders ist als die Ausgangslage. Wer sich heute einen Computer anschafft, möchte auch, daß sich über kurz oder lang die



Ausgangslage für sein Unternehmen ändert – durch mehr Informationen, mehr Effizienz, mehr Wirtschaftlichkeit.

Seit 50 Jahren sehen wir unsere Aufgabe darin, unseren Kunden mit intelligenten, dem technologischen Stand der Entwicklung entsprechenden Computerlösungen zu helfen, daß sie mit den Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft besser fertig werden. Durch Nachdenken und harte Arbeit haben wir den Platz ganz vorn unter den europäischen Computer-Herstellern erreicht und dabei manche Lösung gefunden, die neue Wege für die gesamte EDV-Entwicklung wies – unsere Datenbank-Konzeptionen, unsere Mini-Computer, das Mehrfach-Prozessoren-Konzept... Heute umfaßt unsere Produktpalette nicht nur Großrechner und Mikrocomputer und alle Zwischengrößen, sondern auch Dienstleistungen – Ausbildung, Beratung, Projektmanagement – Zubehör... Wir konzentrieren alles darauf, unseren Kunden praktikable, wirtschaftliche Lösungen, kurz – das entscheidende bißchen mehr anzubieten.

Besuchen Sie uns:
büro-data, Berlin, 12 – 15.10.83
SYSTEMS '83, München, 17. – 21.10.83

Seit 50 Jahren kompetent für
intelligente Lösungen – weltweit.

Honeywell Bull AG
Abt. W 4 · Theodor-Heuss-Str. 60 – 66
5000 Köln 90 (Porz) · Telefon 02203/305-0

Bull
COMPUTER

**Mit gleichem Aufwand
mehr zu erreichen, erfordert
konsequentes Denken.**

Unbeteiligte Streikopfer

In (London) - Das britische Automobilwerk Halewood von Ford ist vom Pech verfolgt. Zunächst war es im Frühjahr durch einen Ausstand von 3000 Mitarbeitern für etwa vier Wochen lahmgelegt worden, nachdem ein Montage-Arbeiter angeblich mutwillig ein Autoteil verbogen hatte und daraufhin fristlos entlassen worden war. Diesmal sind die Beschäftigten selbst Opfer eines Arbeitskampfes.

Seit fünf Wochen streiken die Fahrer eines Autotransport-Unternehmens, das normalerweise etwa 60 Prozent der Halewood Autoproduktion an die Händler ausliefert. Mehr als 13 000 Escorts und Orions warten so inzwischen auf den Abtransport. Der Geschäftsbetrieb blieb nichts anderes übrig, als die Produktion der beiden Modelle bis auf weiteres zu stoppen und die Hälfte der 8500 Mitarbeiter auf unbestimmte Zeit und bei nur 80 Prozent ihrer Basis-Bezüge freizustellen.

Es ist verständlich, daß die 200 Lkw-Fahrer, von denen angeblich bis zu 90 entlassen werden sollen, alles in ihrer Macht Ständige unternehmen, um dieses Schicksal abzuwenden. Doch das Streikmittel ist völlig unangemessen, wenn Tausende unbeteiligte Automobilarbeiter deswegen erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen und letztlich ebenfalls um ihre Arbeitsplätze bangen müssen.

Schuffahrt

Es ist dies das alte Leid der britischen Gewerkschaftszene, die keinerlei Rücksichtnahme kennt und ohne ausreichenden gesetzlichen Rahmen weiterhin unhaltbare Zustände provoziert, auch wenn die Zahl der Streiks in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Hier gibt es bei der anstehenden weiteren Reform des Gewerkschaftsrechts noch einiges zu tun.

nl - Noch bevor die erste Schneeflocke vom Himmel gefallen ist, drohen im Sportartikel-Einzelhandel Süddeutschlands die Preise insbesondere für Skiausrüstungen auf die Rutschbahn zu geraten. Auslöser für die Schuffahrt der Preise ist die Liquidation der WM Sport GmbH, die mit 46 Verkaufshäusern in den Städten Baden-Württembergs und im bayerischen Schwaben zu den großen deutschen Unternehmen dieser Sparte zählt. Groß ist deshalb auch das Wehklagen aus der Branche. Denn jetzt gilt es, acht Wochen lang mit den um bis zu 50 Prozent reduzierten Preisen dieser Gruppe beim Wettkampf um die Kundengunst mithalten. Dabei tut sich der Sportartikelhandel schon schwer genug, die schmalen Breiten unter Anpreisung neuer technischer Errungenschaften und modischer Farbkonzepte unter die Leute zu bringen. Nicht zuletzt sind infolge des vergangenen schneearmen Winters viele Händler für ihrer Ware sitzengelassen. Die Startbasis der Branche für die neue Saison ist also denkbar ungünstig.

EG-MINISTERRAT / Tiefgreifende Divergenzen über die Schlüsselprobleme

Diskussion um Reform der Agrarpolitik steckt noch immer in den Anfängen

Den Beginn wirklicher Verhandlungen über die Reform der Europäischen Gemeinschaft erhoffen sich EG-Kreise von der dreitägigen Sonderkonferenz des Ministerrates, die gestern in Athen eröffnet wurde. Die bisherigen Beratungen über die eng miteinander verbundenen Probleme der Agrar- und Finanzreform haben kaum mehr als Gegenüberstellungen unterschiedlicher Positionen gebracht. Bis zum nächsten Gipfeltreffen Anfang Dezember bleiben jetzt nur noch acht Wochen.

An der Ratssitzung nehmen diesmal nicht nur die Außen- und Finanzminister, sondern auch die Agrarminister teil. Ihr „Dossier“ ist bisher am wenigsten vorangekommen. Während sich bei den Problemkreisen „Neue Politiken der Gemeinschaft“ keine allzu großen Meinungsunterschiede auftraten und bei der Suche nach gerechteren Beitragsbedingungen für die Mitgliedsländer allmählich kompromissfähige Modelle ins Spiel kommen, steht die Reform der Landwirtschaftspolitik noch immer am Anfang. Ein Resümee des Generalsekretärs des Rates zum Stand der Gespräche spricht von „tiefgreifenden Divergenzen über die Schlüsselprobleme“.

Die Vorgespräche auf Experten- und Ministersebene haben sich vor allem auf fünf Fragen konzentriert: die Einführung von Garantieschwellen für Erzeugnisse mit strukturellen Überschüssen, den Abbau der Währungsungleichheiten, eine Überprüfung der geltenden Beihilferegeln, eine „kohärentere“ Außenhandelspolitik sowie Möglichkeiten für eine bessere Kontrolle der Kosten.

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu den wichtigsten Problemen der Reform der Agrarpolitik gehören vor allem Vorschläge der Briten und Holländer, die Agrarausgaben, die gegenwärtig rund zwei Drittel des Gesamtbudgets ausmachen, durch eine besondere EG-Verordnung auf einem niedrigeren Anteil zu „zementieren“.

Am meisten Kopfzerbrechen bereitet nach wie vor die Kostenexplosion im Milchsektor. Der Vorschlag der EG-Kommission, für alle Milchereien Produktionsquoten festzulegen und die über diese Kontingente hinausgehenden Mengen mit einer „Superabgabe“ von 75 Prozent des Interventionspreises zu belasten, trifft auf entschiedenen Widerstand Frankreichs, Irlands und Belgiens. Diese Länder fürchten um die Einkommenssicherung für ihre zahlreichen kleinen Milchzeuger. Sie treten eher für eine nach der Produktionsmenge gestaffelte „Mitverantwortungsabgabe“ oder für ein Quotensystem ein, das auf Einzelbetriebe abgestellt ist.

Kostendämpfungen durch Preisreduzierungen, wie sie zum Beispiel durch Großbritannien angestrebt werden, hält die Kommission für politisch nicht realisierbar. Um einen gleich großen Einsparungseffekt zu erzielen wie bei der Einführung eines Quotensystems, müssten nach ihren Berechnungen die Preise um zwölf Prozent gesenkt werden. Dies sei ohne einen direkten Einkommensausgleich für Kleinbauern kaum möglich, der wiederum die Einsparungen um die Hälfte reduzieren würde.

Festzustehen scheint, daß eine große Mehrheit der Delegationen für eine schnellere Beseitigung der Währungsausgleichsbeträge im Handel plädiert. Diese Position trifft auf entschiedenen deutschen Widerstand. Bonn hat sich bisher den Kommissionsvorschlägen für einen automatisierten Abbau der bestehenden Grenzausgaben in zwei Jahren und der künftigen in drei Stufen zur Wehr gesetzt. Seine eigene Anregung, die Ausgleichsbeträge nach den „grünen“ Kursen der jeweils härtesten Währung zu berechnen (was Preisensenkungen für die deutschen Landwirte ausschließen würde), fand bisher kein Gehör.

Wie es scheint, sind die Agrarprobleme überhaupt nur im Zusammenhang mit den Entscheidungen über die künftige Finanzverfassung der EG zu lösen. Besonders die divergierenden Interessen Frankreichs und Großbritanniens dürften nur dann auf einen Nenner zu bringen sein, wenn es gelingt, das leidige britische Budgetproblem aus dem Wege zu räumen.

HWWA

Die Banken verschärfen die weltweite Verschuldungskrise

VWD, Hamburg
„Durch falsches Verhalten verschärfen die Banken die internationale Verschuldungskrise.“ Der Hamburger Verschuldungsexperte Rainer Erbe hält ein Umdenken auf Seiten der Gläubiger für dringend geboten. Angesichts der sich zuspitzenden Verschuldungskrise seien aus Kreisen der Geschäftsbanken immer häufiger Vorschläge zu hören, die alle mehr oder weniger verbrämt forderten, daß die westlichen Regierungen und Notenbanken die entstandenen Risiken und Lasten übernehmen sollten.

Derartige Pläne, so schreibt Erbe in der vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, herausgegebenen Zeitschrift „Intercom“, die letztlich nur Symptome kurieren, seien überflüssig und schädlich. Dringend notwendig sei ein Umdenken auf Seiten der Gläubiger.

Wenn von der internationalen Verschuldungskrise die Rede ist, werden vor allem Brasilien, Mexiko und Argentinien als Hauptschuldnerländer genannt. Aber weltweit sind es über 40 Länder, die ihre Zins- und Tilgungszahlungen einstellen mußten; allen voran rangieren die südamerikanischen Länder. Heute, meint Erbe, ist das internationale Finanzsystem in größerer Gefahr als noch vor einem Jahr bei der erfolgreichen Regelung der Mexiko-Schulden.

Die Banken, so Erbe, hätten durch jahrelange unkümmerte Kreditvergabe viel zur heutigen Krise beigetragen. Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte habe sie inzwischen zwar gelehrt, daß auch Staaten Bankrott machen könnten, solche Pleiten aber eher überlebten als ihre privaten Gläubiger. Diese Erkenntnis drohe die Banken nun zu veranlassen, durch abermals falsches Verhalten die Krise noch zu verschärfen. Bedenklich erscheinen den Verschuldungsexperten neben der drastischen Drosselung der Kreditvergabe und den immer kürzeren Kreditlaufzeiten, die die betroffenen Länder vor kurzfristig unlösbare Anpassungsprobleme stellten.

Viele Schuldner benötigen nach Ansicht von Erbe mehr als nur kurze Atempausen. Die immer wieder erforderlichen, mit einigen Ländern nahezu in Permanenz geführten Verhandlungen über Teilbeträge bänden bei Gläubigern wie bei den betroffenen Regierungen beträchtliche Ressourcen, schafften Unruhe und erschweren eine langfristig angelegte Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzung für eine politische Stabilisierung und eine wirtschaftliche Gesundung der Schuldnerstaaten sei.

Die Banken würden um eine maßvolle Vergabe neuer Kredite und um die zügige Umwandlung ihrer - de facto schon jetzt - eingefrorenen Außenstände in langfristige Verbindlichkeiten mit längeren Tilgungsfreien Perioden daher nicht herumkommen. Werde schnell und besonnen gehandelt, so erscheine die Weltverschuldungskrise nach wie vor als beherrschbar und längerfristig auch lösbar.

Langer Marsch

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

China - das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Um die Dimension abzustechen, griff Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff jetzt in seinem Gespräch mit Ministerpräsident Zhao Ziyang zu folgendem Vergleich: Bei mehr als einer Milliarde Menschen bringt es China auf ein Bruttoinlandsprodukt von 825 Milliarden Yuan, in der Bundesrepublik sind es 1390 Milliarden Yuan bei einer Bevölkerung von nur 62 Millionen.

Zwar gehört das Reich der Mitte gegenwärtig zu den wenigen Ländern, in denen die Wirtschaft floriert. Im vergangenen und in diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um jeweils rund neun Prozent höher ausfallen als in den vorangegangenen Perioden. Aber: Ein großer Sprung nach vorn ist dies angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus noch nicht. Der ist jedoch auch nicht geplant. Die Wirtschaftspolitik zielt vielmehr auf ein organisches Wachstum ab, was das Land verkraften kann und zu keinen abrupten Brüchen führt. Vorsicht ist eine Vokabel, die jetzt in Peking immer wieder benutzt wurde.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Verhandlungen und Verträge gesehen werden, die jetzt auf der 3. Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses zu Papier gebracht wurden, die zum Teil einen Fortschritt bedeuten. So drängt die deutsche Wirtschaft seit Jahren auf eine engere Zusammenarbeit beim Rohstoff. Es böte sich geradezu an, daß deutsche Firmen jetzt die Anlagen liefern und die Bezahlung später aus dem Verkauf der Rohstoffe erfolgen würde.

Der Ministerpräsident betont zwar, China wolle Rohstoffe zum Erwerb der Technologie zur Modernisierung der Wirtschaft einsetzen. Zugleich erläutert er jedoch: Zieht man eine Linie vom Nord-Osten zum Süd-Westen des Landes, so leben 90 Prozent der Menschen im Osten. Auf der anderen Seite liegen jedoch die riesigen Rohstoff-Vorkommen. Damit soll demonstriert werden, welche Infrastrukturprobleme, vor allem im Elektrizitäts- und in der Energieversorgung, zu lösen sind, bevor in größerem Maßstab an die Ausbeutung der Schätze herangegangen werden kann. Auch dabei sollen die Isländer helfen, und mehrere deutsche Firmen haben ihre Offerten abgegeben und es wird verhandelt. Peking will sich jedoch nicht im größten Maßstab im Ausland verschulden.

In diesem Jahrzehnt werde langsam angegangen, um möglicherweise in den nächsten Jahren mehr zu machen, erklärte ein Beamter aus dem zuständigen Peking-Ministerium. Die Öffnung nach außen ist langfristig angelegt, bis ins nächste Jahrhundert hinein, sagte Zhao Ziyang. Und gesehen werde nur das, was im chinesischen Interesse liegt, fügte Peking-Beobachter hinzu. Das dürfte auch für die Gründung von gemischten Gesellschaften gelten. Durch den Abschluß des Investitionsabkommens wurden jetzt zwar die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Wie die jedoch ausgefüllt werden, hängt weitgehend von den Chinesen ab, wie sich am Beispiel VW zeigt.

Die Wolfsburg hatten mit dem Shanghai-Unternehmen Shac einen Vertrag über ein Gemeinschaftsunternehmen ausgehandelt, das 20 000 bis 30 000 Santana im Jahr produzieren sollte. Denn gab es Schwierigkeiten, sollten die Absprachen nachgebessert werden. Über die Gründe lassen sich nur Vermutungen anstellen, und die gehen dahin, daß aus Peking quer geschossen wurde.

In welchem Umfang gemischte Gesellschaften gegründet werden, hängt auch entscheidend davon ab, ob die Produktion vorrangig in den Export gehen soll, wie ursprünglich beabsichtigt, oder ob auch der Binnenmarkt geöffnet werden soll, was jetzt der Ministerpräsident zugesichert hat.

Ideenreich sind die deutschen Unternehmen im China-Geschäft. So bezieht die Schloemann-Siemag AG, die um drei Jahre verzögert ein Kaltwalzwerk für den Stahlkomplex Baoshan liefert, bei der Ausarbeitung ihres Angebots für eine Warmbandstraße 40 chinesische Ingenieure. Die Kosten für den Deutschland-Aufenthalt werden zwar von Peking getragen. Die Aussichten für den Geschäftserfolg verschlechtern sich dadurch bestimmt nicht.

In der Pipeline sind weitere Projekte. Der Handel soll weiter bergauf gehen. Aber die Erwartungen sollten auch nicht zu hoch geschraubt werden. In China sind die Wege lang.

AUF EIN WORT



Reinhard Mohr, Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh. FOTO: DIE WELT

Festlegungsfrist wird überprüft

dpa/VWD, Bonn
Die Festlegungsfrist für Bausparverträge, die im Rahmen des Subventionsabgabengesetzes mit Wirkung vom 13. November 1980 von sieben auf zehn Jahre verlängert worden war, soll überprüft werden. Das hat jetzt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Regierungsfractionen zur Wohneigentumspolitik erklärt. Die Bausparförderung ist nach Ansicht der Bundesregierung ein wesentlicher Bestandteil der Wohneigentumspolitik. Vor allem junge Menschen würden durch die Bausparförderung angeregt, rechtzeitig regelmäßige Bausparleistungen für den Erwerb von Wohneigentum zu erbringen. Der Bausparanteil (angeparte Bauspargebühren, Bauspardarlehen) mache inzwischen ein Drittel der Gesamtfinanzierung des Wohnungsbaus aus.

AUSLANDSGESCHÄFT

Mehr Informationen über die Töchter deutscher Banken

dpa/VWD, Bonn
Einen besseren Einblick in die internationalen Geschäftstätigkeiten der Kreditinstitute strebt die Deutsche Bundesbank an. In einem am Montag veröffentlichten Schreiben an die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft weist die Notenbank darauf hin, daß sie über die inländischen Niederlassungen und über die Filialen deutscher Banken im Ausland durch die Meldungen zur monatlichen Bilanzstatistik und zum Auslandsstatus hinreichend informiert sei. „Dagegen liegen von den Auslandsfilialen lediglich Angaben über ihre Aktiv- und Passivgeschäfte mit Partnern in der Bundesrepublik vor“, wird bemängelt.

Das statistische Informationssystem weise erhebliche Lücken auf. Deshalb sollen die monatlichen Teilberichte in der Weise ergänzt werden, daß über die Auslandsfilialen in an-

nähernd gleichem Umfang wie über die Auslandsfilialen berichtet wird. Eine Vervollständigung der Meldungen über die Auslandsfilialen erscheine auch wegen der internationalen Verpflichtungen unumgänglich. Die Bundesbank, die von ihr entwickelten Entwürfe für eine vollständige bilanziell-statistische Meldung über die Auslandsfilialen deutscher Banken sowie für ihren Status gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik sollen am 25. Oktober in Frankfurt erörtert werden.

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geführte Statistik über die Verschuldung von Problemländern basiert bislang auf Meldungen wichtiger Gläubigerländer über die Kreditgewährung der in ihrem Bereich ansässigen Banken. Die Bundesbank entnimmt die Zahlen hierfür den Meldungen zum monatlichen Auslandsstatus der inländischen Bankniederlassungen.

HANDELSKAMMER TEHERAN

Chancen für Belegung des Deutschland-Geschäfts

dpa/VWD, Bonn
Eine baldige Wiederbelegung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Iran erwartet die deutsch-iranische Industrie- und Handelskammer in Teheran. Wie der Deutsche Industrie- und Handelsrat (DIHT) am Montag in Bonn mitteilte, stützt die deutsche Auslandskammer diese Einschätzung auf zahlreiche positive Anzeichen in Iran, wie abnehmende Auslandsschulden, steigende Devisenreserven und eine verstärkte Öffnung des Importhandels.

In ihrem jetzt herausgegebenen „Leitfaden für das Iran-Geschäft“ nennt die Kammer allerdings auch negative Faktoren. Dazu gehören die Ölpest im Persischen Golf, die kriegsbedingten Infrastrukturmängel bei der Energieversorgung und dem Transportwesen. Andererseits werde der private Sektor immer mehr für industrielle Investitionen geöffnet und mit staatlichen Förder-

maßnahmen unterstützt. Als weitere Signale für eine zunehmende Liberalisierung wird registriert, daß vermehrt Ausreise-Visa an Iraner erteilt und Devisenkonten für iranischen Banken genehmigt werden.

Nach einem Ende des Krieges zwischen Iran und Irak werden „besonders kräftige Geschäftsimpulse für die deutsche Wirtschaft erwartet“. Dabei ergebe sich für Iran aus dem Ende des Krieges eine monatliche Haushaltsentlastung von etwa einer Milliarde Mark, mögliche Reparationszahlungen Irans in Höhe von 500 bis 800 Millionen Mark und ein Abbau des erzwungenen Konsumverzichts der Bevölkerung.

Der erwähnte Leitfaden für das Iran-Geschäft enthält praktische Tipps zu Importbestimmungen, Vertrags- und Garantietexten, Zahlungsabwicklung, Eröffnung von Konten, Transportwesen und Einkaufsorganisationen.

STEUERLAST

Franzosen zahlen am meisten

AP, London
Die Franzosen und die Niederländer zahlen die höchsten Einkommenssteuern, während die Bundesbürger international im Mittelfeld rangieren. Nach einer am Sonntag von der „Sunday Times“ veröffentlichten Statistik der britischen Steuerbehörden überweist ein Lediger in Frankreich durchschnittlich 43 Prozent seines Einkommens an den Fiskus. Kaum besser geht es den Niederländern mit einer Steuerquote von 42 Prozent, während die Deutschen mit 37 Prozent schon deutlich zurück an dritter Stelle liegen.

In Schweden, das allgemein als Land mit besonders hoher Steuerlast gilt, muß ein Unverheirateter dagegen lediglich durchschnittlich 35 Prozent seines Einkommens an das Finanzamt abführen. Für die Briten liegt der Satz bei 32 Prozent, für die Italiener und Amerikaner bei 24 und für die Japaner bei 22 Prozent.

ÖL-VERSORGUNG / US-Sandkastenspiele für den Fall einer Schließung der Straße von Hormuz

Lieferausfälle sind zum größten Teil auszugleichen

H.A. SIEBERT, Washington
In Sandkastenspielen proben US-Ölfeldleute den Ernstfall, nachdem Frankreich fünf Super-Exocet-Raketen Kampfflugzeuge, die Exocet-Raketen abfeuern können, an Bagdad ausgeliefert hat. Laut James Akins, früherer amerikanischer Botschafter in Saudi Arabien und heute Berater großer Mineralölkonzerne, ist er nun kaum noch abzuwenden. „Auf dem Fuße folgt die Schließung der Straße von Hormuz durch Teheran.“

Indes, die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Konsens besteht darin, daß eine Unterbrechung der Öllieferungen aus dem Persischen Golf zwar die internationalen Ölmärkte kräftig durchwühlen werde, wird und sich die Preise etwa verdoppeln. Nach Ansicht der Standard Oil Company of California ist eine solche Reaktion aber mehr psychologisch bedingt. Eine echte Ölknappeit werde es nicht geben, er-

klärte ein Sprecher des Unternehmens.

Folgt man Berechnungen der Standard Oil Co. of Indiana, dann können Lieferausfälle durch Ölproduzenten außerhalb der arabischen Welt „zum größten Teil oder sogar ganz“ ausgeglichen werden. Wenn Irak und Iran ihre Exporte gegenseitig völlig blockieren sollten, wird das Minus auf täglich 340 000 Tonnen veranschlagt. Dem stehen allein 1,36 Millionen Tonnen freie Förderkapazitäten innerhalb der Organisation der Erdöl-export-Staaten (Opec) und 408 000 Tonnen außerhalb der gesamten Golfregion gegenüber.

Kritisch würde es also erst, wenn Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Anrainer des Persischen Golfs als Lieferanten ausfallen. Dann reduziert sich die verfügbare Ölmenge um täglich 1,1 bis 1,2 Millionen Tonnen. Bei der Standard Oil Co. of Indiana

schließt man eine solche Entwicklung jedoch aus. Eine Schließung des gesamten Golfs für viele Wochen sei undenkbar, weil sie von den Industriestaaten nicht hingenommen würde, heißt es.

Amerikanische Ölfirmen gehen davon aus, daß im Ernstfall die Lieferungen nur für wenige Tage unterbrochen werden. Die Vorräte reichen dagegen für mehrere Monate. Nach einem fast zweijährigen Lagerabbau haben die amerikanischen Unternehmen im Mai damit begonnen, ihre Reservetanks wieder aufzufüllen.

Hinzu kommt, daß sich die strategische Ölreserve der USA verdreifacht hat. In den Salzdomen des Bundesstaates Louisiana lagern heute 49 Millionen Tonnen. Als Ziel hat der Kongreß 136 Millionen Tonnen gesetzt. Um die Vorräte möglichst lange zu strecken, würde die Reagan-Admini-

stration, wie aus ihrem jüngsten Energiebericht hervorgeht, die Verteilung der Marktkräfte, also den Preis, überlassen. Störungen in der Golf-Region werden wir aber wegen der allgemeinen Ölverschwenne kaum bemerken“, beteuerte jedoch US-Energieminister Model.

Die USA verbrauchen heute weniger Öl als im Jahre 1970. Gemessen am Krisenjahr 1973, sind die Öleinfuhren um 27 Prozent gesunken. Die arabischen Lieferanten, die sich vor zehn Jahren am Embargo beteiligten, deckten in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur noch 2,3 Prozent des amerikanischen Bedarfs. Angeführt wird die Liste der zehn wichtigsten Lieferländer jetzt von Mexiko, Kanada und Großbritannien.

Von Krisenstimmung ist in den USA auch wenig zu spüren, weil sie im Tagesdurchschnitt selbst nahezu 1,2 Millionen Tonnen Öl fördern. Das sind 60 Prozent des Verbrauchs.

erdgas
IST EINE SAUBERE SACHE.

دکتران سلامت

DER ERDGAS-ENERGIESPAR-SERVICE: 02 01/184 3133.

ÄGYPTEN / Abhängig von Nachfrage nach Erdöl

Wirtschaftsplan gefährdet

HARRY SIMPSON, Kairo
Die Entwicklung der weltweiten Nachfrage nach Erdöl und die Bemühungen Ägyptens um höhere produktive Investitionen sind nach Ansicht von Wirtschaftsexperten entscheidend für den Erfolg des laufenden Fünfjahresplans. Wegen des Überangebots am Ölmarkt und daraus folgenden niedrigeren Ölpreisen sehen die Schwierigkeiten beim Erreichen der Ziele des Planes.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Haushaltsjahr zum 30. Juni, dem ersten Jahr des Fünfjahresplans, um 7,6 Prozent und blieb damit unter dem Ziel von 8,5 Prozent. Hauptgrund dafür waren um 500 Millionen Dollar niedrigere Einnahmen aus dem Export von Erdöl. Über die fünf Jahre des Planes soll das BIP im Schnitt um acht Prozent wachsen. Dabei soll das Schwerkraft auf höheren Investitionen in der Industrie und der Landwirtschaft liegen, statt auf einer Steigerung des Verbrauchs.

In den 70er Jahren gab es zwar ein schnelles Wachstum. Doch wurden Anstrengungen zur Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft durch den höheren Verbrauch der wachsenden Bevölkerung zunichte gemacht. Auf Kosten der Zahlungsbilanz mußte für den Verbrauch importiert werden.

Der stetige Anstieg der Ölförderung ab Mitte der 70er Jahre und die Zunahme des zur Ausfuhr verfügbaren Überschusses führte jedoch zu neuen Hoffnungen auf eine Modernisierung der Wirtschaft und eine Umkehr des Trends bei der Entwicklung der Zahlungsbilanz und des Haushalts, die beide wachsende Defizite aufwiesen.

Die Ölförderung Ägyptens stieg inzwischen auf über 750 000 Barrel pro Tag, wovon rund ein Drittel ausgeführt wird. Bis 1985 soll sie eine Million erreichen. Das Öl- und Gasgeschäft soll nach dem Fünfjahresplan jährlich um über 13 Prozent ausgeweitet werden und bis 1986/87 dann 19,2 Prozent des BIP ausmachen, gegenüber 15 Prozent 1981/82. Erdöl ist bei weitem der größte Devisenbringer Ägyptens. Sein Anteil am Export lag 1982/83 bei 68 Prozent.

Trotz des derzeit schwachen Ölmarktes zeigt man sich in Kairo optimistisch, daß die Pläne für die Ölbranche erreicht werden können. Zentralbankgouverneur Mohamed Amin Shalabi sieht für eine Revision der Ziele keinen Grund, und die Ölindustrie glaubt, die Nachfrage werde sich stark genug beleben, um den Plan einhalten zu können. Andere wichtige Posten für die Deviseneinnahmen Ägyptens sind die Einnahmen aus dem Suez-Kanal, die Gestärker-Überweisungen, der Tourismus und die Baumwollausfuhr.

Eines der zentralen Ziele im Fünfjahresplan ist die Erhöhung des Anteils der Industrieproduktion am BIP auf knapp 15 Prozent von 13,6 Prozent 1981/82. Sie soll über die Laufzeit des Plans hinweg jährlich um durchschnittlich 9,8 Prozent zunehmen. Auch die Agrarproduktion soll dem Plan zufolge um 3,5 Prozent wachsen, ihr Anteil am BIP aber abnehmen.

Die größten Industrien Ägyptens sind aber in Staatsbesitz und arbeiten in vielen Fällen nicht wirtschaftlich. Im Rahmen des Planes entfallen 75 Prozent der Investitionen auf den Staatssektor. Die private Industrie ist durch Kleinunternehmen charakterisiert.

FRANKREICH / Exporte leicht gesteigert - Importrückgang bei Automobilen

Binnennachfrage weiter geschrumpft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Unter dem Eindruck der französischen Austeritätsmaßnahmen von Ende März ist die Binnennachfrage im zweiten Quartal um real 1,4 Prozent geschrumpft. Trotzdem vergrößerte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent, nachdem es im ersten Quartal um 0,5 Prozent zurückgegangen war. Der Grund ist, daß die Exporte um real 2,7 Prozent gesteigert werden konnten, teilt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) in seiner jüngsten „Rechnungslegung“ mit.

Der Nachfrageeinbruch erklärt sich vor allem aus der um 3,2 Prozent verminderten Investitionstätigkeit. Dagegen stieg der Verbrauch der privaten Haushalte real um 0,5 Prozent, nachdem er im ersten Quartal um 0,4 Prozent zurückgegangen war. Aber nur der Dienstleistungssektor, der private Verbrauch von industriellen Erzeugnissen schwächte sich weiter ab (minus 3,9 Prozent im ersten Halbjahr).

Darunter hatten vor allem die Im-

porteur zu leiden. Nachdem sie ihren Absatz im ersten Quartal noch um real 2 Prozent steigern konnten, fiel die Einfuhr im zweiten Quartal um nicht weniger als real 5,3 Prozent. Von dem Importrückgang besonders betroffen waren Automobile, elektrische Haushaltsgeräte und Industrieausrüstung.

Die letzte Franc-Abwertung zahlte sich damit auf der Exportseite (es wurden 4,5 Prozent mehr Autos ausgeführt) wie auf der Importseite aus. Darüber hinaus verbesserte sich laut Nationalinstitut die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen auf dem Binnen- wie Auslandsmarkt wegen der Abschwächung des Lohnkostenanstiegs, der im zweiten Quartal nur noch 1,6 Prozent erreichte.

Außerdem konnten die Unternehmen ihre Erträge verbessern. Denn die industriellen Produktionspreise wurden - auch dank des Abwertungsvorteils für den Export - um 2,7 Prozent (nach 2 Prozent im ersten Quartal) angehoben. Dagegen ging

die Kaufkraft der privaten Haushalte (nach Steuern) um 0,3 Prozent zurück. Um trotzdem etwas mehr zu verbrauchen, sparten die Franzosen weniger (14,4 statt 14,5 Prozent ihres Einkommens).

Für das Gesamtjahr 1983 erwartet die Regierung immer noch einen durchschnittlichen Kaufkraftwachstums von 0,3 Prozent nach 0,3 Prozent 1982 und 0,6 Prozent 1981. Im nächsten Jahr aber rechnet sie mit einem Kaufkraftschwund von 0,4 Prozent, wie sich aus ihrer jetzt veröffentlichten Begründung zum neuen Haushaltsplan ergibt. Danach sollen 1984 die Preise um nicht mehr als 6 Prozent und die Löhne um durchschnittlich 6,4 Prozent steigen gegenüber 8 bis 9 Prozent in diesem Jahr.

Ein geringerer Lohn- und Preisanstieg sei notwendig, um zu verhindern, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs in einer der Beschäftigungs- und Einkommenswachstum belastenden Weise verschlechtert, heißt es in dem Bericht.

ISRAEL / Banken stellen Devisenhandel ein

Börse vorläufig geschlossen

E. LAHAV/dpa/VWD, Jerusalem
Die israelischen Banken haben am Montagvormittag jede Art von Devisenhandel eingestellt, weil sie neue Entscheidungen der Regierung in der finanzpolitischen Krise abwarten wollten. Wie Radio Jerusalem berichtete, schlossen die Devisenschalter auf Anweisung der staatlichen Bank of Israel um 11 Uhr (10 Uhr MEZ). Nach dem Run der Bevölkerung auf harte Währungen sei in vielen Geldinstituten der Devisenvorrat „ohnehin ausgegangen“, ergänzte der Sender.

Die Krise hatte begonnen, als die Bevölkerung in Erwartung einer Abwertung der Landeswährung, des Schekel, in den vergangenen Tagen große Summen an westlichen Devisen kaufte und dafür nicht nur Barvermögen, sondern auch Bankaktien einsetzte. Die Banken beschlossen, ihre eigenen Aktien nicht mehr zu stützen. Die Nationalbank verfügte eine vorläufige Schließung der Effektenbörse, um zu beratschlagen, wie

die Auswirkung dieses Schlages auf den Investitionsmarkt gemildert werden könne. Fachleute im Finanzministerium äußerten Befürchtungen über eine Welle von Konkursen.

Hier handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Fehlspekulation. Bankaktien in Israel galten bisher als goldene Gänse. Bei allen wiederkehrenden Baissen blieben sie unversehrt, weil die Banken ein eingebautes Interesse an der Erhaltung der Kurse hatten. Wann immer nötig, saugten sie Angebote auf. Die Bankaktien brachten nicht nur regelmäßige Dividenden, auch der Kursanstieg übertraf die Inflation bei weitem. So stieg der Lebenshaltungskostenindex in den ersten acht Monaten des Jahres um 71,4 Prozent, doch die Stammaktien der drei Großbanken („Leumi“, „Discount“ und „Hapoalim“) notierten im Durchschnitt 130 Prozent mehr.

Die Börse soll erst wieder geöffnet werden, wenn der Finanzminister und die Bank of Israel Einzelheiten über die künftige Behandlung der Bankaktien ausgearbeitet haben.

BRASILIEN / Künftig freie Aushandlung der Löhne

Neue Sanierungsmaßnahmen

dpa/VWD, Rio de Janeiro
Brasiliens Regierung will die Aushandlung der Löhne und Gehälter künftig den Unternehmen und Gewerkschaften überlassen. Diese Maßnahme ist Teil eines Stabilisierungsprogramms, mit dem die brasilianische Regierung die stagnierende und gleichzeitig hochinflationäre Wirtschaft des Landes sanieren will.

Die freie Aushandlung von Löhnen und Gehältern soll in Etappen bis 1987 verwirklicht werden. Bisher wurden die Arbeitsentgelte nach staatlichen Index-Berechnungen festgelegt. Außerdem soll das Streikrecht liberalisiert werden.

Das Programm schreibt vor, daß die Löhne und Gehälter, die ein einzelnes Unternehmen insgesamt zahlt, jährlich um nicht mehr als 80 Prozent des Lebenshaltungskostenindexes

zunehmen dürfen. Doch innerhalb dieser Marge kann der Unternehmer die Gehälter künftig frei gestalten oder mit der Belegschaft beziehungsweise den Gewerkschaften aushandeln.

Das Stabilisierungsprogramm der Regierung, das auch noch diverse Steuer-Erhöhungen vorsieht und die Mietanpassungen regelt, soll an die Stelle eines in Brasilien umstrittenen Dekrets treten. Dieses Dekret schreibt vor, daß die halbjährliche Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation nach dem „Raschke-Prinzip“ bis auf weiteres 20 Prozent geringer sein muß als der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Es habe allerdings keine Chance, vom Parlament - wie erforderlich - nachträglich gebilligt zu werden.

SPAREN / Franzosen schichten um

Festverzinsliche und Aktien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Auf die inflationssensiblen, steuerfreien Volkspartbücher (LEP), die die sozialistische Regierung Mitte letzten Jahres geschaffen hat, sind bisher über zehn Milliarden Franc netto eingezahlt worden, davon 6,7 Milliarden Franc in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Die Mittel dafür wurden aber zum größten Teil den A- und B-Sparbüchern entnommen. Bei den ersten schrumpfte der Einlagenzuwachs gegenüber den ersten acht Monaten 1982 um 64 Prozent auf 2,5 Milliarden Franc, bei den zweiten um 77 Prozent auf 0,9 Milliarden Franc.

Per Saldo verblieb damit für die drei Sparbücher ein Zuwachs von zehn Milliarden Franc. Das waren drei Milliarden Franc weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Rechnet

man die übrigen Spareinlagen dieser Kategorie (Wohnungssparen, Sparkonten und Sparbons) hinzu, so verminderte sich die Sparsparität auf netto 16,1 (18,7) Milliarden Franc.

Andererseits nahm das Sparen in festverzinslichen Wertpapieren stark zu. Bis Ende August waren am Pariser Obligationenmarkt bereits 149,5 (144,2) Milliarden Franc umgesetzt worden. Dazu kommt die jüngste, von 15 auf 25 Milliarden Franc aufgestockte Staatsanleihe, die der Markt problemlos absorbierte. Für das Gesamtjahr 1983 rechnet man mit einem Emissionsvolumen von 200 Milliarden Franc gegenüber 155 Milliarden Franc 1982. Auch das Aktienparen hat sich günstig entwickelt. So stiegen die Umsätze der Pariser Aktienbörse im Berichtsschnitt auf 308,7 (137,6) Milliarden Franc.

Erholung: Dritte Welt einschließen

Hot Springs

Die Erholung der Wirtschaft in den westlichen Industriestaaten wird nach den Worten von Weltbankpräsident A. W. Clausen nur von kurzer Dauer sein, wenn sich das Geschäftsklima in den Ländern der Dritten Welt nicht bessert. Wie Clausen vor US-Unternehmern erklärte, kann das einseitige Wachstum der Wirtschaft in den USA und anderen Industriestaaten nicht lange anhalten, wenn es nicht zu einer Konjunkturbelebung in den Ländern der Dritten Welt kommt. Er sei optimistisch, daß die US-Regierung das selbst auferlegte Limit von 750 Millionen Dollar pro Jahr für die Weltbank-Schwesterorganisation IDA überdenken werde. Demgegenüber hätten Regierungsvertreter erklärt, man werde nicht mehr als 750 Millionen Dollar bewilligen.

JAPAN / Probleme durch Leistungsbilanzüberschüsse - HWWA-Studie vorgelegt

Besserung des Konjunkturklimas erwartet

VWD, Frankfurt
Die Wirtschaftspolitik Japans befindet sich in einem Dilemma. Zu diesem Urteil kommt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in seinem Bericht „Konjunktur von morgen“. Das Anschwellen der Leistungsbilanzüberschüsse mache eine Versärfung der handelspolitischen Kontroversen mit den anderen Industriestaaten wahrscheinlich, namentlich mit den USA, dem wichtigsten Handelspartner.

Gerade dies suche die bisherige Politik zu verhindern, indem sie eine Abwertung des Yen gegen den Dollar durch eine zurückhaltende Geldpolitik entgegensteuert. Zugleich aber wurde hierdurch die Entlastung der Inlandsnachfrage gehindert und so das Konjunkturklima gegenüber den USA verengt.

Nach wie vor stoßen in Japan Forderungen nach einer monetären Stabilisierung der Inlandsnachfrage auf

die Befürchtung neuer, zinsbedingter Abwertungstendenzen und damit einer Vergrößerung der handelspolitischen Probleme, konstatiert die Hamburger Wirtschaftsforscher. Vorschläge zur finanzpolitischen Anhebung der Inlandsnachfrage würden von der Regierung vor allem wegen des sich ohnehin abzeichnenden staatlichen Finanzierungsdefizits von etwa 3½ Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 1983 abgelehnt. Unter diesen Bedingungen sei in Japan - solange die Stärke des Dollars anhält - weder in der Geld- noch in der Finanzpolitik ein expansiver Kurs zu erwarten.

In dieser Situation wird die Entwicklung der Ausfuhr zunächst den entscheidenden Einfluß auf den Konjunkturverlauf in Japan behalten, betont das HWWA. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft sei offensichtlich trotz äußerster Selbstbeschränkung auch nach der merklichen Aufwer-

tung des Yen in den Monaten um die Jahreswende nach wie vor überaus groß. Japan dürfte daher nach Überzeugung des HWWA weiterhin überproportional am Nachfragesanierung in anderen Industriestaaten teilhaben.

Die entscheidende Frage für Japan ist nach Meinung des HWWA, in welchem Maße die vom Export ausgehenden Impulse die Inlandsnachfrage anregen. Auch wenn die Befürchtung erneuter handelspolitischer Erschwerisse gegenüber japanischen Produkten dämpfend wirkt, sei doch insgesamt, wie auch die wieder expansiven Lagerdispositionen andeuten, eine anhaltende allmähliche Besserung des Konjunkturklimas wahrscheinlich. Dies dürfte die Investitionsneigung ebenso stützen wie die angesichts des beschleunigten Produktionsanstiegs und verbesserter Preisrelationen im Außenhandel - mäßigen Lohnanhebungen in diesem Frühjahr.

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Bestellchein

Bitte befür Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 55,00, Luftversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift: _____

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Charlottenburg: Gerhard P. Krosch, Inh. v. Verlagsges. Bismarck/RBK Nachf. d. Bogen Stemmler, Kaufm.; Dornum: Castrop Zieglerwerk Lessenmüllers GmbH, Castrop-Zauxel; Essen: Werner Tolkander, Gebäudereiniger; Paderborn: MAFI, Fleider & Zimmermann GmbH & Co., Glattm/Schwartzwald; Heilbronn: KG u. Eigenheim KG, Bad Friedrichshall-Eingelände; KG u. BBF Baubeschäftigte & Co. Metall- u. Kunststoffzeugnisse, Nendeln; Münchener: Udo Urban Thelen,

Recklinghausen: Lönsig Verwaltungsges. mbH, Schenckel; Recklinghausen: DG Coating-Chemie GmbH; Recklinghausen (W.): Hermann Cordes, Bauunternehmer, Inh. d. Heinrich Cordes, Bauunternehmer; Saarbrücken: Nachf. d. Mathias Kort, Hausverwalter.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Paderborn: Louis Gähler GmbH & Co. KG; Witten: Service Bau- u. Betriebs GmbH, Geroldsdorf.

Vergleich eröffnet: Frankfurt/M.: Nachf. d. Arztes Dr. med. Wilhelm Schullenberg, Höchst; HP.R. Ruz Computer GmbH, Eschborn.

In kleinen Dingen sind wir so genau wie in großen.

Präzisionsgeräte aus Puerto Rico, U.S.A., können Sie ruhig mit jedem anderen Präzisionsgerät prüfen.

Woran denken Sie beim Namen Puerto Rico? Bestimmt nicht an künstliche Nieren, Herzschrittmacher, Kernstrahlungs-Absorptions-Meßgeräte oder elektronische Hilfsgeräte für Blinde.

Dennoch, Puerto Rico, USA, ist eines der führenden Produktionszentren für Präzisionsinstrumente. Nicht zuletzt durch die Ansiedlung von Herstellern medizinisch-technischer Geräte oder anderer hochempfindlicher Produkte der Meß- und Regeltechnik.

Mehr als 1000 amerikanische Unternehmen haben ihre Niederlassungen auf Puerto Rico. Davon gehören 550 Firmen zu den Herstellern hochtechnisierter Produkte. Sie allein beschäftigen über 60000 Mitarbeiter. Und warum? Weil die puertoicanischen Arbeiter geschickt und



Beweis für den hohen Leistungsstandard der Facharbeiter in Puerto Rico: Herzschrittmacher „Made in Puerto Rico“

produktiv sind. Sie lernen fleißig und schnell, auch schwierige technische Vorgänge.

Und die andere gute Seite von Puerto Rico ist das Thema Geld: Puerto Rico ist ein Teil der USA. Die Währung ist der US-Dollar. Der Warenverkehr in die USA erfolgt ohne Zollaufschläge. Außerdem hat Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von

den US-Behörden außerhalb des Festlandes autorisiert wurde. Und nicht zu vergessen: Ganz Nord-, Süd- und Mittelamerika liegt vor der Haustür.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standortbestimmung für Ihre Niederlassung, bei der Personalsuche und bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen für die neuen

Mitarbeiter. Was die Produktionsstätten angeht, bieten sich zwei Möglichkeiten: Entweder Sie bauen Ihre eigene „maßgeschneiderte“ Fabrik, oder Sie leasen eines der vorgefertigten Gebäude, die Ihnen die Regierung von Puerto Rico zu äußerst konkurrenzfähigen Bedingungen anbietet.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, USA, zu interessieren?

Das vielleicht beste Argument für Puerto Rico sind die gewinnträchtigen Erfahrungen von Unternehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz und die über 1000 namhaften Firmen aus den USA, die sich bereits für eine oder mehrere Produktionsstätten auf Puerto Rico entschieden haben.

Für viele Branchen haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an, schicken Sie uns den Coupon auf Ihrem Firmenbriefbogen, und Sie

bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluss.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 0611/74 26 44 und rufen Herrn Carl H. Jahns an. Unseren Mann in Frankfurt (Telex Nr. 4189257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Ich interessiere mich für eine Fabrikationsansiedlung in Puerto Rico, USA, und was andere Unternehmen dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> die Industrie für Präzisionsgeräte und für Meß- und Regeltechnik | <input type="checkbox"/> Freihandelszonen |
| <input type="checkbox"/> die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste | <input type="checkbox"/> das Arbeitskräfte-Potenzial auf Puerto Rico |
| <input type="checkbox"/> die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmöglichkeiten |
| <input type="checkbox"/> die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen | <input type="checkbox"/> Puerto Rico, USA. Eine solide Basis zur Kapitalbildung |
| | <input type="checkbox"/> die Infrastruktur |
| | <input type="checkbox"/> das Transport- und Verkehrswesen |
| | <input type="checkbox"/> Erfahrungsberichte von Investoren |

Name: _____

Firma: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

An Herrn C.H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1.



Puerto Rico, U.S.A.
We get things done

ienstag, 11. Oktober

thandel ein
eschlossen

wirkung dieses Schließens
wettbewerbsmarkt genährt
a. aufsteigende Preise
ine Welle von Konsum
handelt es sich nicht um
gliche Fehlspekulation. In
in Israel galten bisher die
anise. Bei allen wiederhol
üssen hiebei die unange
ie Banken ein eingebund
an der Erhaltung der Le
Wann immer nötig, we
ngebote auf. Die Bank
n, nicht nur regelmäßige
e Inflation bei werten. In
stabilisierungsmaßnahmen
cht Monaten des Jahres
at, doch die Stabilität
Großbanken (Leumi,
und Hapoalim) we
archschnitt 130 Prozent
Börse soll erst wieder ge
n, wenn der Finanz
ie Bank of Israel Ende
die künftige Beandlung
aktien ausgearbeitet sein

andlung der Löhne
maßnahme

amen dürfen. Doch bei
r Marge kann der Lohn
Jehälter künftig bei ge
mit der Belegschaft be
den Gewerkschaften

s Stabilisierungspol
erung, das auch und
er-Erhöhen von Lohn
anpassungen regel, als
eines in Brasilien we
als treten. Dies k
nt vor, daß die Infla
ssung der Löhne und
e Inflation nach den
Prinzip" aus auf we
geringer sein und d
der Lebenshaltung
allerdings keine Ch
anwort - wie erfor
sch gebilligt zu sein

um
und Aktien

die übrigen Spanie
Kategorie (Wohnung
Monat und Sparbank
spendete sich die
16.1 (19.7) M
in
währenddessen nahm die
vertraulichen Wertpa
für Ende August vom
Obligationenmarkt bei
11 Milliarden Franc
steht. Dazu kommt die
15 auf 20 Milliarden
kte Staatsanleihe, die
sternlich absorbierte. Für
Jahr 1983 rechnet man
ausgewählten von 30
Franc gegenüber 30
Franc 1982. Auch das
hat sich günstig ent
gen das Umsatz der
Börse im Berichtsj
7 (127) Milliarden

die vielleicht
seit Ihrem le

er, Sie wählen
11-74 26 44
Jahrs an. Urs
Telefon Nr. 41892
gut deutsch

Die Morgan Bank ist
eine der größten und
erfahrensten Banken
in der Welt. Wir haben
eine langjährige Erfah
rung im Kauf- und Ver
kauf von Unternehmen
und in der Akquisitio
n. Wir sind in allen
Wichtigsten Finanzze
ntralen der Welt vertre
tet. Wir können Ihnen
bei jeder Art von Kauf
und Verkauf von Unter
nehmen helfen. Wir
können Ihnen auch bei
der Finanzierung von
Unternehmen helfen.

ico, USA
ings done

Unternehmensbereiche verkaufen? Fusionieren? Firmen kaufen? Morgan findet für Sie den richtigen Partner



Andreas Prindl, Francis Depré und Georges van Erck, leitende Herren des Bereichs Merger & Acquisition in London. Links Margaret Campbell, verantwortlich für den Bereich Finanzanalyse.

Wollen Sie Ihr Unternehmen durch Akquisition erweitern, oder möchten Sie sich von einem Unternehmensbereich trennen, der nicht mehr in Ihre Strategie paßt? Dann sollten Sie mit der Merger & Acquisition-Abteilung der Morgan Bank Kontakt aufnehmen. Gerade im M & A-Bereich verfügen wir über langjährige Erfahrung. Dank unserer internationalen Klientele, einer ausgeprägten Erfahrung im M & A-Bereich und eines effizienten Teams von Spezialisten können wir Kauf- und Verkaufsinteressenten wo auch immer auffinden und zusammenführen.

Bei den bedeutendsten Transaktionen der letzten Jahre waren multinationale Konzerne involviert - fast alle Kunden der Morgan Bank. Wir kennen diese Gesellschaften, ihr Management und ihre unternehmerischen Ziele. Deshalb sind wir für alle, die an Kauf, Verkauf oder Fusion interessiert sind, genau der richtige Partner.

Es ist für Morgan eine Selbstverständlichkeit, jede Anfrage mit größter Vertraulichkeit zu behandeln. Dies gilt nicht nur nach außen, sondern auch hausintern.

Morgan verfügt über mehr als 100 Bilanzanalysten in 15 Ländern, d. h. über eines der größten und erfahrensten Analyseteams der Welt. Mit Hilfe elektronisch gespeicherter Daten über Branchen, Firmengrößen, Standorte usw. können wir eine Vielzahl von Unternehmen nachweisen und haben Einblick in ihre Kauf- bzw. Verkaufsabsichten.

Unser M & A-Service besteht zunächst aus intensiver Beratung, umfaßt Branchenanalysen sowie eine Vorauswahl grundsätzlich geeigneter Partner nach vorgegebenen Kriterien. Schließlich werden die ausgewählten Unternehmen analysiert und bewertet. Erst dann erfolgt die erste vertrauliche Kontaktaufnahme. Morgan's M & A-Team begleitet seine Kunden von den ersten Gesprächen über alle Preisverhandlungen bis hin zum Vertragsabschluß.

Sie können das gesamte Paket oder auch nur Teile dieser Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Unabhängig davon kann Morgan Sie auch darüber beraten, ob die ausgehandelten Konditionen angemessen sind, und weist Ihnen unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten die günstigste Finanzierung nach.

Der M & A-Bereich ist seit über 15 Jahren eine wichtige Spezialabteilung. Besondere Erfahrung haben wir im Verkauf von Unternehmensbereichen und bei großen internationalen Transaktionen.

Um Morgan's umfangreichen M & A-Service in Anspruch zu nehmen, müssen Sie nicht Kunde der Bank sein, da unsere Leistungen auf Honorarbasis abgerechnet werden.

Wenden Sie sich bitte für weitere Informationen an einen unserer Vice Presidents des europäischen Merger & Acquisition-Bereiches: Francis J. Depré, Andreas R. Prindl oder Georges van Erck, Morgan Guaranty Trust Company, 1 Angel Court, London EC2R 7AE; (01) 600-2300.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (06 11) 7 12 40.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

The Morgan Bank

Mitglied der FDIC

FREIE BERUFE / Existenzgründungen fördern

Gegen Arbeitsmarkt-Abgabe

GISELA REINERS, Bonn
Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Dietrich Rollmann, hat es als verfassungswidrig bezeichnet, wenn Selbständige zur Entrichtung einer Arbeitsmarkt-Abgabe herangezogen würden. Diese Forderungen tauchten immer wieder bei den Gewerkschaften und Teilen der SPD auf. Wie Rollmann gegenüber der WELT sagte, sei eine Arbeitsmarkt-Abgabe für die Angehörigen der freien Berufe und Selbständige eine „Sondersteuer“, für die eine Äquivalenz nicht gegeben sei. Die Selbständigen trügen schon über ihre Steuern zur Deckung des Defizits bei der Bundesanstalt für Arbeit bei – „das genügt“.

„Irgendwann muß Schluß sein, mit immer neuen Belastungen für die 2,5 Millionen Freiberufler und Selbständigen“, sagte der BFB-Hauptgeschäftsführer. Er zitierte ein Gutachten, das noch unter der sozialliberalen Koalition erstellt worden ist. Darin wird von Seiten des Finanzministeriums eine Arbeitsmarkt-Abgabe abgelehnt, weil dann auch Leistungen zugestanden werden müßten. Das sei zwar machbar, doch bedeute die Erhebung eines solchen Verwaltungsmehraufwand, daß z. B. die Finanzämter die Belastung nicht tragen könnten, während die Krankenkassen überfordert seien, die Einkommensverhältnisse der Selbständigen zu erfassen.

Es sei besser, Existenzgründungen zu fördern, meint Rollmann, denn die Erfahrung zeige, daß nach kurzer Zeit jeder Selbständige im Durchschnitt zwei Arbeitskräfte beschäftige. Sollte sich die Regierung aber mit Plänen für eine Arbeitsmarkt-Abgabe tragen, konterkarriere sie ihre eigenen Bemühungen um die Förderung des Mittelstands und verstärke das herrschende Klima der Unsicherheit.

VILLIGER / Neue Zigarrenfabrik eingeweiht

Mit dem Ergebnis zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, Bünde
Der kontinuierliche Rückgang des Zigarrenverbrauchs in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist nicht allein eine Folge des veränderten Konsumverhaltens. Wesentlich stärker beeinflusst wird diese Entwicklung von der hohen steuerlichen Belastung der Zigarre und der fehlenden Werbung der Zigarrenindustrie. Diese Ansicht vertritt Heinrich Villiger, Mitinhaber der Villiger Söhne GmbH, Waldshut-Tingen, anlässlich der Einweihung des neuen Werks in Bünde/Westfalen. Villiger forderte speziell in der Bundesrepublik eine kräftige fiskalische Entlastung, um die Branche mit ihrer „hohen Arbeits- und Lohnintensität“ nicht weiter zu gefährden.

In der Bundesrepublik produziert Villiger in den Fabriken Bünde, Berlin und Tingen jährlich 280 Millionen Zigarren und Zigarillos. Weitere 100 Millionen Stück werden vom Schweizer Stammbau, der Villiger Söhne AG, gefertigt. Den Gruppenumsatz

1982 beziffert Villiger auf rund 117 Mill. DM. Vom Umsatz der deutschen Tochter (73 Mill. DM) entfallen 57 Mill. DM auf die Zigarrenproduktion und 16 Mill. DM auf das reine Handelsgeschäft. Im Rahmen der Diversifikation wurde 1982 im Werk München eine Produktion für Zigarettenfiltertüten aufgebaut, die nach den Worten Villigers gut ausgelastet ist.

In der Schweiz produzierte Villiger neben Zigarren auch Rauchtobak. Zum Unternehmen gehört seit 1980 ferner eine Fahrradfabrik. In beiden Ländern beschäftigt Villiger rund 1000 Mitarbeiter, davon 600 in der Bundesrepublik. Zahlen zur Ertragsentwicklung will Villiger nicht nennen. Nach seinen Worten verdient aber das von der Zigarrenproduktion weniger abhängige Schweizer Stammbau besser als die deutsche Tochter. Insgesamt sei das Familienunternehmen jedoch auch vom Ergebnis her gesehen zufrieden. Die Entwicklung im laufenden Jahr lasse sich noch nicht endgültig absehen.

ENKA / Chemiefaser-Geschäft deutlich erholt – Nach langer Verluststrähne wieder schwarze Zahlen

Radikale Strukturbereinigung bringt erste Früchte

J. GEHLHOFF, Wuppertal
Um glatt die Hälfte auf jetzt noch 21 000 Arbeitsplätze hat der bei der Wuppertaler Enka AG konzentrierte europäische Chemiefaserbereich des holländischen Akzo-Konzerns in den letzten zehn Jahren seine Produktionskapazitäten in der EG abgebaut. Diese Restkur, bei der das bis Mitte 1984 auslaufende Werk Kassel schon voll mitgerechnet ist, kostete rund 750 Mill. DM an Sozialplänen, Teilwertabschreibungen und sonstigem Stilllegungsaufwand. Halbiert wurde dabei auch der Anteil der nun jeweils kostenoptimal auf nur ein Werk konzentrierten „textilen Krisenprodukte“ des Chemiefaserbereichs auf nur noch knapp 25 Prozent des Umsatzes von Enka-Europa.

Unter der milden Sonne einer noch zaghaften Wiederbelebung der europäischen Chemiefaserkonjunktur macht nun Vorstandsvorsitzender Hans Günther Zempelin für Enka-Europa nach den ersten drei Quartalen von 1983 eine schöne Bilanz dieser Restkur auf. Im Umsatz trotz Abwertens der vor Jahresfrist noch vorhandenen Verlustwerke (Antrim/

Nordirland, Breda/Holland, Enka Austria und Polyamidfaser in Kassel) noch ein leichtes Plus von 1 Prozent auf 3,2 Mrd. hfl (2,8 Mrd. DM), im Absatz mit 372 000 t nun „weitgehend“ Vollausslastung der verbliebenen Chemiefaserkapazitäten, im Export nun endlich nach langer Verluststrähne schwarze Zahlen. Diese stammten bis Mitte 1983 praktisch nur aus der kostensenkenden Strukturbereinigung, seitdem aber auch aus verbesserter Bruttospaße durch einen ersten Schub von Preiserhöhungen.

In Auslastung und Ertrag sieht Zempelin den Enka-Chemiefaserbereich nun in besserer Position als viele der europäischen Konkurrenten. „Wir ernten jetzt die Früchte der bei uns besonders radikalen Kapazitätsanpassung.“ Die Früchte freilich noch nicht. Auch wegen der steigenden Preise für Synthefasern Rohstoffe und Energie seien deshalb weitere Preiserhöhungen „unbedingt notwendig“.

Da wirkt offenbar auch die Markterholung appetitanregend. Immerhin

konnte die westeuropäische Chemiefaserindustrie ihren 1982 um 12 Prozent auf 2,48 Mill. t gesunkenen Gesamtumsatz bis Juli 1983 wieder um 5 Prozent über die Vorjahresmenge bringen, dies allerdings bei Absatzmagnation auf den westeuropäischen Märkten nur durch Exportanstieg in dritte Länder. Die Synthetika (drei Viertel aller Chemiefasern) schafften sogar ein Plus von 7 Prozent, wobei auch der Absatz auf den westeuropäischen Märkten um 3 Prozent zunahm.

Für den Enka-Chef ist diese im textilen wie im technischen Fasereinsatz spürbare Erholung zumal bei Textilfasern aber im weiteren Verlauf noch „mit großer Vorsicht“ einzuschätzen. Rasche Rückschläge könne man ja nun in dieser leidgeprüften Branche zu Genüge. Mehr noch: Insgesamt werde die europäische Textilproduktion und damit die europäische Chemiefasernachfrage „tendenzmäßig nicht wachsen“. Daraus zieht Zempelin zwei Folgerungen:

● Das von den Westeuropäern im Oktober 1982 unterzeichnete zweite

Brüsseler Abkommen zum weiteren Kapazitätsabbau (diesmal auch bei den Italienern) für textile Synthetika müsse strikt verwirklicht werden, um Angebot und Nachfrage in besseren Einklang zu bringen. Da ist noch nicht jeder gute Wille zur Tat geworden. Und vermeintlich „arbeitschaffende“ Subventionsänderungen sind auch wieder am Werke.

● Wachstum kann der Enka-Teil des Akzo-Konzerns nur noch mit neuen Produkten außerhalb des Textilfaserbereichs erzielen. Dazu gehören nicht nur im technischen Faserbereich, der insgesamt nur bescheidene Wachstumsraten erwarten lasse, die im Startloch stehenden Großproduktionen der hochfesten neuen Fasern Aramid (in Holland) und Kohlenstofffasern (in Deutschland). Das meiste vom Neuen zielt auf den schon jetzt mit Produktbereichen wie Membranen, technischen Kunststoffen und Kolloiden, Vliesprodukten und insbesondere Maschinenbau (Barmag mit 354 Mill. DM 1982er Umsatz) sehr ansehnlichen Nicht-Faserbereich.

Dyckerhoff 1983 nicht schlechter

WVD, Wiesbaden

Ein Ergebnis nicht unter dem des Vorjahres kündigt die Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr 1983 an. Durch die Belebung der Inlandsnachfrage hätten sich die vom Markt ausgehenden Probleme 1983 in der Schärfe gemindert, heißt es in einem Zwischenbericht des Unternehmens. Höheren Rohstoff- und anderen Kosten hätten Rationalisierungsmaßnahmen, auch im Personalbereich, sowie Preiserhöhungen gegenübergestellt. Im vergangenen Jahr waren 5 DM Dividende je Aktie gezahlt worden.

Bei einem um 0,7 Prozent auf 3,97 (Vorjahr 3,94) Mill. t erhöhten Gesamtumsatz im Konzern konnte die AG mit 3,63 (3,55) Mill. t gegenüber dem Vorjahr 3,2 Prozent zulegen. Der AG-Umsatz stieg, auch preisbedingt, um 5,2 Prozent auf 463,1 (440,3) Mill. DM. Während der Inlandsumsatz um 11,2 auf 390,0 Mill. DM stieg, ging der Exportumsatz um 18,4 auf 73,1 Mill. DM zurück. Die Belegschaft hat sich um 4,2 Prozent auf 2490 Mitarbeiter verringert.

Von der Kunstseide zur Kunstniere

Fast acht Jahrzehnte ist es her, daß die einst weltbekannte Firma Bernberg in Wuppertal-Barmen mit der Ansammlung von Know-how in der Umsetzung von Zellulose in Garne und Fasern und daraus abgeleiteten Membranen nach dem Viskose- und Cuprammonium-Verfahren begann. Vorbei ist längst die Glanzzeit der einst auf allen Märkten der Welt renommierten Bernberg-Kunstseide. Anno 1972 stand die da schon gut ein Jahrhundert alte Fabrik mit ihren 3500 Arbeitsplätzen für den einstigen Glanzstoff- und heutigen Enka/Akzo-Konzern im Synthefasernboom vor dem Abbruch. Bernbergs Produkte waren von der „echten“ Chemiefaser überrollt und nicht mehr gefragt.

Doch Know-how und – zum Teil – auch die Anlagen schienen reizvoll für ganz Neues: Ausbau der Membran-Fertigung für Medizin und Technik. Der Idee folgte die schon seit langem nicht mehr auf Alimentation aus der Konzernkasse angewiesene Tat. Die einst abbruchreife Enka-Fabrik in Barmen ist heute mit 1100 Beschäftigten der mit Abstand weit

größte Produzent von „künstlichen Nieren“, nämlich von deren Herzstück, den Modulen mit der Cuprophane-Dialysemembran. Ein nicht alltäglicher Wandel vom Chemiefaser- zum Medizinbetrieb.

Wesentlich mehr als die Zahl der dabei vor dem totalen Untergang in Barmen geretteten 1100 Arbeitsplätze, die einen über 100 Mill. DM liegenden Jahresumsatz andeutet, mag der Chemiefaserkonzern Enka zu diesem jungen und erfolgreichen Kind der Diversifikation nicht verraten. Denn viele und gleichfalls schweisgasse Konkurrenten tummeln sich auf dem Membranen-Weltmarkt, dessen Volumen sich in den letzten zehn Jahren auf etwa 1 Mrd. DM verzehnfachte (davon je die Hälfte für medizinische und technische Einsatzzwecke wie z. B. Meerwasserentsalzung) und der im nächsten halben Jahrzehnt bei 2 Mrd. DM liegen dürfte.

Analog dazu glaubt auch der Barmer Enka-Betrieb sein im letzten halben Jahrzehnt bei 20 Prozent pro Jahr liegendes Umsatzwachstum in

den nächsten Jahren fortsetzen zu können. Zwar werde die künstliche Niere, die heute weltweit etwa 200 000 Patienten am Leben erhält, aus Kostengründen wie auch durch den Vormarsch der Nieren-Transplantation wohl kaum noch Zuwachsraten bringen. Aber weitere medizinische Einsatzgebiete, von der längst bei Operationen angewandten künstlichen Lunge bis zur Therapie von Immunerkrankungen (Blutwäsche) eröffnen noch ein großes Feld.

Erst recht gilt das für technische Einsatzzwecke im weiten Bereich vielfältiger „Filtrationsprobleme“. In Barmen wählt man denn auch für die weiteren Aussichten des sehr forschungsintensiven Membran-Geschäfts ein kühnes Bild: Vergleiche man die von der Natur entwickelte Membran mit einem modernen Computer, so liege die künstliche Membran heute erst auf der Entwicklungsstufe der simplen Addiermaschine von anno 1900. „Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung mit attraktivem Wachstumspotential“, J. G.

KREYENHOP

Durchbruch mit Spezialitäten

WW, Oytten
Die Firma Kreyenhop & Kluge, Oytten, ein Unternehmen der mittelständischen Lebensmittelbranche, feierte am 1. Oktober ihr 50jähriges Bestehen. Der Umsatz von rund 40 Mill. DM verteilt sich auf drei Bereiche: Restaurants und Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen, China-Restaurants und Reformhäuser sowie Großhandel und Lebensmittelindustrie.

Die Firma importiert jährlich rund 200 Container, zumeist aus Ostasien, über die bremischen Häfen. Die meisten dieser Behälter reisen per Lkw und Bahn direkt zu den Kunden im Inland, in Österreich, der Schweiz, in Frankreich und den Niederlanden. Der Export macht etwa 5 Prozent aus. Außerdem werden 12 000 Tonnen an Lebensmitteln vom Oytten Lager an über 2000 Kunden im Inland mit zehn firmeneigenen LKWs ausgeliefert. Kreyenhop beschäftigt 70 Mitarbeiter. Der geschäftsführende Gesellschafter Rolf Kreyenhop: „Wir schlagen das Lager sieben- bis achtmal im Jahr um.“ Das Lager entspreche stets einem Wert von 5 bis 6 Mill. DM. Die Umsatzerlöse betrage 1,4 Prozent vor Steuern; das sei Branchendurchschnitt.

Das Unternehmen wurde 1933 in Bremen gegründet und etablierte sich 1971 im Industriegebiet Oytten. Der Durchbruch gelang mit Handelsbeziehungen nach China. Heute werden in der Bundesrepublik über 800 asiatische Restaurants mit einem Sortiment von mehr als 150 Spezialitäten beliefert. Seit drei Jahren gehört auch die Lufthansa zur Stammlieferanten.

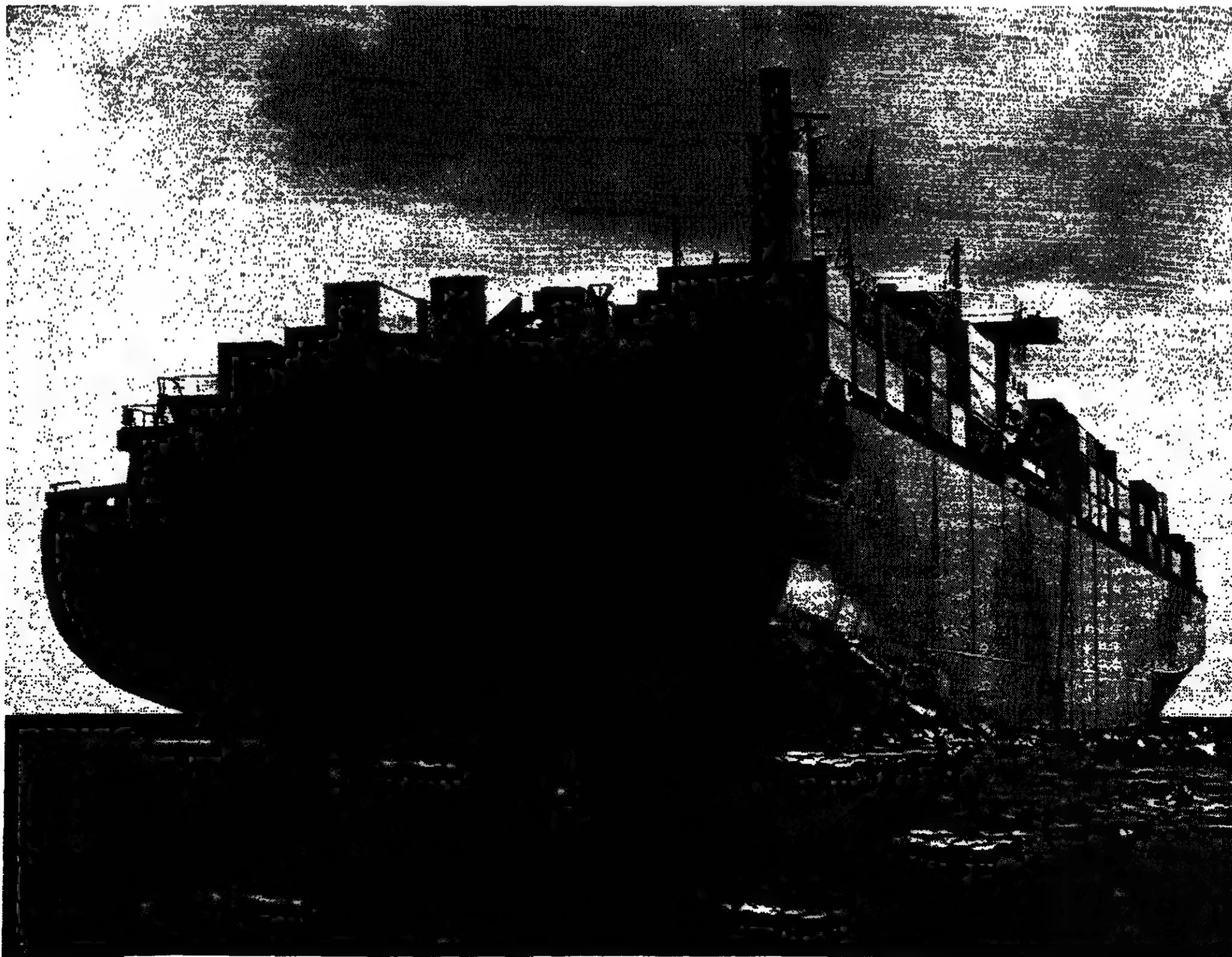
NAMEN

Manfred von Uelar, Mitglied des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Dr. Hubertus von Grünberg (41), bisher Geschäftsführer für den Technik-Bereich in der Frankfurter Zentralfabrik der Alfred Teves GmbH, wurde per 1. Januar 1984 zum Vorsitzenden der Geschäftsführung bestellt. Er ist Nachfolger von Hans-Eberhard Wollay (61), der Ende 1983 in den Ruhestand geht und in den Teves-Aufsichtsrat eintritt.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt.

Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. mietfinanz® finanziert Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz® hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz®. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (02 08) 310 31, Telex 8 56 755

Ich bitte um:

☐ kostenloses Informationsmaterial

☐ Handbuch (Schutzgebühr DM 15,- per Nachnahme)

☐ Video-Kassette ☐ VHS ☐ Beta ☐ video 2000
(Kaufpreis: DM 89,- per Nachnahme)

☐ Nachweis für: PC-Verkaufsstellen/Kassettenverleih

Ausschneiden und an TA senden:
Triumph-Adler AG, Abt. VPV, Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg 80

Warenpreise - Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	7. 10.	6. 10.
Weizen Chicago (cush)	7.10	6.10
Doz.	369,50	371,50
März	363,00	367,00
Ma	367,00	371,00
Weizen Winnipeg (can. 51)	7.10	6.10
Wheat Board of	238,35	237,40
St. Lawrence 1 CW	238,35	237,40
Anders-Datum	238,35	237,40
Roggen Winnipeg (can. 51)	158,00	157,70
Doz.	158,00	157,70
März	157,50	157,00
Ma	157,50	157,00
Hafer Winnipeg (can. 51)	134,50	134,50
Doz.	129,00	129,00
März	129,00	129,00
Ma	129,00	129,00
Hafer Chicago (cush)	7.10	6.10
Doz.	157,75	157,75
März	157,75	157,75
Ma	157,75	157,75
Mais Chicago (cush)	7.10	6.10
Doz.	329,50	330,00
März	329,50	330,00
Ma	329,50	330,00
Gerste Winnipeg (can. 51)	7.10	6.10
Doz.	134,50	134,50
März	134,50	134,50
Ma	134,50	134,50

Genußmittel

Waren	7. 10.	6. 10.
Kaffee New York (c/b)	141,00	141,00
Doz.	141,00	141,00
März	136,00	137,50
Ma	132,15	133,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Kautschuk

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Erläuterungen - Rohstoffpreise

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Westdeutsche Metallnotierungen

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Edelmetalle

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Internationale Edelmetalle

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

New Yorker Metallbörsen

Waren	7. 10.	6. 10.
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50
New York (c/b)	7.10	6.10
Doz.	202,50	202,50
März	202,50	202,50
Ma	202,50	202,50

Kurz vor seinem 75. Geburtstag starb unerwartet unser lieber Pa

Karl August Moeller

Vors. Richter am Landesarbeitsgericht I. R.

* 22. Oktober 1908 † 3. Oktober 1983

Wir trauern um ihn und sind dankbar, daß er nicht leiden mußte.

Elfriede Moeller geb. Wamte und Familie

Husumer Straße 8
2000 Hamburg 20

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 14. Oktober 1983, um 14.00 Uhr in der Hauptkirche St. Nikolai am Klosterstern.

Anstelle von Blumen erbitten wir eine Spende für die Therapie sprachbehinderter Kinder an den Schulverein der Schule für Sprachbehinderte Ratsmühlendamm 37 e. V. Konto Deutsche Bank AG 5 705 702 (BLZ 200 700 00).

Völlig unerwartet verstarb während einer Auslandsreise der Mittelpunkt unserer Familie. Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Helga Schmidt

geb. Baas

* 25. 8. 1912 † 5. 10. 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Anne-Katrin Hagen geb. Schmidt und Burkhard Hagen
Sabine Buchenau geb. Schmidt und Ulrich Prange
Christiane Qualen geb. Schmidt und Klaus Qualen
Jan-Berend Schmidt und Gabriele Schmidt geb. Wagner
sowie die Enkelkinder Jürgen, Frank-Christoph, Jan Henrik,
Klaus, Charlotte, Barbara, Ursula, Katrin, Carolin,
Anne Mareike und Christina

Annenhof, 2303 Gettorf

Trauerfeier am Freitag, dem 14. Oktober 1983, um 9 Uhr in der Elisabeth-Kirche in Hamburg-Eidelstedt

TaunusTagungsZentrum

Bad Soden ist mit dem neuen Tagungs-Zentrum in unmittelbarer Nähe Frankfurt nicht nur für die Rhein/Main-Region ein attraktives Ziel, sondern auch für Tagungen auf bundesweiter Ebene äußerst interessant.

- Variables Raumprogramm für 10-900 Personen.
- Großer Saal (teilbar) klimatisiert bis 906 Plätze.
- Hubbühne.
- First-class-Hotel mit 130 Zimmern (260 Betten).

Kongreß-Tagungs- und Seminarangebote auf Anfrage

Bitte fordern Sie den Informationsprospekt an.

Name _____
Ans. Post _____

Firma _____ Telefon _____
kur- und kongreß Park GmbH
Kongreßstr. 88 62222 Bad Soden a. T.
☎ (06195) 2000 - Telex 410588 ktp

BAD SÖDEN

am Taunus

Top-Adresse in Düsseldorf!

Weniger investieren - Mehr präsentieren! Mit Ihrem Interim-Büro in Düsseldorf. Mit Ihrem Office-Service. Mit Ihrer Mode-Metropole. Mit Ihrem totalen Office-Service. Mit Ihrem Telefon, Telex, Telefax, Schreib- und Kollationsdienst. Mit Ihrem Firmen-Namen. Mit Konferenz- und Sekretariat und Informations-, Film- und Video-Räumen. Mit Sekretariat und Übersetzungsdienst. In Düsseldorf vertreten sein wollen. Sie in Zukunft erfolgreich in Düsseldorf vertreten sein wollen.

OSC

OFFICE + SERVICE-CENTER
INTERIM-BÜROS GMBH
Rathstraße 166 - 4000 Düsseldorf 30 - Tel. 0211/450959-450950

Schnell Geld per Post Senden Sie jeden Samstag Zehnmal Münze Medien
Firmenabteil Silber-Loyalty-Gold
P.O. Box 48, 2054 North Carlton, AUSTRIA

mach mit ...



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

AUSTRALIENANLAGE?
INFORMATION VON: SCHNEIDER
P.O. Box 48, 2054 North Carlton, AUSTRIA

SCHWARZ
21. 10. 1983 - Großantrieb 17. 7. 71 21 31

Schmelde- u. Pressen Stahl verzinkt
Jal Stahl mit modernster Elektronik
TORE & AUTOMATIC
Automatic L alle vorhandenen Türen u. Tore
UKW-Hörsender mit 50 m Reichweite
Bitte Prospekt anfordern!

Erwirtschaften Sie bis zu

11% p.a.
Lombard
Festgeldanlagen

- 1 Jahr Festgeld 10% p.a.
- 2 Jahre " 10% p.a.
- 3 " " 10% p.a.
- 4 " " 11% p.a.
- 5 " " 11% p.a.

Für Anlagen von £1000 bis £100.000. Zinsen werden jährlich ausgeschüttet.

Die Anlage Zinsen werden zum Zeitpunkt der Einzahlung der Zinsen ausgeschüttet.

- Nachfolgend einige der Vorteile einer Festgeldanlage bei Lombard:
- * Ihre Gelder erwirtschaften einen guten Zinssatz, der sich während der Anlagezeit nicht mehr ändert.
- * Alle Zinseszinsen werden ohne Abzug von Steuern ausgeschüttet.
- * Ihr Konto wird vertraulich behandelt.
- * Da die Devisenkontrolle in Großbritannien nicht mehr besteht, können Ihre Gelder zum Zeitpunkt der Rückzahlung in £-Sterling oder in einer anderen Währung in jegliches Land überwiesen werden.
- * Wir sind ein Mitglied einer der größten Bankgruppen der Welt.
- * Für die Führung des Kontos entstehen keine Gebühren.
- * Wir quotieren andere Zinssätze für Anlagen von 1-5 Jahren, wobei die Zinsschuldungen monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich variieren und für Anlagen mit einer 3- oder 6-monatigen Kündigungsfrist.
- * Für weitere Details über unsere Anlagemöglichkeiten und Zinssätze bitten wir Sie, uns noch heute den Coupon zuzusenden.
- * Wir unterstützen bei der Deutschen Westminster Bank AG, Zweigstelle Düsseldorf, 3000 Düsseldorf 1, Königsallee 33, das Konto 01 87518 014, auf das Sie Ihre Einzahlungen vornehmen können.
- * Wir sind im Bildschirmdienst, Eingangsbeschluss 3482 für Details.

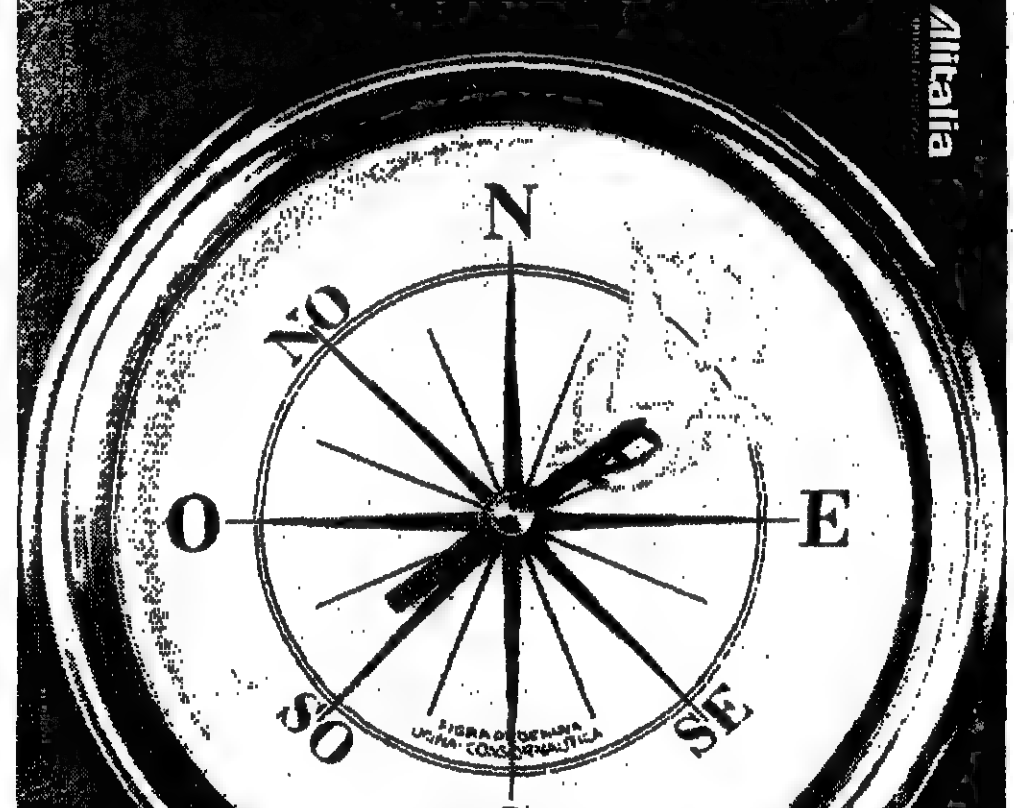
Lombard North Central
Anlagekonten

NAME _____
ADDRESS _____
(BLOCHBUCHSTABENBITTE)

Ein Mitglied der National Westminster Bankgruppe

damit Kapital £2.550.000.000 überschneidet.

Genua, im Zeichen der Bootindustrie-weltweiter Ziel



Portofino, Portovenere, Sanremo und eine noch ganz zu entdeckende Küste: Ligurien erwartet Dich!

23. Internationale Bootausstellung

13. Internationale Ausstellung der Unterwasser-ausrüstungen

genua 15-24 oktober 1983

öffnungszeiten: 9.30 bis 19.00 Uhr
Schirmherrin: U.C.I.N.A. - Organisatoren: F.E.R.A.D. GENOVA - CONSONAUTICA
Piazzale J.F. Kennedy - telex 271424 PERGEI - telex 271243 CONAUTI

Veronica Carstens,
Ärztin und Frau des Bundespräsidenten,
Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft
„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben“
Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.
Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.
Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.
Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.
Spendenkonto Nr. 313131 PSA Köln/Stadtparkasse München



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

den Freitagsnotierungen oder leicht darüber. Verstärkt haben sich die Meinungskräfte bei den Stahlaktien. Es festigt sich in den Börsensälen die Meinung, daß die Bundesregierung nicht mehr länger umhinkommt nun ihrerseits Maßnahmen zum Schutz der deutschen Stahlproduktion zu ergreifen.

Bgl. Der Stahlwaren stand Thysen-
werke, die einen weiteren
Anstieg um 3 DM auf 81,50 DM im
Vorquartal. Das Papier hat inner-
halb einer Woche seinen Wert
um mehr als 10 Prozent erhöht.
Interesse auch für Mercedes (plus
2,25 DM) und VW (plus 0,75 DM).
Aktien fielen Deutsche Babcock-
Stämme mit einem weiteren An-
stieg um 2,50 DM auf 190 DM aus
dem Rahmen. Im Warenzube-
reich waren es Herten mit eben-
falls 2,50 DM plus 0,75 DM und
Chemieherbe Umsätze meist auf
Wochenabschließ. Verrossen
konnten sich Degussa um 3 DM,
Düsseldorfer Balcke Durr erhöhen
um 2,20 DM auf 145 DM und
Krupp Anlagenbau um 1,50 DM.
Rohrsalz lieferten um 3,50 DM

auf 85 DM auf, die
Heinrich um 5 DM
DM und Gildemeier
Verseidung verlorere
DM. Bei den Versen
ren Allianz Leberden
DM und Köln. Borsig
2,25 DM auf 160 DM
Frankfurt: Die C
Standardwerten
DM pro Aktie, Ne
wenig verändert:
Commerzbank-Bank
Doppelplus 14 DM
DM und Leberde
Metallgesellschaft
DM und die Blauen
plus 10 DM.

Hamburg: In d
HAW 108,10 DM

NVKV: Rente 168 DM unverändert; Festeinlagen 100 DM (minus 118 DM (plus 0,50 DM). Von den Regionalbanken wurden für Hypothekendarlehen 438 DM (minus 1 DM) bezahlt.

München: Augsburgs Kammerguth erhobten um 4 DM auf 90,50 DM und Flägelichs AG um 3 DM auf 220,50 DM. Die AG stockte um 4 DM auf 220,50 DM und auf Hutchenreuther um 4 DM auf 244 DM.

Berlin: Herdlitz Stämme verbesserten sich um 4,50 DM. Dt. Hypothek Berlin um 4 DM. Berthold um 3,50 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM. 6 Aktien der Deutsche Orientbahn blieben je 4 DM. Rheinmetall und Schering je 2 DM ein.

Nachbörse: beahmetet.

A
B
B
B
B
C
C
D
D
D
D
G
H
H
H
H
H
K
K
K
L
L
L
M
M
M
P
P
R
R
S
S
T
V
V
V
V
P
R
U

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Devisen und Sorten		Frankfurt, Devisen		Wechs.Frankfurt, Sorten*		Devisen	
10. 10. 23		Gold		Ansb.		Ansb.	
New York		2,9798	2,9889	Ansb.	Ansb.	2,33	2,63
London		3,011	2,925	2,894	2,88	2,38	2,68
Paris		1,050	1,04	1,04	1,04	2,07	2,07
Montreux		2,0973	2,1053	2,0834	2,04	2,13	2,13
Amsterdam		88,860	88,100	88,015	88,00	90,00	90,00
Brüssel		228,33	228,33	228,33	228,33	228,33	228,33
Bern		1,497	1,497	1,495	1,49	1,49	1,49
Paris		35,330	35,330	35,115	35,10	35,330	35,330
Köln		35,330	35,330	35,115	35,10	35,330	35,330
Osn		35,330	35,330	35,115	35,10	35,330	35,330
Stettin**		35,330	35,330	35,115	35,10	35,330	35,330
Hamburg**		1,04	1,04	1,04	1,04	1,04	1,04
Wien		14,108	14,230	14,230	14,10	14,230	14,230
Lissabon**		1,174	1,174	1,041	1,04	1,174	1,174
Tokio		2,08	2,08	1,07	1,07	2,08	2,08
London		1,110	1,110	1,07	1,07	1,110	1,110
Buen. Air.		45,810	45,810	45,810	45,810	45,810	45,810
Rio. Air.		2,798	2,798	2,798	2,798	2,798	2,798
Alto**		2,798	2,798	2,798	2,798	2,798	2,798
Frankf.		2,798	2,798	2,798	2,798	2,798	2,798
Sydney**		2,798	2,798	2,798	2,798	2,798	2,798
Hankow**		2,798	2,798	2,798	2,798	2,798	2,798
Alles in Hundert; 100 = 100; 1000 = 10; 1 Dollar = 1 Mark							
* Kurse für Vietnam 80 bis 200; ** nicht anstehend							
1 % Einlage befreit							

[illegible]

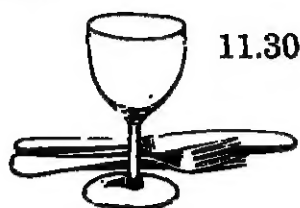
Von IBM: Btx-Kongreß in Berlin.

Erster Tag.

10.00-10.45 Uhr. Begrüßung und Grundsatzreferat.

Vortragsreihe A

- 10.55-11.30 Bedeutung von Bildschirmtext für das Unternehmen.
Prof. Dr. Michael Zacharias, Institut Telekommunikation, Worms.
- 11.30-12.30 Bildschirmtext – Teil der Unternehmensplanung.
Dr. Volker Häselbarth, IBM.



12.30-14.00 Uhr. Mittagessen.

- 14.00-14.45 Bildschirmtext – eine neue Anwendungsdimension in der Informationsverarbeitung. Rainer Kipper, IBM.
- 14.45-15.30 Vorgehensweise bei der Einführung von Bildschirmtext.
Dr. Sebastian von Sauter, IBM.



15.30-16.00 Uhr. Kaffeepause.

- 16.00-16.45 Bildschirmtext – Anwendungen in der Industrie (mit Vorführung).
Dr. Alois Lipka, Düsseldorf.
- 16.45-17.30 Zukünftige Informationswege der Vereinigten Wirtschaftsdienste durch Einsatz von Bildschirmtext (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Rolf Poppe, VWD, Eschborn.



17.30-20.30 Uhr. Buffet.

Zweiter Tag.

Vortragsreihe A

- 9.00-9.45 Die Entwicklung der Telekommunikation in Technik und Diensten.
Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.
- 9.45-10.30 Der Btx-Staatsvertrag und zivilrechtliche Aspekte bei Bildschirmtext-Anwendungen. Rechtsanwalt Michael Swoboda, DIHT, Bonn.



10.30-11.00 Uhr. Kaffeepause.

- 11.00-12.00 Direktbestellung mit Bildschirmtext im Großversandhaus QUELLE (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Dieter Bitz, Großversandhaus QUELLE, Gustav Schickedanz KG, Fürth.



12.00-13.30 Uhr. Mittagessen.

- 13.30-14.00 IBM Datenservice im Rechnernetz – CICS/DS zur schnellen Erstellung von Bildschirmtext-Informationssystemen.
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Karsten Hoffmann, IBM.
- 14.00-15.00 Bildschirmtext-Informationssysteme im Bayerischen Landwirtschaftsministerium (mit Vorführung). Ministerialrat Dr. Johann Haimerl. Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.



15.00-15.30 Uhr. Kaffeepause.

Ab 15.30 Uhr Podiumsdiskussion, Moderation: Rüdiger Proske.

Vortragsreihe B

- 10.55-11.30 Erfahrungen der Informationsanbieter im Bildschirmtext-Feldversuch. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Rainer Bierhals, Fraunhofer-Gesellschaft e.V., Karlsruhe.
- 11.30-12.30 IBM Konzept und Entwicklung der Bildschirmtext-Zentralentechnik.
Dr. Ekhard C. Ording, IBM.

- 14.00-14.45 Online-Bestellwesen mit Bildschirmtext (mit Vorführung).
Dipl.-Ing. Rudolf Weichsel, IBM.
- 14.45-15.30 Der IBM Personal Computer als multifunktionales Bildschirmtext-Terminal. Günter Th. Schmid, IBM.

- 16.00-16.45 Bildschirmtext-Datensuche mit Hilfe von IBM STAIRS/MIKE (mit Vorführung). Peter Müller, IBM.

- 16.45-17.30 Bildschirmtext im Rechnernetz bei der Stadt-Sparkasse Düsseldorf (Erfahrungsbericht mit Vorführung). Jürgen Sender, Stadt-Sparkasse Düsseldorf.

Vortragsreihe B

- 9.00-9.30 Realisierung von Bildschirmtext über das DATEX-P-Netz der DBP.
Werner Gerhard, IBM.
- 9.30-10.00 Bildschirmtext-Lösungswege der IBM für externe Rechner der Informationsanbieter. Dr. Siegfried Gschäider, IBM.
- 10.00-10.30 Funktionaler Leistungsumfang des neuen Bildschirmtext-Dienstes mit IBM Zentralentechnik. Helmut Regenfuß, IBM.

- 11.00-12.00 Anbindung von Online-Anwendungen an Bildschirmtext.
Dr. Helmuth Agatha und Helmut Sprenger, IBM.

- 13.30-14.00 CEPT-Leistungsumfang für Bildschirmtext. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.
- 14.00-14.30 Datensicherheit im Bildschirmtext-Dauerbetrieb. Peter Volkmann, IBM.
- 14.30-15.00 Direktbestellservice im Bildschirmtext-Rechnernetz bei der Händlerorganisation Interfunk (Erfahrungsbericht mit Vorführung).
Dipl.-Ing. Peter Kragler, Unternehmensberater, Augsburg.

Am 29. und 30. November 1983 veranstaltet die IBM im Internationalen Congress Centrum Berlin den Btx-Kongreß '83. Als Partner der Deutschen Bundespost, als Hersteller von Informationsverarbeitungs-Produkten und als Anbieter von Btx-Dienstleistungen sind wir auf vielfältige Weise dem neuen Medium Btx verbunden. Mit diesem Kongreß möchten wir allen Interessierten die Möglichkeit geben, unsere Erfahrungen und die unserer Part-

ner für ihre eigenen Projekte zu nutzen. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 970,- zuzüglich gesetzl. Mehrwertsteuer. Wenn Sie die Anmeldeunterlagen und/oder Informationen über Bildschirmtext haben wollen, schicken Sie uns den Coupon oder schreiben Sie unter dem Stichwort „Btx-Kongreß '83“ an IBM Deutschland GmbH, Abteilung 1088, z. Hd. Herrn W. Steiner, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80.



Ich bin an dem Btx-Kongreß '83 interessiert. ☐ Bitte schicken Sie mir die Anmeldeunterlagen. ☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über Btx-Anwendungen. ☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über das Btx-Angebot der IBM.

Name _____ Straße _____
Position _____ PLZ/Ort _____
Firma _____ Telefon _____
Branch _____
An IBM Deutschland GmbH, Abt. 1088, z. Hd. Herrn W. Steiner, Postfach 80 08 80, 7000 Stuttgart 80

„Eine Nacht in Casablanca“: Noch eine Parodie auf den Bogart-Film Schwanengesang der Marx Brothers

In diesen Tagen werden die Marxisten Trauer tragen“, schrieb die Londoner „Times“ im Jahre 1946. Diese Bemerkung hatte nichts mit Karl, aber sehr viel mit Groucho, Harpo und Chico Marx zu tun. Ihr Film „Eine Nacht in Casablanca“ war gerade angelaufen und von der Kritik wie vom Publikum mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Einhellig war nur die Freude darüber, das Komiker-Trio nach fünf Jahren wieder auf der Leinwand sehen zu können.

Groucho Marx nennt „Eine Nacht in Casablanca“ seinen Schwanengesang. In seiner Autobiographie erzählt er von dem Schiffslebensgefühl, das er während der Dreharbeiten hatte. Für die letzte Szene hängt er da an einer Flugzeugkabinenwand, die Windmaschine bläst ihm ins Gesicht, es ist zwei Uhr an einem Sonntagmorgen (um den Produktionsplan einzuhalten, mußte in zusätzlichen Schichten gedreht werden), nach mehreren Wiederholungen hat er die Faxen ziemlich dick und sagt zu sich selbst: „Groucho, alter Junge – und glaube mir, du bist ein alter Junge – willst du wirklich die restlichen Jahre deines Lebens auf diese lächerliche Weise verbringen?“ Und als diese Szene

endlich im Kasten ist, erklärte er feierlich, daß er sich aus dem Filmgeschäft zurückziehen werde.

Nun, diesen Eid haben sowohl er als seine beiden Brüder gebrochen. Drei Jahre später traten sie noch einmal gemeinsam in „Love happy“ auf, und dann erklärte Chico Marx kategorisch: „Uns hängt das Filmen zum Halse heraus. Die Leute mögen uns nicht mehr sehen. Unsere Witze werden fade. Wir selbst auch. Außerdem brauchen wir einander nicht mehr.“

Eine Nacht in Casablanca – ZDF, 19.30 Uhr

Jeder für sich allein kann viel mehr Geld verdienen.“

Daß dem Komiker-Trio endgültig die Luft ausgegangen war, hatte bereits „Eine Nacht in Casablanca“ unmißverständlich klargemacht. Die fünfjährige Abstinenz von Hollywood (1941 war „The Big Store“ gedreht worden) war keine schöpferische Pause gewesen, im Gegenteil: Vieles wurde nur wieder hervorgekramt, was in Filmen wie „Cocoanuts“ (1929), „Monkey Business“ (1931) und „Horse Feathers“ (1932)

das Publikum zu Lachsalven hingeworfen hatte. Die Situationskomik, der bissige Wortwitz, Grouchos aggressive Bemerkungen – das wirkte hier seltsam antiquiert. Und sein gebeugter Gang, Markenzeichen in den früheren Filmen, wurde nun boshafterweise auf Arthritis zurückgeführt. „Das Krachen der Knochen“, so erzählt er, mit seinen damals 50 Jahren kokettierend, „überlötete sogar die Dialogstellen.“

Noch ehe die Marx Brothers mit ihrem Regisseur Archie L. Mayo bei „United Artists“ mit den Dreharbeiten begonnen hatten, gab es Ärger: Die „Warner Brothers“ eroberten Einspruch gegen einen Filmtitel, der an ihr „Casablanca“ von 1943 erinnerte. Der Briefwechsel, der sich daraufhin zwischen Groucho Marx und „Warner“ entspann, ist viel witziger als das Werk, um das es ging. Er warf der Gesellschaft vor, sie habe z. B. das „Brothers“ in ihrem Namen von den Marx gestohlen, und überhaupt habe er nicht gewußt, daß Warner Alleinbesitzer der Stadt Casablanca sei. Darüber hinaus brauche man wohl kaum zu befürchten, daß der durchschnittliche Kinogänger Ingrid Bergman mit Harpo verwechseln würde.

RAINER NOLDEN

STUDIO

Zum Hörspiel des Monats September 1983 wählte die Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste, Frankfurt, „Brief an einen Sohn“ von George Ryga (aus dem Englischen von Hans Wollschläger; Regie Horst H. Vollmer), eine Koproduktion des Süddeutschen Rundfunks mit RIAS Berlin. In großer optischer Breite und immer wechselnden Zeitebenen wird das Leben eines aus der Ukraine nach Kanada eingewanderten Mannes erzählt.

Für die kanadische Regierung ist es schon vor Jahren bei einem Bergwerksunglück gestorben, seine Schwester und deren Mann halten sich fern von ihm, sein Sohn hat sich ihm entzogen. In mürrisch-aggressiven Gesprächen mit der Sozialarbeiterin, die seinen Rentenanspruch bearbeitet, und in inneren Monologen, die durch das Schreiben eines Briefes an den Sohn ausgelöst werden, zieht der alte Mann (gesprochen von Wolfgang Büttner) eine Bilanz seines Lebens.

KRITIK

Menschen zwischen den Fronten

Als der russische Arzt Wikentij Weressajew 1922 den Roman „W tupike“ (In der Sackgasse) schrieb, hatte er die Revolution noch im buchstäblichen Sinne vor Augen: Die Brutalität der Roten, die Grausamkeit der Weißen, die Not der bürgerlichen Linken, die sich zwischen der zaristischen und der bolschewistischen Kluft zu entscheiden hatte. Rolf Busch, der Autor und Regisseur des Films, stellte dann auch diese Menschen zwischen den Fronten in den Mittelpunkt seiner Arbeit: In der Sackgasse (ARD).

Dabei zeigte sich, daß die formale Redlichkeit, die ausgerubte, behärrliche Kamera, die Schritt um Schritt den Ereignissen folgt, in langen Atemzügen und ohne ins actionistische Hecheln zu verfallen, viel beiträgt auch zur menschlichen Aufrech-

tigkeit. Die Protagonisten haben Zeit, genauer: Die Kamera gibt ihnen die Zeit voranzuschreiten, was ja Sinn der Prosa ist, auch der optischen.

Rolf Busch weiß, wie große Literatur zu erzählen ist, seine Kamera (Gerd Thieme) hat einen langen und tiefen Atem, die bleibt stehen, wenn der Augenblick der Besinnung gekommen ist, sie wandert mit den Menschen mit wie ein Confrater der Historie, aber immer ist sie Zeuge, manchmal nur blickt sie weg, dann hört man die Schritte. Aber wenn sie dann weiter wandert, ist sie wie eine verwandelte Kamera.

Das Schicksal der Menschen zwischen den Pelotonen der Bolschewiki und den Schwadronen der verweilenden zaristischen Soldaten ist Gegenstand der Bilder. Daß aus den Bildern (übrigens: schwarz-weiß) Leben überkam, ist dem ausgezeichneten Darstellerteam zu danken, allen voran der erstaunlichen Leslie Malton.

Fazit: Das Stück reiht sich als Spitzleistung ein in die lange Reihe der Dieter-Mechner-Produktionen zur Literaturverfilmung.

VALENTIN POLCUCH

Karrieren ohne Brüche

Peggy Farnass – jüdische Journalistin aus Hamburg, viele Jahre Gerichtsreporterin, in Justizkreisen hochgeachtet, wenn auch nicht immer ganz verstanden – hat sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Rolle, die die deutsche Justiz in den Sondergerichten während des Dritten Reiches gespielt hat, ebenso zu enthüllen wie die Tatsache, daß etliche dieser Männer nach dem Krieg den Weg in den Staatsdienst der Bundesrepublik Deutschland überangefunden haben. Axel Engstfeld folgt in seiner „Filmprobe“ (ARD) der subjektiven Sicht dieser Journalistin,

die die ganze (Nach-)Kriegs-Entwicklung mit tiefer Resignation betrachtet und ihre Arbeit oft als vergeblich betrachtet, da „ich nicht weitergeben sollte, was ich sah“.

Resignation ist daher das Grundthema dieses Films. Im Flüsterton werden die Namen solcher Männer wiedergegeben, die ohne große Skrupel beiden Obrigkeiten zu dienen vermochten, während die Kamera ruhelos durch die leeren Gänge des Hamburger Oberlandesgerichts-Gebäudes schweift – gespenstisch-eindrucksvolle Momente dieser Sendung. Sie will uns suggerieren, es habe sich nichts geändert. Ein Eindruck, der durch raffinierte Bildschnitte und Texte („Die Justizbildung ist seit Kaisers Zeiten... dieselben geblieben“, müssen da nicht „dieselben Typen“ herauskommen?) verstärkt wird. Das macht betroffen, rüttelt auf – auch wenn es nur ein Teil der Wahrheit bleibt.

KNUT TESKE



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sessamstraße	Auf den Schultern eines Riesen
10.00 heute	12.55 Umschau
10.05 Gott-WM	12.55 Presseschau
11.05 Das Fernsehspiel des Abends	13.00 heute
14.10 Tagesschau	14.00 heute
14.15 Der unersetzliche Einsatz	14.04 Musik
Alexander von Cube berichtet über die internationale Kunstmesse K'83, die vom 5. bis 12. Oktober 1983 auf 100 000 Quadratmetern Fläche mit 15 000 Ausstellern aus 50 Ländern demonstriert, was von der Kunststoffindustrie auch in der Zukunft noch zu erwarten ist.	Für die ältere Generation: Geriatrika – Jungbrunnen aus der Retorte?
17.00 Dankst!?	14.38 Straßenspielen
Sei schlau – klau beim Bau (Wh.)	Der Premierminister
17.50 Tagesschau	17.00 heute/Ans das Ländern
Anschl. Regionalprogramme	17.15 Tele-Miniatur
20.00 Tagesschau	17.50 Ein Wort aus Musik
20.15 Die Montagsgesellschaft	Spiel und Spaß mit Heinz Eckner, Heinz Schenk, Ernst-August Quella, Klovier, und bekannten Interpreten mit ihren Erfolgsliedern. Regie: Hans Rosenthal
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harres	Anschl. heute-Schlagzeilen
21.00 heute	19.00 heute
Berichte zur Zeit	19.30 Eine Nacht in Casablanca
Themen: Was darf ein Moderator? – Proteste und Diskussionen um die Moderationssperre für Franz Alt / Im Interview: Helmut Hommrich, Gründer und erster Moderator von „Report“ und ehemaliger Intendant des Südwestfunks, zur Auseinandersetzung über die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Journalismus / Trendwende in der SPD – Sozialdemokraten im Strom der Nachrückungsbewegung / Dialog, Konfrontation, Krise, die Friedensbewegung im Streit über die „Diskallegierung“ / Verkürzte Fühnwahlzeit – erhöhtes Risiko? – Wissenschaftler warnen vor dem Atomkrieg durch Computerfehler	Moderation: Gerd Ruge
21.45 Dalka	21.45 Dalka
Waterloo auf Southfork	22.50 Friedrich Luft im Gespräch mit Manfred Krug
22.50 Friedrich Luft im Gespräch mit Manfred Krug	24.00 Tagesschau



Groucho, Chico und Harpo Marx (v. l.) in ihrer Bogart-Parodie „Eine Nacht in Casablanca“, um 19.30 im ZDF

FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST	18.00 Telekollage
18.30 Sessamstraße	19.30 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau	20.15 X-mas – Metter der Lebenden
21.00 Weltreise (1)	21.45 Kollaborat, Stenografie und Pöbel
22.15 Moshor in Kiezrevue	Anschl. Letzte Nachrichten
23.00 Deutschlandfunk	
NORD	18.00 Sessamstraße
18.30 MDR Weltweitensender unterwegs	19.00 Die sieben Weltwunder des Altertums (1)
19.30 Oktober (1)	Ein Vater sieht grün
20.00 Tagesschau	20.15 Die Sprechstunde
21.00 Sport III extra	21.15 Schachplatz: Die letzte Kiste
22.45 Das Schwarze Kabinett	Engl. Spielfilm (1947)
23.30 Letzte Nachrichten	
HESSEN	18.00 Sessamstraße
18.30 MDR	18.50 Radiohören
19.00 MDR	19.30 Jeder kann es sich was tun (1)
20.00 Tagesschau	20.15 Die Sprechstunde
21.00 Sport III extra	21.15 Schachplatz: Die letzte Kiste
22.45 Das Schwarze Kabinett	Engl. Spielfilm (1947)
23.30 Letzte Nachrichten	
SÜDWEST	18.00 Sessamstraße
18.30 MDR	18.50 Radiohören
19.00 MDR	19.30 Jeder kann es sich was tun (1)
20.00 Tagesschau	20.15 Die Sprechstunde
21.00 Sport III extra	21.15 Schachplatz: Die letzte Kiste
22.45 Das Schwarze Kabinett	Engl. Spielfilm (1947)
23.30 Letzte Nachrichten	
BAYERN	18.00 Sessamstraße
18.30 MDR	18.50 Radiohören
19.00 MDR	19.30 Jeder kann es sich was tun (1)
20.00 Tagesschau	20.15 Die Sprechstunde
21.00 Sport III extra	21.15 Schachplatz: Die letzte Kiste
22.45 Das Schwarze Kabinett	Engl. Spielfilm (1947)
23.30 Letzte Nachrichten	



Bei der Restauration und Erhaltung alter Kunstwerke sind chemische Produkte unentbehrlich. – Chemie auf Ihrer Seite.

Es informiert Sie die Initiative „Geschützter leben“ der Chemischen Industrie, Karlstr. 21, 6000 Frankfurt.

Ulla Huhn, Allah Hahn

Min. - Noch bevor ich den Buchdeckel aufklappen konnte, hatte ich ihn wieder zugeklappt. Ich starrte auf den Umschlagdeckel. Es war der Titel, der mich so nervös machte. Sollte Ulla Hahn, seit zwei Jahren Deutschlands Top-Lyrikerin (für Erstlingssteuert auf das 20. Tausend zu), die auf so spielerische Art und Weise ein Spielchen spielen konnte, dem Spiel ein Ende gemacht haben?

"Spielende" heißt ihr neuer, ihr zweiter Gedichtband. Ich hatte noch keine Zeile gelesen, da spürte ich Unbehagen. Das Spiel ist aus, ging es mir durch den Kopf. Wenn Titel töten könnten, Rechtzeitig, bevor ich die Auswertung überprüfte, konnte, zeigte sich das Rettende an. Nicht das "Spiel-Ende" war offenbar gemeint, sondern die "Spielende" war weiterhin am Werk. Also kein Ende des Spiels, sondern ein Spiel mit dem (dicken) Ende.

Ob dick oder nicht, plötzlich war

ich angesteckt. Da steckte noch mehr drin. Vielleicht ein Spiel mit der Lende? (Wessen Lende?) Oder: Spiel da die Lende? (Wem ins Gesicht?) War das Elend ein Pal-Phänomen?

Pst! törichter Unfug! Hier geht es um Gedichte. Ah, Gedichte! G wie gelungen, e wie einzigartig, d wie doll, i-c-h wie ich (von wem anders sprechen Gedichte?), t wie toll, e wie einzigartig (man kann es nicht häufig genug sagen).

Das Spiel mit den Buchstaben beginnt Spaß zu machen. Aber so weit sollte man ihn freilich nicht treiben, aus dem Ulla ein Allah zu machen. Denn schließlich ist ein Hahn kein Huhn. Und obwohl jeder weiß, daß die DVA keine Dionysische Vitrol-Agentur ist, noch weniger eine Dämliche Ver-eins-Ansammlung, sollten sich die Eigner der Deutschen Verlags-Anstalt schon durch Präzisierung auf dem Umschlagdeckel vor inaktiven Übergriffen schützen.

Habe ich übrigens vergessen, zu erzählen, was in dem neuen Band drin ist? Dazu kaufe man sich am besten den ersten. Da ist schon alles gesagt. Und billiger ist er auch.

Meister der Toleranz: Gespräch mit Manès Sperber, dem diesjährigen Friedenspreisträger

Das Ganze sehen und die Details lieben

Jüngst meinte Saul Bellow, Paris 1948 und heute vergleichend, die Stadt sei "ärmer geworden". Dieses Aperçu nahmen wir mit, als wir an die Seine aufbrachen, um Manès Sperber zu treffen, den diesjährigen Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels. Er lebt ja seit 1934 ununterbrochen in Paris, obwohl nach 1945 die bitteren Gründe wegfelen, die ihn damals hingeführt hatten, blieb er dort.

Der Ort seiner heimatlichen Geborgenheit blieb zwar immer Wien, die Stadt, in der er aufwuchs und seinen ersten prägenden Einfluß durch den Individualpsychologen Alfred Adler erfuhr. Wie er uns bei einer Fahrt in der Metro einmal sagte, ist Paris für ihn aber die Stadt, in der er in seinem Leben am ungünstlichsten und am glücklichsten gewesen ist.



Der Tradition des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels verbunden: Manès Sperber (links) vor einem Bild der früheren Preisträger Albert Schweitzer und Reinhold Schneider, im WELT-Gespräch mit Lothar Bossle

Jetzt, in den schönen ersten Herbsttagen, da der Sturm der Glückwünsche zur Preisverleihung schon wieder vorüber ist, sagt uns der gellasse gebliebene 78-jährige Manès Sperber: "Ich bin dankbar für mein Leben." Er hat sicherlich viel Grund zu diesem Eingeständnis; denn wie oft war er den stärksten Herausforderungen ausgesetzt! Wie viele Wege haben ihn begleitet, zuerst in der kommunistischen Bewegung, dann in der Gemeinschaft literarischen Schaffens, wieviel ist zerbrochen und hinabgesunken!

Es gibt ja Dichter und Denker, die mit zunehmenden Jahren immer unrunder werden. Und für andere begann mit den Spätjahren des Lebens erst die Ausbreitung bis zu klassischen Formen. Diese Differenz in der geistigen und seelischen Entwicklung von Dichtern und Denkern schlägt durch bis auf Freundschaften und Feindschaften.

Paul Ernst, meint Sperber, wurde im Ringen des Lebens immer reifer; Freund Lukács schrieb dagegen in seinem ganzen Leben nur ein gutes Buch - und da war er 25 Jahre alt. Gerhard Storz, der gerade verstorbene 85 Jahre alt gewordene Dichter und Politiker, entwickelte sich vom linken Grundgefühl der Jugend zum disziplinierten Grandseigneur der deutschen Sprache; Jugendfreund Ernst Bloch erfuhr sich in späten Jahren immer mehr für eine "plebejische Mystik". Raymond Aron kann jetzt, in der Rückschau auf fünfzig Jahre des politischen Nachdenkens, mit Genugtuung feststellen, daß seine Analysen meist zutreffend waren; Jean-Paul Sartre wurde, noch bevor der körperliche und geistige Zerfall einsetzte, immer unrunder.

Raymond Aron, nach dem Tode von André Malraux der engste Freund Sperbers in Paris, bemerkt in einer scharfsinnigen Frontalkritik: "Soltschenitzky hat nicht in Sartre, sondern in Sperber seinen Bruder." Damit ist gesagt: Alexander Soltschenitzky, Manès Sperber, Arthur Koestler, Ernst Reuter, Ignazio Silone, George Orwell - sie gewannen in der diktatorischen Nähe des neuzeitlichen Totalitarismus die existentielle Erfahrung ihres Lebens, und fortan kannten sie, das Inferno entronnen, nur noch einen Auftrag: für die Freiheit zu kämpfen und Toleranz vorzuleben.

Als wir jetzt Manès Sperber auf seinem täglichen Spaziergang im Jardin de Luxembourg begleiten, fragen wir ihn, wie es ihm denn gelungen ist, ein Meister der Toleranz zu werden. Seine Antwort ist einfach, aber dennoch verblüffend: Zur Einübung in die Toleranz sei es notwendig, auch da noch zu lieben, wo man eigentlich verurteilen sollte. Als Schriftsteller bedeute diese Regel für ihn, stets eine milde Stufe vor der harten und polemischen Lust einzunehmen.

Den Verzicht auf schrille Töne kann sich Manès Sperber wie kein zweiter erlauben, denn gerade weil er so gut versteht, blickt er durch und durch. Der gültige, und nicht der skeptische, und schablonisierende Psychologe tritt hervor, der die Schulung an Alfred Adler nicht verweigert. An der Reitschule, die schon Rainer Maria Rilke zur wiederholten Beschreibung reizte, bleibt er stehen und spricht begütigend auf ein kleines Mädchen ein, das verlassen auf einem Gartenstuhl sitzt, der jeden Augenblick umkippen könnte. Sperber kennt in diesem Garten die Lebensgeschichte eines jeden Baumes, und von allen Büstenköpfen weiß er, welcher historischen Verdienste sich dahinter verborgen.

Wohl deshalb ist Manès Sperber ein großer Dichter geworden, weil er das Ganze der Welt sieht, aber ihre Einzelheiten liebt. Er hat sich nicht in das schriftstellerische Dasein eingebüßt, als er 1937 sich vom Kommunismus lossagte; "dabeigewesen" zu sein - das blieb die große Verringerung seines Lebens, die ausgehalten werden mußte. Wer ihn etwas genauer kennt, erhält eine Ahnung davon, wie er in dieser Zeit gelitten hat und weiter an ihr leidet. In seinem Rechi-

fertigungsbuch "Zur Analyse der Tyrannis", das es wert wäre, eine sozial-kundliche Pflichtlektüre in unseren Schulen zu werden, schildert er, wie ihm die Unterdrückung seines Gewissens noch einige Zeit gelang, indem er an die Opfer Hitlers, Mussolinis, Francos dachte, um "mit deren Leiden zu rechtfertigen, was in Moskau geschah".

Welche Gewaltsamkeit er damit gegen sein eigenes Wesen beging, das wird wohl nirgendwo deutlicher als in der Darstellung seiner Lobsage vom Kommunismus: "Doch eines Nachts, im Herbst 1936 - ich ging nach Hause, der Vollmond stand über dem Pantheon, das auf meinem Weg lag - wurde ich von einer Herzschäche übermannt; ich blieb stehen, rang schwer nach Atem, wartete. Noch ehe diese Extrastyle aufträte, wußte ich, daß mein Herz nicht krank war, sondern nur im Organdisaster ausgedrückt, daß es nun aus sein mußte mit allen Vorwänden, mit allen falschen Rechtfertigungen, mit dem Selbstbetrug."

Dieses Geständnis sagt mehr als jede abstrakte politische Ethik und alle Anlehnungen an politische Handlungen. Es macht deutlich, was ein junger Mensch draufzahlen muß, wenn er sich einer totalitären Bewegung anschließt.

Die Werke von Manès Sperber sind Lehrbücher unseres Jahrhunderts; wir einen Eindruck von seiner katastrophalen Entwicklung gewinnen will, muß einfach Sperbers Romantrilogie "Wie eine Träne im Ozean" und seine Lebensbetrachtungen "Die Wasserträne Gottes" und "Bis man mir Scherben auf die Augen legt" gelesen haben.

Es ist indessen nicht lebensverneinender Pessimismus, was die Grundstimmung in Sperbers Büchern ausmacht. Zwar sagt er zur Entschuldi-

JOURNAL

Leitete Hemingway Spione auf Kuba?

AFP, Fort Lauderdale
Nach Dokumenten aus Archiven des FBI soll Ernest Hemingway während des Zweiten Weltkriegs auf Kuba ein antinationalsozialistisches Spionagenetz aufgezogen haben. Dies berichtet die in Florida erscheinende Zeitung "The Fort Lauderdale News and Sun-Sentinel". Hemingway (1899-1961) habe im September 1942, als zahlreiche Anhänger des Nationalsozialismus auf Kuba lebten und deutsche U-Boote südlich der Vereinigten Staaten kreuzten, zum Teil vom amerikanischen Botschafter in Havana finanziert, 26 Spione angeheuert. Die meisten hätten früher der spanischen Polizei angehört. Hemingway habe diese Anti-Faschisten aus dem Spanischen Bürgerkrieg gekannt.

Jugendbuch über Metall im Kunstgewerbe

DW, Frankfurt
"Metall - was ist das überhaupt?" heißt der vierte Band in der didaktischen Buchreihe des Frankfurter Museums für Kunsthandwerk, die Kindern zwischen 10 und 15 Jahren eine Einführung in Ursprung und Technik kunsthandwerklicher Arbeiten vermitteln will. Die Reihe wurde 1977 mit einer Möbelkunde begonnen und 1980 mit Büchern über Textilien und Keramik fortgesetzt. In dem neuesten Band (80 S., mit zahlr. Zeichnungen, 23 Mark) erläutert Julia Messek die Eigenschaften und die Verarbeitung des Metalls sowie seine Verwendung in der Kunst. Die Fülle des Materials führt diesmal allerdings zu einem Informationsbetrachtungs Text, der eher an ein Lehrbuch erinnert, als daß er für ein kindgemäßes Heranführen an die Schätze des Museums geeignet ist.

Jeremy Menuhin spielte auf Nonnenwerth

DW, Bonn
Mit einem Konzert von Jeremy Menuhin wurde jetzt der restaurierte Kapellsaal des Franziskanerinnen-Klosters auf der Rheininsel Nonnenwerth der Öffentlichkeit vorgestellt. Der jüngste Sohn des Geigers Yehudi Menuhin spielte auf Einladung der Gesellschaft der Musikfreunde Bonn Klavierwerke von Bach, Beethoven, Debussy und Schubert. In Nonnenwerth hatte, nachdem das 1126 gegründete Inselkloster nach der Säkularisierung 1821 in ein Hotel umgewandelt worden war, in den Sommer 1841 bis 1843 Franz Liszt gelebt. 1855 wurde das Kloster wiederhergestellt und mit einem Gymnasium verbunden, das seit kurzem auch Jungen offensteht.

Wittelsbacher-Vita polnischer Bestseller

JGG, Warschau
Bestseller auf dem polnischen Büchermarkt ist gegenwärtig das im Warschauer Staatslichen Verlagsinstitut erschienene Buch von Michał Komarzynski über die bayerische Kurfürstin und polnische Königin, Theresia Kunegunde von Sobieski. Das Buch dokumentiert ein Stück bayerisch-polnische Geschichte. Theresia starb 1780 in Venedig und ruht heute in St. Cajus bei München.

Westdeutsche Kammeroper in Neuss gegründet

dpa, Neuss
Trotz der finanziellen Opernkrise in vielen Städten ist jetzt am Niederrhein eine "Westdeutsche Kammeroper" gegründet worden. Sie will mit bescheidenen Mitteln im November 1984 erstmals mit einer Inszenierung an die Öffentlichkeit treten. Die künstlerische Leitung übernahm Prof. Wolfgang Trommer, jahrelang Generalmusikdirektor in Aschen, der jetzt am Düsseldorfer Robert-Schumann-Institut der Staatlichen Hochschule Rheinland tätig ist.

Erstmals Preis für Technologie-Transfer

dpa, Bonn
Der Anfang dieses Jahres von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber gestiftete "Technologie-Transfer-Preis" für schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die industrielle Praxis ist jetzt erstmals vergeben worden. Die Auszeichnung ist in diesem Jahr mit insgesamt 80 000 Mark dotiert. Preisträger sind Dr. Klaus Ploog (Stuttgart), die Arbeitsgruppe Bergbauerschung in Essen, Dr. Marie-Regine Kula (Braunschweig) und Prof. Christian Wandre (Jülich).

Londons Opernhäuser sagen Gastspiele ab

dpa, London
Die renommiertesten Opernhäuser Großbritanniens, die Londoner Royal Opera und die English National Opera, haben wegen finanzieller Schwierigkeiten alle Gastspiele in der Provinz abgesagt. Die Auslandsauftritte der verschuldeten Bühnen werden dagegen eingehalten. Die Sparmaßnahme hat eine Flut von Protesten ausgelöst. Die beiden Häuser kosten den britischen Steuerzahler jährlich rund 15 Millionen Pfund (80 Millionen Mark).

Hamburg: "Turandot" unter G. del Monaco

Mit Freud nach China

Ach, hätte er doch nur auf Puccini gehört, der sehr wohl wußte, warum er schon seine Librettisten so flehentlich bat: "Pressen Sie sich Hirn und Herz aus, um für mich etwas zu schaffen, das die Welt weinen machen soll!" Doch Gian-Carlo del Monaco, in Kassel gescheiterter Intendant und nun als Gastregisseur erstmals an der Hamburgischen Staatsoper aktiv, scheint gar nicht zu wissen, wie man Herz und Hirn überhaupt stimulieren kann. Zu sehr ist er in seine eigenen tollkühnen Sprüche verstrickt, die ihm denn auch nur aufdringliche Effekte suggerieren, die weinen machen können, weil sie weder den geringsten Schock noch aber auch die geringste Erhellung bringen.

Armer Puccini, arme Turandot, der da von del Monaco und dessen Bühnenbildner Peter Sykora mit Parolen und Symbolen zu Liebe gerückt wird, die an modischer Billigkeit oft nicht zu übertreffen sind. Das fängt beim geschmacklich absolut dubiosen, trostlos hingeschmierten Zwischenvortrag an, der mit einer blühenden überdimensionalen Scheide kokettiert, die von einem lebenden und einem abgetakelten Freiheitskopfs flankiert ist. Wen kann es bei solchen schlimmen Freudiana noch überraschen, daß der Henker als monströser Zwitzer mit widerlichem Hängebusen, Turandot bei ihrem ersten Auftritt als Super-Barbarella erscheint, für die Liebe selbst vor Torrenschnitt nur ein Wort ist, nicht lebende Wirklichkeit?

In solch einem penetrant gepinselten Trivial-Spektakel darf dann natürlich auch das Volk Altkassas nicht schlichtes Volk sein, mal flehend, mal angestöhnt, mal aufgebracht. Nein, es liegt, im New Look schwarzer Lumpen und tabakhaft geschminkt, total verstaubt in Ketten. Ein über geknechteter Gefangenener, dessen Ketten erst klirrend springen im Augenblick von Lits Optatod.

Daß del Monacos Konzept irgend-ein nachdenkenswertes Rätsel auflegt, kann man wahrhaftig nicht behaupten. Nirgends eine tiefere Inspektion der handelnden und leiden-

den Figuren, mögen sie nun Kalaf heißen, Timur oder Turandot. Auch die pausenlosen choreographischen Aktionen des Chores, der die steilen Tribünen permanent in Ketten hin- und herunterzuschleifen hat, nehmen sich zur Stand-Regie der Protagonisten als bloße Bewegungs-therapie aus. Und was ihm im stillbüchigen weißen Minister-Büro abspielt, ist zwar von harmlos clownesken Charme, doch wird das Grotteske des Ping-Pong/Trio-Trios nur gestreift.

Gottlob aber gab es an diesem Abend noch die Musik und die Stimmen, die dieser Turandot die Rettung brachten und den frenetischen Beifall des Premierenpublikums. Als Retter in der Not hatte sich Giuseppe Patané bereits vorab erwiesen, als er kurz vor der Premiere unter minimalen Probenbedingungen für seinen erkrankten Kollegen Peter Maag einsprang. Patané, der seinen Puccini und die "Turandot" nun ja tatsächlich seit Jahrzehnten im Hirn wie im Herzen trägt, blieb dem wüßigen Wohlklang, den anrührenden Belcanto-Schwüngen ebensowenig schuldig wie den scharfen Barbarismen, dem exotischen Pong der Partitur. Daß man im Klanglichen noch delikater, den neuzeitlichen Gestus dieser späten Puccini-Musik noch radikaler akzentuieren kann, blieb Wunsch.

Eva Marton, bereits Wiens gefeierte Turandot, imponierte mit einer hochdramatischen Auslegung der Rolle, die dem Regie-Konzept von der bis zum Schluß starr abweisenden Prinzessin großartig entsprach. Stimmlich so glänzend in Form wie sie auch Franco Bonisoli, der dem Kalaf hohe Intensität durch volle Kraftentfaltung und rückhaltlosen Schönlklang verlieh. Darstellerisch hätte ein kluger Regisseur allerdings beide in anrührende Ausdruckszonen führen können. Sehr bewegend die sängerische flexible Beatrice Haldas (Laila), der ein markanter Richard Curtin als Timur und ein eindrucksvolles Ministrio (Mikael Melbye, Frieder Stricker und Heinz Kruse) zur Seite standen. Ein Extra-Lob dem Chor, der gegen Monacos Regie der aufdringlichen Einfalligkeit mit Verve und viel Farbe sang.

KLARE WARNECKE

Nobelpreis für Medizin an Barbara McClintock

Gemendelte Maiskolben

Der diesjährige Nobelpreis für Medizin geht - zum drittenmal seit 1901 - an eine Frau: Das Karolinska-Institut in Stockholm verlieh gestern die mit rund 500 000 Mark dotierte Auszeichnung an die Genetikerin Barbara McClintock. Die 81jährige Wissenschaftlerin aus Hartford, Connecticut, die hoch heute am Cold Spring Harbour Laboratory im Staat New York tätig ist, wurde für ihre Entdeckung der beweglichen Strukturen in der Erbinformation ausgezeichnet. Der Preis bedeutet eine späte Ehre und Anerkennung für die jahrzehntelange Forschung Barbara McClintocks. Vor mehr als 30 Jahren hatte die Wissenschaftlerin, belächelt von Fachkollegen, schelmbay die Vererbungsstruktur des Ozeanröhren Gregor Mendel (1822-1884) wiederentdeckt. Sie züchtete den farbenprächtigen Mais, mit dem die Amerikaner ihre Erntedankfeste dekorieren, über viele Generationen und beobachtete den Farbwechsel an Maiskolben und -körnern derselben Pflanzenfamilien. Dabei fand sie unter dem Mikroskop heraus, daß bestimmte Gene auf den Chromosomen von Mais-Generation zu Generation ihren Standort wechselten und daß diese beweglichen Elemente die unterschiedlichen Farben gleichsam an- und abschalteten konnten.

Bis dahin hatte die Wissenschaft angenommen, daß die unterschiedlichen Erbinformationen auf der Desoxyribonukleinsäure (DNS) auf alle Zeiten in unveränderlicher Reihenfolge festgelegt seien.

Die Bedeutung der McClintock-schen Experimente wurde erst im

Verlauf der letzten zehn Jahre offenbar, seit die Forscher mit Hilfe der Gentechnologie den Geheimnissen von Entwicklung und Vererbung auf die Spur kamen. Was jetzt im Labor an Bakterien, Fliegen, Säugtieren und beim Menschen beobachtet wurde, daß nämlich bewegliche Strukturen auf der DNS das Erb-Programm verändern können, hatte Frau McClintock schon 30 Jahre vorher nachgewiesen, bevor man die Strukturen der DNS kannte. Ihre Untersuchungen, die nach der Laudatio des Karolinska-Instituts "mit großer Finesse und intellektueller Schärfe durchgeführt wurden", offenbaren erst jetzt ihre große Bedeutung für die Wissenschaft: Die Kenntnis der beweglichen Strukturen in der Erbinformation liefert eine Erklärung für die Vielfalt der Arten und die unterschiedliche Ausprägung von Zellen an einem Organismus, die doch alle dieselbe gesamte Erbinformation in sich tragen.

Doch neben dem Verständnis von Vererbungs- und Entwicklungsprozessen bedeuten Frau McClintocks Forschungen auch wesentliche Fortschritte für die Medizin. Sie helfen beim Verständnis für die Entstehung des Krebses, sie machen deutlich, warum Bakterien ihre einmal erworbene Widerstandsfähigkeit gegen Antibiotika weitervererben können. Diese fundamentalen Bedeutung der Forschungen erklärt auch, daß Barbara McClintock den Medizin-Nobelpreis allein und ungeteilt zugesprochen erhielt.

GISELA SCHÜTTE

Entertainer des Balletts: Jerome Robbins wird 65

Ein Pokerface mit Assen

Er ist der amerikanische Choreograph, der auf höchstem Niveau die meiste Theater-Freude gesät hat. Um Jerome Robbins war immer so etwas wie frischer Wind, Sport, Spaß und Spiel, aber gleichzeitig steckten seine Ballette auch voller Schritte, die durch ihre Neuheit Aufsehen zu erregen verstanden. Sie waren alle gewissermaßen mit Broadway-Wasser getauft. Sie hatten Hollywood-Erfahrungen hinter sich, den tollen Drive, den Fred Astaire oder Gene Kelly ihren Tanznummern zu geben wußten. Robbins gelang es, die guten Geister amerikanischer Shows ins traditionelle Ballett hinduzureiten. Er pulverte es mit ihnen auf. Er verwandelte gelangweilte Prinzen in amerikanische Matrosen beim Landgang, und schon sprang "Fancy Free" dabei heraus, ein Tanzstück, zu dem der junge Leonard Bernstein Musik geschrieben hatte.

Der Sprung erwies sich - wie später noch oft im Leben von Robbins - als Dreisprung. Aus dem übermächtigen Ballettschritt wuchs das Musical "On the town", dem Musical wiederum folgte der Film "Fanny und Alexander". Robbins sei ja gern doppelt und dreifach aus. Er wußte meist, welche er in der Hand hielt: ein Pokerface, der nicht nur die angemessene Miene machte, sondern zur Sicherheit auch gleich die nötige Zahl Assen besaß. Sein höchster Triumph aber war und blieb "West Side Story". Aber auch von seinen Tanzdramen aus "Anatolka" ließe es sich wohl lustig leben. Aber auf ein lustiges Leben war Robbins beileibe nicht aus.

Bei aller spürbaren Leichtigkeit seiner choreographischen Kunst blieb er doch ein Grübler. Er machte sich rar auf der Bühne. Zum Überquellenden neigte sich Schaffen nie. Während Balanchine sich im Dienst des New York City Ballett buchstäblich lahm choreographierte, legte sein Co-Direktor Robbins von Anfang an den choreographischen Sprung ein. Er tröpfelte nur zögernd Ballette hervor, aber er tröpfelte Meisterwerke: Unvergesslichkeiten des Welt-Balletts.

Seine Fassung des alten Diaghilew-Hits, den Nijinsky einst aus der Taufe gehoben hatte, der "Nachmittag eines Fauns", wurde zu einer wunder-voll keuschen, wunderbar realen, gleichzeitig sinnlichen Verkörperung der Liebe, des Verlangens nach Zweisamkeit. Mit seinen "Dances at a Gathering", einem einstündigen Ballett zur Klaviermusik von Chopin, schuf er das Meisterstück eines neuen Balletts, das auf dem Vollmond verzichtete, die gute, alte Leuchte der lebenden Herzen im Tüll-Ballett.

Robbins kann witzig sein und kauzig, er kann abstrakt werden wie in der Choreographie zu Bachs "Goldberg-Variationen", er kann herzlich sein wie bei der Übersetzung von "Onkel Toms Hütte" ins choreographische Siamensische für den Film "Der König und ich". Robbins blieb, was er von Anfang an: der einfallsreichste choreographische Entertainer der Tanzbühne in der zweiten Jahrhunderthälfte.



Beim New York City Ballet wie am Broadway: Jerome Robbins auf der Probe

Stuttgart: Krämer inszeniert Tschechows „Möwe“

Der Tod ganz nebenbei

Es lag eigentlich nahe, Tschechow einmal so zu inszenieren, wie Günter Krämer es jetzt in Stuttgart versucht: als grotesken Tango der Wiederholungen, als burleskes Endzeitritual, in der Mitte zwischen Ionesco und Botho Strauss.

Tschechows Komödie "Die Möwe" - ein lächerliches Spiel um große Hoffnungen und verpasste Möglichkeiten - die Familie, die da auf einem Landgut stundenlang darüber resiniert, welche Berufsrichtungen man in Moskau und anderswo in der großen weiten Welt errungen habe oder erringen könnte, lebt von ihren Attitüden, ihren Mutwilligkeiten, ihren Wiederholungen. Die Möwe, das Symbol von Freiheit und Weite, wird ebenso mutwillig erschossen und ausgestopft, wie sich der junge Konstantin Gawrilowitsch am Ende selbst umbringt. Ein Tod ohne innere Notwendigkeit, nur der konsequente Ausdruck der Leere.

Günter Krämer hat nun versucht, die geistige Situation des Stückes noch einmal 100 Jahre weiterzudenken. Er beruft sich dabei auf einen Satz des Schriftstellers Trigorin, mit dem Tschechow sich im Stück sozusagen selbst zitiert: "Ich beobachte mich selbst und Sie bei jedem Satz, bei jedem Wort." Ein erstaunlich moderner Ausspruch, der genau die Selbsterfahrungsattitüden unserer Zeit trifft. Und so inszeniert Krämer einen Theaterabend aus lauter Einzelheiten, Einzelpersonen und 1000 Tänzen um das Goldene Kalb des eigenen Ego.

Der Regie gelingen prächtige Einzelzenen: Wenn z. B. der Schriftsteller Trigorin (Heinz Schubert) der Gutsbesitzer Tochter Nina (Sibylle Canonica) die inneren Nöte seines künstlerischen Schaffens erklärt, dann glaubt man sich in eine Ausstellungseröffnung unserer Tage versetzt. So viel burleske Selbstgefälligkeit, so wenig wirkliche Not: mit kugelförmigen, blitzenden Augen breitet der Schriftsteller seine Abgründe aus. Oder wenn die Schauspielerin Irina Nikolajewna denselben Schriftsteller davon abhalten will, einer anderen Frau zu folgen, dann zieht sie

mit der Geschwindigkeit eines Schnellfeuerwehres jenes Repertoire ab, von dem sie weiß, daß es sein Herz trifft: die Eitelkeit badet in einem heißen Geysir. Da schaut Ionesco nicht nur die Ecke, da steht er leibhaftig auf der Bühne.

Die vielleicht schönste Szene dieses Abends ist ein stummes Bild zu Beginn des vierten Aktes. In einem schwarzen Nichts (Krämer läßt fast ohne Dekorationen spielen) sind die Personen des Stückes hingestreut, hingetröpfelt. Zu leiser Klaviermusik bewegen sie sich wie Somnambule, mal ein Tanzschritt, mal eine Pirotette mit der Hand in der Luft gedreht selbst verliert, aber allein, verspielt, aber unglücklich, in Bewegung, aber antriebslos.

Krämer muß bei einem solchen Konzept auch den beiden wohl positiven Figuren dieses Stückes, dem jungen Dichter Konstantin Gawrilowitsch (Benno Iland) und seinem Onkel Pjotr Nikolajewitsch (herausragend: Ludwig Anschutz) eine neue Diktion geben. Der junge Dichter ist nicht geprägt durch wirkliches Leben, sondern durch eine Art lächelnder Verneinung. Er erschießt die Möwe, weil ihm gerade danach ist; er erschießt sich selbst, weil die Situation günstig erscheint. Sein Tod wird hinter vorgehaltener Hand mit der eifertigen Geschwätzigkeit mitgeteilt, mit der einem vielleicht der Postbote zwischen Tür und Angel zuflüstert, die Frau des Nachbarn sei mit einem anderen Mann durchgebrannt. Das ist die Pointe dieser Inszenierung: Es ist nichts geschehen, selbst der Tod ist eine lapidare Spielerei am Rande.

Dennoch geht Krämers Regiekonzept nicht ganz auf Tschechow los, vom Grundgefühl der Melancholie, das die vielen bedeutungslosen Einzelheiten zusammenhält wie die Kitt die Steinchen eines Mosaiks. Indem Krämer das Grundgefühl zu einer Kunstfigur verschärfte, zerfällt auch das Stück in lauter Details mit vielen Brüchen und Langatmigkeiten. Am Ende aber herzlicher Applaus mit vielen Bravos.

LOTHAR SCHMITT-MÜHLISCH

Deutschlands Kleingärtner werden zu einer wachsenden Bewegung

Steigendes Interesse am eigenen Garten / Ministerlob für die „grüne Kolonne“

PETER SCHMALZ, München
Politiker-Erfolg kann auch zwischen Radischen und Kohlkröpfen im Schrebergarten wachsen, meint Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) und rät den kommunalen Mandatsträgern, Platz für grüne Kleingartenanlagen zu schaffen. „Konnte man vor zehn Jahren noch mit dem Neubau eines Hallenbades bei den Wählern Eindruck machen“, meint der Minister, „so ist man bei den Bürgern heute hochangesehen, wenn man sich für Grün einsetzt.“

Leider, so klagt der Minister dieser Tage, gingen einige Städteplaner, Kommunalpolitiker und Bauträger immer noch davon aus, daß Wohnungsbau, Straßenbau und Infrastrukturanlagen höherrangigen Bedarfs signalisieren und der knappe Grund und Boden, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Bodenpreise, für Grünflächen in verdichteten Wohngebieten nur sehr beschränkt bereitgestellt werden.

„Ich halte das für falsch“, meint Kiechle. Er sieht in den Kleingärten

„eine Art „grüne Kolonne“, die für mehr Grün sorgt, wo es an Grün fehlt“. Schrebergärten – benannt nach dem Leipziger Arzt Gottlieb Schreber, der 1864 die erste Laubpflanz-Kolonie gründete – lokalisieren nicht nur dichte Wohngebiete optisch auf, sie bieten neben dem Erholungswert für die Gartenpächter zugleich einen wichtigen ökologischen Ausgleich des Stadtklimas: Die im Vergleich zur freien Landschaft höhere Temperatur wird gesenkt, die Pflanzen produzieren Sauerstoff und verbrauchen Kohlendioxid und die Blätter von Bäumen und Sträuchern wirken als Staubfilter.

Deshalb, so mahnt Kiechle, dürfen die oft beschleunigten Minigärten nicht als Ersatzanlagen angesehen werden. Der Minister: „Für mich sind sie ein gleichberechtigter Bestandteil im Katalog städtischer Infrastruktur. Wir müssen sie genauso fördern und ausbauen wie das Angebot an Sportstätten, Bädern, landwirtschaftlicher Erholung, Büchereien und Theatern.“

Das private Grün wuchs mittlerweile zu einer Bewegung an, die bei Ökologen wie bei Ökonomen Beachtung findet. Zu 13 Milliarden der 24 Milliarden deutschen Haushalte gehört ein eigener oder gepachteter Garten. 600 000 Kleingärtner sind registriert – 250 000 stehen gar auf den Wartelisten der Verbände als Anwärter auf ein eigenes Stückchen Grün. Diese grüne Welle füllt inzwischen auch die Kassen der Gärtnereien und allerorts wuchernden Gartencenter: Der Jahresumsatz an Pflanzen, Gartengeräten und Düngern wird auf sechs Milliarden Mark geschätzt.

Mit Unbehagen sieht dabei aber auch Ernährungsminister Kiechle, daß jeder Hobbygärtner im Jahr 23 Mark für chemische Pflanzenschutzmittel ausgibt. „Wir haben in diesen Gärten leider noch einen sehr hohen Prozentsatz an Gift.“ Gemeinsam mit der Industrie forschen staatliche Untersuchungsstellen inzwischen massiv nach weniger giftigen Schutzmitteln.

10 000 Mediziner sollen Prüfung wiederholen

Riesiger Examenstschwindel in den USA

SAD, Washington
Im größten Examenstschwindel, der je an amerikanischen Hochschulen aufgedeckt worden ist, wurde jetzt das FBI eingeschaltet. Mindestens zehntausend frischgebackene Doktoren der Medizin werden wohl ihre in den USA äußerst schwierige Approbationsprüfung wiederholen müssen. Der Schwindel flog einen Tag nach den Prüfungen auf, die Absolventen ausländischer Universitäten zur Anerkennung ihres Dokortitels in den USA ablegen müssen.

Die meisten der 17 000 Prüflinge sind Amerikaner, die mangels ausreichender Studienplätze im Inland im beschwerlichen Ausland, vornehmlich Kanada, Mexiko und auf der Karibikinsel Grenada Medizin studiert hatten.

Nach Angaben der medizinischen Prüfungskommission in Washington wurden die Aufgaben samt Lösungen aus dem Tresor der Behörde gestohlen und so schnell wieder zurück-

gelegt, daß ihr kurzes Verschwinden zunächst nicht bemerkt wurde. „Wir haben Anlaß zu der Vermutung“, so ein Kommissionssprecher, „daß der Dieb die Lösungen an den ersten Kunden für mindestens 50 000 Dollar verkaufte.“

Die Lösungen, so der Sprecher, hätten schnell die Runde unter den Prüfungskandidaten gemacht, wobei der Preis ständig gesunken und zum Schluß unter tausend Dollar gefallen sei. „Doch wer der Dieb oder die Diebe waren, wissen wir noch nicht. Deshalb haben wir das FBI eingeschaltet.“

Die schwierige Nachprüfung wird gewöhnlich nur von einem Drittel der Kandidaten bestanden. Die meisten bestanden jedoch aussergewöhnlich viele Prüflinge. Der Verdacht auf Mogelei wurde zur Gewissheit, als schon am darauffolgenden Tag anonyme Anrufer das Abschreiben der gestohlenen Lösungen bestätigten.

Heftiger Streit um ein „Ereignis“

Mussolinientzeit Anwohner des Comer Sees

KLAUS RÜHE, Rom
Unter den rund 1000 Einwohnern des Dorfes Giulino di Mezzegra am Comer See ist ein heftiger Streit ausgebrochen. Es geht um ein Hinweisschild an der Mauer, vor der Mussolini und seine Geliebte Claretta Petacci von einem Hinrichtungskommando der Partisanen erschossen worden sind. Nach langem Hin und Her hat der örtliche Gemeinderat beschlossen, im Interesse des Fremdenverkehrs ein Schild mit folgendem Text anbringen zu lassen: „Historisches Ereignis vom 28. April 1945.“

Nichts weiter. Die zahlreichen am Comer See wohnenden Neofaschisten protestieren empört gegen die Unterbrechung der Namen Mussolini und der Petacci und die Scheinheiligkeit der Gemeindeverwaltung, die verschweige, um welches „historische Ereignis“ es sich vor 38 Jahren gehandelt habe. Bürgermeister Alberto Longoni gibt zu, daß das Ergebnis der langen Verhandlungen im Ge-

meinderat „nicht gerade brillant“ genannt werden kann.

Lange Zeit standen an der Hinrichtungsstelle zwei weiße Marmorkreuze mit den Namen des einstigen Duce und seiner Geliebten. Sie waren zur Pilgerstätte faschistischer Wallfahrer geworden. In den 60er Jahren waren sie dann aber entfernt worden. Jetzt will man auf diskrete Weise an den Todestod des faschistischen Diktators erinnern, um die Neugier der so willkommenen ausländischen Touristen zu befriedigen. Schließlich liegt die Schweizer Grenze vor der Haustür.

Der Vorschlag rechtsradikaler Kreise, auch im Dongo, wo 1945 fast die gesamte Führungsschicht Mussolinis erschossen wurde, einen Gedenkstein zu errichten, scheiterte am Widerstand der Altpartisanen. Der christdemokratische Bürgermeister lehnte es ab, bei den Hingerichteten von Gefallenen zu sprechen, die eine solche Ehre verdienten.



Wind-Jammer
FOTO: RUDOLF DIETRICH

„Bottle law“ fegt durch New Yorks Straßen

Coup der Umweltschützer: Pfand für Flaschen und Dosen

HANS-J. STÜCK, New York
Die Reformfähigkeit der „Wegwerfgesellschaft“ USA scheint wieder einmal bewiesen: Nur wenige Wochen nach Einführung einer Pfandgebühr für Bier- und Limonadenflaschen sowie Dosen ist die Vision einer sauberen Stadt vielerorts keine Utopie mehr. Scherben und Blechreste auf den Straßen New Yorks wurden deutlich weniger.

Der Zorn der New Yorker Biertrinker dagegen, der sich über das in anderen Bundesstaaten längst eingeführte „bottle law“ aufgestaut hat, ist noch längst nicht verflüchtigt. Man betrachtet es als Bürde des ökologischen Fortschritts, das viele Freunde des Gerstenbieres um ihre Bierbude gebracht hat. Mit der Einführung des 5-Cent-Flaschen- und Dosenpfandes langten die Geschäftsleute noch kräftiger zu, so daß einige Marken jetzt das Doppelte kosten. Dazu kommt, daß aus den Regalen vieler Geschäfte Flaschenbier völlig verschwunden sind. Die Inhaber scheuen das kostspielige Säubern, Sortieren und Lagern des Leergutes.

Unverständliche Preise

Daß die Geschäftsleute aufgrund ihrer zusätzlichen Arbeit mehr als das gesetzlich vorgeschriebene Pfand von 13 Pfennigen pro Flasche aufschlagen müssen, wird nicht einmal von den Hitzköpfen am Bierresen bestritten. Doch warum jetzt plötzlich eine Sechser-Packung der beliebtesten Importbiere aus Deutschland und Holland statt vier Dollar 69 Cent, stolze acht Dollar 10 Cent kosten soll (umgerechnet 21 Mark), leuchtet niemandem ein. Und daß mancherorts die Importsorten total verschwand, schlägt dem Faß nun doch den Boden aus.

Derart hohe Aufschläge auf Importbiere werden zwar nur vereinzelt gemeldet, doch immerhin häufig genug, um bei den Importeuren die Alarmglocken schrillen zu lassen. Während Auswüchse wie diese al-

lenzthalben noch als Übergangserscheinungen angesehen werden, gibt es aber schon eine unmittelbare Konsequenz des „bottle law“, die von allen New Yorker Biertrinkern begrüßt wird: Viele Kneipiers gehen jetzt endlich dazu über, mehr als nur eine oder zwei Billigsorten als Fassbier auszuschenken. Dazu gehören auch zahlreiche Bars und Restaurants der Innenstadt, die jetzt plötzlich nach jahrzehntelangem Zögern die Vordränge des Schankbieres erkannt haben.

Ruhe an der Bierfront

„Warum sind wir eigentlich nicht früher darauf gekommen“, so ein Schweizer Gastronom, „wir zapfen jetzt jeden Abend mehrere tausend Glas Bier und brauchen uns nicht mehr mit Tausenden von Leerflaschen rumzuschlagen.“

Das New Yorker „bottle law“, von Brauereien und Limonadenherstellern lange hartnäckig bekämpft, hat seinen größten Verbündeten in der überlasteten New Yorker Stadtreinigung, die jetzt mindestens ein Fünftel weniger Müll zu beseitigen hat. Auch New Yorks Jugend ist hellauf begeistert. Das Sammeln der leeren Flaschen und -wegwerfmarkt - unverbodenen Aluminumdosen bessert das Taschengeld ganz erheblich auf. Dabei lohnt sich auch ein vernünftiger Blick in manche Mülltonnen, in die allzu viele New Yorker ihr Leergut immer noch werfen.

Daß die Umwelt von der Abschaffung der Wegwerfflaschen profitiert, hätten die New Yorker allerdings schon seit Jahren bei Ausflügen in mehrere Nachbarstaaten merken müssen. In den Bundesstaaten Massachusetts, Maine und Vermont herrscht schon lange fast holländische Sauberkeit. Dort gibt es auch längst keine Übergangsschwierigkeiten mehr mit dem „bottle law“, so daß man auch für New York optimistisch bleiben kann: Auch in der Wolkenkratzerstadt wird wieder Ruhe an der Bierfront eintreten. (SAD)

Geheimnisvolle Sekte ließ Kinder völlig verwahrlosen

BODO RADKE, Amsterdam

Acht von 23 verwahrlosten Kleinkindern, die am Wochenende in Amsterdam bei einer Polizei-Razzia gegen die Mitglieder einer geheimnisvollen Sekte aufgefunden wurden, sind inzwischen ihren Mittern entzogen und in ein städtisches Kinderheim gebracht worden. Der zuständige Staatsanwalt erklärte nach der ärztlichen Untersuchung, der Zustand der Kinder sei „noch schlimmer, als anfangs befürchtet“. Zur Zeit werde geprüft, wie groß ihre psychischen Schäden seien, die ihnen durch die zur Sekte-Pflicht ererbte Verwahrlosung entstanden sind. Chef der Sekte ist der ehemalige Seemann Jo Omvlee (54). Der geborene Amsterdammer will in Australien den biblischen Befehl erhalten haben, in die Heimatstadt zurückzukehren und eine Sekte zu gründen. Nach ersten Ermittlungen soll er es geschafft haben, die etwa dreißig erwachsenen Anhänger völlig seinem Willen zu unterwerfen. Einige Aufgabe der weiblichen Mitglieder war nach Darstellung von Verwandten der Omvlee-Opfer, so schnell wie möglich hinterlassen Kinder zu gebären. Die Zeugung hatte nur durch männliche Sekten-Angehörige zu geschehen. Nach der Geburt mußten die Mütter ihre Babys verwahrlosen lassen um eine gefühlsmäßige Bindung zu unterbinden.

Lebenslang für Kindermörder

dpa, Frankfurt
Zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen Mordes (die WELT berichtete) an zwei Kindern wurde der 22jährige Andreas Buhlmann aus Neuenpauls/Taunus verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte zweimal lebenslange Freiheitsstrafe gefordert.

Chaotische Szenen

AFP, Rom
In Rom weigern sich die Beamten an den Fahrkartenschaltern, an nicht italienisch sprechende Reisende Fahrkarten zu verkaufen. Grund: Die Bahnstationen sind überfüllt, die Schalterbediener eine Sprachbarriere zu bewältigen.

Ärztstreik: 6 Tote

AFP, Kalkutta
Mindestens sechs Kinder starben in einem Krankenhaus von Kalkutta, dessen Ärzte seit vier Tagen streikten. Die Ärzte in den Regierungskrankenhäusern des ostindischen Bundesstaates Bengalen verlangen bessere Arbeitsbedingungen.

17jähriger gestand Bluttat

dpa, Newfield
Ein 17jähriger Hilfsarbeiter hat nach Angaben der Koblenzer Staatsanwaltschaft gestanden, am 23. September eine Mutter und ihre zwei Töchter in ihrer Wohnung in Newfield/Rhein erstochen zu haben. Der unter Tatverdacht inhaftierte Ehemann der Ermordeten wurde sofort aus der Untersuchungshaft entlassen.

Wiener Herzempfänger tot

dpa, München
Der 46jährige Wiener, dem in München das Herz einer 24jährigen erkrankten Berlinerin implantiert worden war, ist nach sechs Tagen gestorben. Der Wiener war wegen eines Herz-Kreislauferkrankungen in bedenklichem Gesundheitszustand in die Klinik eingeliefert worden.

Beinahe-Katastrophe?

SAD, New York
Der für den 28. Oktober geplante neuntägige „Spacelab“-Flug mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold muß möglicherweise auf nächstes Jahr verschoben werden. Beim letzten Challenger-Start hatten Feststoffraketen die Isolierschicht so stark geschädigt, daß um Haarsbreite eine der Treibstoffröhren zum Schmelzen gebracht worden wäre. Die Untersuchungen dieses Zwischenfalls, ließ es, seien noch nicht abgeschlossen.

ZU GUTER LETZT

Schwer zu fallendes Baumurteil – Überschrift aus „Süddeutsche Zeitung“

WETTER: Schauer

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über der norwegischen See überquert im Tagesverlauf auch den Süden Deutschlands. Auf seiner Rückseite wird frische Meeresluft herangeführt.



Deutscher Wetterdienst
11. Oktober 1983, mittags
Sonne, 12 bis 14 Grad, West-Wind, 5 bis 10 km/h, leicht bewölkt.
Sonne, 12 bis 14 Grad, West-Wind, 5 bis 10 km/h, leicht bewölkt.
Sonne, 12 bis 14 Grad, West-Wind, 5 bis 10 km/h, leicht bewölkt.
Sonne, 12 bis 14 Grad, West-Wind, 5 bis 10 km/h, leicht bewölkt.
Sonne, 12 bis 14 Grad, West-Wind, 5 bis 10 km/h, leicht bewölkt.

Vorhersage für Dienstag:

Norden und Mitte: Bei wechselnden, überwiegend starker Bewölkung einzelne Schauer, in Küstennähe auch Gewitter. Tageshöchsttemperaturen um 13 Grad, in höheren Lagen bei 9 Grad. Nächtl. Tiefstwerte 9 bis 6 Grad.

Süddeutschland: Zunächst bedeckt und vor allem in Alpennähe länger andauernder Regen. Höchsttemperaturen bei 13 Grad, im Alpenvorland kaum über 9 Grad. Nächtl. Tiefstwerte 7 bis 3 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen starker Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Vor allem im Süden leichte Wetterberuhigung.

Temperaturen am Montag, 10. Okt.			
Berlin	14°	Kairo	28°
Bonn	14°	Köpenh.	19°
Dresden	14°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	12°
Frankfurt	13°	Madrid	12°
Hamburg	14°	Mallorca	22°
Leipzig	14°	Moskau	6°
München	15°	Nizza	22°
Stuttgart	15°	Oslo	5°
Wien	15°	Paris	15°
Athens	24°	Prag	14°
Brüssel	14°	Rom	23°
Barcelona	25°	Stockholm	8°
Budapest	14°	Tel Aviv	30°
Bukarest	18°	Tunis	28°
Helinski	8°	Wien	15°
Istanbul	18°	Zürich	17°

Sonnenaufgang: 6:30 Uhr, Untergang: 17:37 Uhr, Mondlauf: 13:41 Uhr, Untergang: 21:11 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Nasa kämpft um eine Station im All

dpa, Hamburg

Für Amerikas Raumfahrt-Planer steht die Montage einer riesigen permanenten Station im Erdumlauf ungeachtet der Einwände einflussreicher Fachkreise ganz oben auf der Prioritäten-Liste. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa dringt unter ihrem Chef James M. Beggs jetzt beim Weißen Haus auf entsprechende Mittel im nächsten Budget, um das Mammut-Projekt zumindest Anfang der neunziger Jahre verwirklichen zu können. Beggs: „Die Zeit dafür ist reif.“

Eine bemannte oder unbemannte Super-Raumstation mit dem Prädikat „ständig“ soll wie bei einem Festhaus aus einer Reihe von Fertigteil-Modulen (Modulen) im All zusammengebaut werden. Sie wird verschiedene Funktionen wie der Wartung von Satelliten und Raketenstufen, der Herstellung bestimmter Werkstoffe unter Weltraumbedingungen und natürlich auch wissenschaftlichen Experimenten dienen. In Amerika gibt es Pläne für eine aus fünf Teilen bestehende Station für zunächst acht Astronauten.

Sehr zum Kummer der Nasa hat der amerikanische Nationale Forschungsrat vor kurzem die wissenschaftliche Notwendigkeit einer erdumkreisenden Raumstation für den Augenblick verneint. Die für Raumfahrt-Wissenschaft zuständige Abteilung dieser Institution kam zu dem Schluss, daß die vorhandenen Technologien einschließlich der noch verfigbaren Raketen und der wiederverwendbaren Raumfähre (Space Shuttle) bis zum Jahre 2000 für die wissenschaftlichen Zielsetzungen ausreichen sollten. Das Washingtoner Verteidigungsministerium hatte schon vorher wissen lassen, daß es keinen militärischen Bedarf für ein derartiges Projekt sehe.

Bei der Nasa vertritt man dagegen den Standpunkt, daß eine solche Station einen beachtlichen wissenschaftlichen Fundus im All darstellen würde, dessen großer Nutzen in den langfristigen Objekten anstelle der „Momentaufnahmen“ eines kurzfristigen Unternehmens liegt. Man hofft deshalb, daß die sieben bis neun Milliarden Dollar kostende Raumstation eines der Gesprächsthemen auf höchster Regierungsebene bleibt und nicht von mittleren Verwaltungschancen blockiert wird.

Wenn immer es darum geht, für neue Projekte dem Staat in die Tasche zu greifen, bringt die Nasa auch

den Wettlauf mit den Sowjets ins Spiel. Die Nasa-Leute sind zwar der Ansicht, daß die Amerikaner auf vielen Gebieten der Raumfahrt weit voran sind. Andererseits sind sie sich sicher, daß die Sowjetunion bei der Erfahrung mit Langzeit-Flügen im All und bei der Entwicklung einer ständigen Raumstation die Nase vorn hat. Ob die vor kurzem im Westen berichtete Explosion einer Weltraumrakete die sowjetische Planung verzögern könnte, muß im Augenblick noch abgewartet werden.

Die Sowjets scheinen nach allen Anzeichen schon für die nächsten Jahre die Errichtung einer Weltraumstation zu planen. Schon seit einigen Jahren haben sie erfolgreich Mehrzweck-Fertigteile in Verbindung mit ihren Sajtut-Stationen getestet.

Unlängst ist der Antriebsteil des zweiten Satelliten Kosmos 1443 in der Atmosphäre verglüht. Der 2. März dieses Jahres gestartete Raumfrachter hatte am 10. März bei der Orbitstation Sajtut 1 angelegt und den Kosmonauten Wladimir Ljadow und Alexander Alexandrow drei Tonnen Versorgungsgüter gebracht – etwa zweieinhalb Mal soviel, wie die bisher verwendete sowjetische

Raumtransporter Progreß in den Erdumlauf bringen konnte. Am 14. August legte der Landeteil von Kosmos 1443 von dem Orbitalkomplex ab, landete weich auf der Erde und brachte Experimentier-Ergebnisse aus dem All zurück. Kosmos 1443 gilt als Prototyp für Weltraum-Einheiten. Trotz der Zurückhaltung des amerikanischen Verteidigungsministeriums gegenüber einem Projekt dieser Art ist der militärische Nutzen einer permanenten Raumstation nicht zu übersehen, auch amerikanische Fachleute rechnen deshalb damit, daß die Sowjets in naher Zukunft über eine militärische Raumstation und auf längere Sicht wahrscheinlich auch über einen wiederverwendbaren Raumtransporter ähnlich dem Space Shuttle verfügen werden.

Nach Einschätzung von offizieller amerikanischer Seite sind ohnehin mindestens 75 Prozent der sowjetischen Satelliten für militärische Aufträge ausgelegt, während 15 Prozent sowohl zivilen wie auch militärischen Zwecken dienen können. Moskau hat seinerseits mehrfach den Vorwurf erhoben, daß das Programm der amerikanischen Raumfähre ein „neues Wettrüsten im All“ ausgelöst hätte.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.